

VERENA GERNERT



Städtische Armutsmuster in Sofia

Grenzen und Möglichkeiten
der integrierten Stadtentwicklung
durch die Europäische Union

Verena Gernert

Städtische Armutsmuster in Sofia –
Grenzen und Möglichkeiten
der integrierten Stadtentwicklung
durch die Europäische Union

Umschlagfoto: Verena Gernert

Städtische Armutsmuster in Sofia – Grenzen und Möglichkeiten der integrierten Stadtentwicklung durch die Europäische Union

Dissertation

Vorgelegt im Promotionsausschuss der
HafenCity Universität Hamburg

zur Erlangung des akademischen Grades
Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)

Dipl.-Ing. Verena Gernert

Hamburg 2019

Erstgutachterin:
Prof. Dr. Ingrid Breckner
HafenCity Universität Hamburg –
Professur Stadt- und Regionalsoziologie

Zweitgutachterin:
Prof. Dr. Susanne Frank
Technische Universität Dortmund –
Professur Stadt- und Regionalsoziologie

Inhalt

Zusammenfassung	7
Danksagung	8
1. Einleitung	9
2. Stadtpolitische Handlungsansätze im Rahmen der europäischen Armutsdebatten	15
2.1 Die Stadt im Fokus der westeuropäischen Armutsdebatte	15
2.2 Massenverarmung und soziale Polarisierung im Fokus der osteuropäischen Armutsdebatte	21
2.3 Benachteiligte Quartiere, integrierte Stadtentwicklung und das Engagement der EU	27
2.3.1 Leitbild einer integrierten Planung für benachteiligte Quartiere	28
2.3.2 Kohäsionspolitik und Städteförderung	31
2.3.3 Netzwerke für eine integrierte Stadtentwicklung	36
2.3.4 Umsetzung und Verankerung der integrierten Stadtentwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten	38
2.4 Fazit zum Forschungsstand	41
3. Forschungsansatz und -design	43
3.1 Zielsetzung und zentrale Fragestellungen	43
3.2 Forschungs- und Verwertungslogik	46
3.3 Forschungsmethoden und Feldforschung in Sofia	50
3.3.1 Experten- und Expertinneninterviews	53
3.3.2 Dokumentenanalyse	56
3.4 Auswertungs- und Analyseverfahren	58

4. Armut im Kontext neuer sozialer Ungleichheit in Bulgarien und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklung Sofias	62
4.1 Massenverarmung und soziale Polarisierung im postsozialistischen Bulgarien	62
4.1.1 Systemumbruch in Bulgarien	63
4.1.2 Entwicklungen nach der Jahrtausendwende	67
4.2 Auswirkungen der Massenverarmung und der sozialen Polarisierung auf die Stadtentwicklung Sofias	70
4.2.1 Abgrenzung der ökonomischen Eliten von der Masse – Entstehung neuer, exklusiver Wohnsiedlungen	70
4.2.2 Ausgrenzung der Roma – Fortbestand der unsichtbaren Enklaven als Orte der Armut	78
4.2.3 Allgemeine Armut der Bevölkerung Sofias – Verfall einer Stadt	90
5. Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik im postsozialistischen Sofia	96
5.1 Zentrale Handlungsfelder der Stadtplanung und Stadtentwicklung in Sofia seit 1989	96
5.1.1 Regulation der Stadt – Leitmotiv der postsozialistischen Transformation	97
5.1.2 Stabilisierung der Stadt – Stadterneuerung als große Herausforderung der Stadtentwicklung Sofias	100
5.1.3 Aktivierung der Stadt – Planungskulturen in Sofia	104
5.2 Umgang mit dem Thema Armut im Rahmen lokaler Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsdebatten	107
6. Stadtentwicklung und Armutsbekämpfung in Sofia durch die EU	110
6.1 Kohäsionspolitik und Stadtentwicklung seit 2007	111
6.1.1 2007–2013: Leuchtturmprojekte für Sofia	112
6.1.2 2014–2020: Integrated Plan for Urban Regeneration and Development of Sofia City	116

6.2	Netzwerkaktivitäten in der Stadtentwicklung	123
6.2.1	Das URBACT-Netzwerk CoNet zwischen Repräsentation und Problemlösung	125
6.3	Funktionen der EU in der Stadtentwicklungspolitik Sofias	131
7.	Benachteiligte Quartiere und andere städtische Armutsmuster: Potenziale bekannter Strategien und neue Aufgabenfelder der EU	133
7.1	Eine integrierte Planung für Sofia	137
7.2	Notwendiger Perspektivwechsel: Ein Fokus auf die Wohnungspolitik	141
	Abbildungsverzeichnis	146
	Abkürzungsverzeichnis	149
	Verzeichnis der interviewten Expertinnen und Experten	150
	Literaturverzeichnis	152
	Verzeichnis der Gesetzestexte/Verordnungen der EU	169

Zusammenfassung

Als Reaktion auf westeuropäische Armutsentwicklungen hat sich in der Europäischen Union (EU) seit den 1990er Jahren ein bis heute gültiges Leitbild der integrierten Stadtentwicklung benachteiligter Quartiere etabliert. Auch im Rahmen ihrer Osterweiterung hielt die EU an ihren gängigen Stadtentwicklungskonzepten fest und übertrug ihre erprobten Handlungsansätze auf die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten. Anhand des Fallbeispiels Sofia stellt die vorliegende Arbeit die Umsetzung von Förderstrategien der EU in osteuropäischen Städten dar und hinterfragt sie vor dem Hintergrund spezifischer Linien lokaler Stadt- und Armutsentwicklungen.

Gegenwärtig steht Sofia im Zusammenhang mit Stadt- und Armutsentwicklungen zwei besonderen Herausforderungen gegenüber: Erstens führt die *Ausgrenzung der Roma* zur Formation segregierter Roma-Siedlungen. Zweitens ist eine *allgemeine Armut* der Bevölkerung zu beobachten, die ein spezifisches Phänomen postsozialistischer Gesellschaften darstellt. Sie zeigt sich insbesondere im Verfall der Wohnbestände Sofias. Vor diesem Hintergrund erweist sich die EU als starke Partnerin Sofias; sie unterstützt die dortigen Stadterneuerungsprozesse besonders als *Geldgeberin* im Rahmen ihrer angestrebten Kohäsionspolitik. Gleichzeitig agiert sie als *Strategin* und setzt sich für die Umsetzung ihrer Leitlinien einer integrierten Stadtentwicklung mit dem Fokus auf benachteiligten Quartieren ein. Zwecks Umsetzung dieser Leitlinien wurde in der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020 der sogenannte *Integrated Plan* eingeführt.

Angesichts der *allgemeinen Armut* in Sofia stößt das Leitbild der integrierten Stadtentwicklung benachteiligter Quartiere jedoch an seine Grenzen; eine ausschließlich gebietsbezogene Entwicklung ist in diesem Zusammenhang nicht ausreichend. Die vorliegende Untersuchung deckt diesbezügliche Unzulänglichkeiten auf und benennt wichtige, zukünftig zu berücksichtigende Handlungsfelder für die Stadtentwicklung Sofias.

Danksagung

Nur durch die Unterstützung meiner Betreuerinnen, Kolleginnen, Kollegen, Freundinnen und Freunde sowie Interviewpartnerinnen, -partner und meiner Familie konnte ich dieses Projekt erfolgreich durchführen. Mein besonderer Dank geht an Anna Kokalanova, die mir geholfen hat, Sofia zu erkunden, und mich als gebürtige Sofioterin wie auch kundige Stadtplanerin tatkräftig in meiner Feldforschung unterstützt hat. Ich danke zudem meinen zahlreichen Interviewpartnerinnen und -partnern, die bereitwillig und offen ihre Positionen dargelegt und durch ihre Kooperation diese Arbeit erst ermöglicht haben. Auch meinen Betreuerinnen Ingrid Breckner und Susanne Frank, die mich in allen Phasen dieser Arbeit begleitet und motiviert haben, gilt mein großer Dank.

Daneben gibt es viele Menschen in meinem Freundes- und Kollegenkreis, die mich kontinuierlich unterstützt und durch interessierte Anteilnahme zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Mein herzlicher Dank gilt besonders Nadine Appelhans und Stefanie Gernert, die mich intensiv beraten und mit großer Ausdauer die Struktur meiner Arbeit mit mir diskutiert haben. Zudem möchte ich Wiebke Koops, Renée Tribble und Hazal Budak-Kim für ihre fachliche Beratung danken. Für die Hilfe beim Übersetzen und bei der Planerstellung bedanke ich mich bei Emiliya Popova und Pauline Timper. Besonders hervorheben möchte ich Monika Isler für das Lektorat und Wibke Schaub für die grafische Gestaltung der Endfassung; sie haben intensiv die Fertigstellung meiner Dissertation unterstützt. Für ihren Einsatz und ihre Begleitung im Rahmen meiner Forschungsaufenthalte danke ich meinen Schwestern Jutta und Stefanie Gernert sowie meinem Mann Carsten Schulz.

Überdies gilt Astrid Larsen mein Dank, die mich kompetent zu organisatorischen und formalen Verfahrensfragen der Promotion beraten konnte. Ich danke *Pro Exzellenzia. Hamburger Karriere- und Kompetenzzentrum für Frauen* für ihre Förderung; ohne die Bereitstellung des Stipendiums wäre die Ausarbeitung dieser Dissertation nicht möglich gewesen.

Hamburg, im Januar 2019

1 Einleitung

DIE EUROPÄISCHE UNION (EU) unterstützt seit über drei Jahrzehnten vielfältige Stadtentwicklungsprozesse in ihren Mitgliedsstaaten und blickt mittlerweile auf eine wechselhafte Geschichte stadtpolitischer Auseinandersetzungen und Förderstrategien zurück (vgl. u. a. Hamza et al. 2014; van den Berg et al. 2007; siehe Kapitel 2). Bis heute begreift der Staatenbund die Städte als wichtige soziale sowie ökonomische Entwicklungsräume und definiert deren Förderung als ein herausragendes politisches Handlungsfeld, wie aktuell die Ausarbeitung einer *Städteagenda für die EU (Urban Agenda for the EU)* zeigt (vgl. Europäische Kommission o. J. b).¹ Auffällig in dieser Förderanstrengung ist ein besonderes Engagement für einzelne Stadtteile mit einer von Armut betroffenen Bevölkerung, die die EU als *benachteiligte Quartiere* klassifiziert (siehe Kapitel 2). Insbesondere seit der Gemeinschaftsinitiative URBAN, die Expertinnen und Experten als wichtigen Auftakt der Städteförderung der EU einstufen (vgl. u. a. van den Berg et al. 2007, S. 51ff.; siehe Kapitel 2), investiert die EU gezielt in benachteiligte Quartiere und entwickelte die Strategie einer *integrierten Stadtentwicklung* für eben solche Quartiere. Vereinigt werden hier sowohl investitionsbündelnde und ressortübergreifende Arbeitsweisen als auch partizipative Entwicklungsansätze für einzelne Stadtteile (siehe hierzu Kapitel 2).

1 Seit 2011 ist die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten bestrebt, eine sogenannte *Städteagenda für die EU* zu erarbeiten. Vorzugsweise sollen Entwicklungsprozesse in europäischen Städten besser koordiniert und qualifiziert werden sowie neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, den einzelnen Städten, der Europäischen Kommission und anderen Akteuren entstehen. Unter der niederländischen Ratspräsidentschaft 2016 wurde mit dem *Pakt von Amsterdam* die Agenda als neue Leitlinie eingeführt und erste Themenfelder und Ziele für die europäische Stadtentwicklung definiert.

Allerdings beruht bisher das Wissen sowohl über städtische Armutsentwicklungen, die speziell auf einzelne Stadtteile projiziert werden, als auch über die angewandten Entwicklungskonzepte für eine Förderung benachteiligter Quartiere auf den Erfahrungen hochentwickelter Industrienationen. Speziell Frankreich und die USA gehören mit ihren Konzepten *exclusion sociale* und *underclass* zu den diskursprägenden Nationen und bilden die Bezugspunkte für das Handeln in der EU. Sie haben grundlegend den europäischen Armutsdiskurs unter dem Begriff *soziale Ausgrenzung* geprägt, wie ich im anschließenden Kapitel 2 ausführe. Aber auch weitere west- und nordeuropäische Gründungsmitglieder der EU übernahmen diesen speziellen Armutsdiskurs und damit einhergehende Handlungsansätze und verankerten diesen in der EU.

Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf den osteuropäischen Städten, die nach der Osterweiterung der EU in den Jahren 2004, 2007 und 2013 zu den jüngsten Mitgliedern des Staatenbundes zählen.² Die EU setzt ihre angewandte Stadtpolitik auch für die Entwicklung osteuropäischer Städte ein und bindet diese in ihre Förderstrategien ein. Dementsprechend sind Städte in Osteuropa aufgefordert, sich mit dem Förderansatz einer integrierten Planung insbesondere für benachteiligte Quartiere auseinanderzusetzen beziehungsweise diesen in ihre Stadtplanungen aufzunehmen. Grundsätzlich zeigt sich, dass die EU hierbei an ihren gängigen Konzepten für die europäische Stadtentwicklung festhält und ihre langjährigen stadtpolitischen Handlungsansätze auch auf die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten überträgt. Somit greift die EU besonders auf die Erfahrungen der hochentwickelten westeuropäischen Industrienationen zurück. Eine fokussierte Reflexion der Entwicklungserfordernisse im Zusammenhang mit den spezifischen Stadtentwicklungsdynamiken und Armutsphänomenen in osteuropäischen Städten bleibt jedoch aus (siehe Kapitel 2).

Ich setze voraus, dass vor dem Hintergrund der sozialistischen Vergangenheit der osteuropäischen Staaten und der Auswirkungen des einschneidenden Systemumbruches von einer sozialistischen in eine kapitalistische Ordnung sowohl Armuts- als auch Stadtentwicklungen anders als in den westlichen Staaten der EU ausgeprägt sind. Wie die Expertinnen und

2 Im Rahmen der EU-Osterweiterung 2004 wurden Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie Malta und Zypern in den europäischen Staatenbund aufgenommen. 2007 traten Bulgarien und Rumänien bei. 2013 wurde Kroatien Mitglied der EU.

Experten der Transformationsforschung für Osteuropa im Detail dargelegt haben (vgl. u. a. Ther 2014; Merkel 2010; Kollmorgen 2007; Kollmorgen/Schrader 2003; Schorkowitz 2002; Wagener 1996; Wollmann et al. 1995), zeigen sich die Besonderheiten der postsozialistischen Transformation in umfassenden staatlichen, zivilgesellschaftlichen sowie ökonomischen Neuformationen der unterschiedlichen osteuropäischen Gemeinwesen. Dementsprechend wirken sie sich auch auf Armuts- und Stadtentwicklungsprozesse aus.

In diesem Kontext richtet sich mein Erkenntnisinteresse auf die Frage, wie die von der EU geförderte soziale Stadtentwicklungspolitik in einem zusammenwachsenden, aber dennoch heterogen strukturierten Europa den Problemlagen und Interessen der osteuropäischen Mitgliedsstaaten gerecht wird. Weiter stellt sich die Frage, ob und wie sie den verschiedenen Besonderheiten der Stadtentwicklung und den speziellen Armutsphänomenen in den einzelnen Städten Osteuropas entspricht. Die vorliegende Arbeit fokussiert Armutsentwicklungen im osteuropäischen Raum, genauer gesagt in den dortigen Städten, um sie erfassen, analysieren und bewerten zu können. Hierbei verfolge ich die Zielsetzung, zu einer differenzierten Betrachtung von Armutsphänomenen in Europa zu gelangen und westzentrierte Erklärungsmuster in Bezug auf städtische Armutsentwicklungen in Europa zu erweitern. Ich schließe hier an meine Forschung zu den Themen postsozialistischer Transformationsprozesse in osteuropäischen Städten an und nutze meine bisherigen Erfahrungen (vgl. u. a. Gernert 2005), um eine Einordnung von spezifischen Stadtentwicklungen und Armutsphänomenen in den Städten Osteuropas weiter zu vertiefen.

Gleichzeitig zielt die Arbeit darauf ab, die Bedeutung der Förderansätze der EU für die Stadtentwicklung in osteuropäischen Städten vor dem Hintergrund der prägenden Diskurse über Stadt und Armut herauszuarbeiten und den Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) kritisch zu reflektieren. Dieses Interesse gründet auch auf meiner langjährigen Beschäftigung mit Prozessen von städtischen Armutsentwicklungen, die auf der Ebene der programmatischen Entwicklung integrierter Ansätze für eine soziale Stadtteilentwicklung in Hamburg erfolgte; als Stadtplanerin wirkte ich namentlich an der Konzeption des *Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)* mit (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg 2018; Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2009). Insgesamt verfolge ich mit dieser Arbeit das Ziel, die Sensibilität für osteuropäische Städte in der EU zu wecken und so Potenziale und

Probleme von EU-Förderstrategien mit dem Fokus auf einer integrierten Planung für osteuropäische Städte zu beurteilen.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht als ausgewähltes Fallbeispiel für eine osteuropäische Stadt die bulgarische Hauptstadt Sofia. Die Fokussierung auf die einzige Metropole und Millionenstadt Bulgariens fand aus unterschiedlichen Gründen statt.³ So weist Sofia typische Entwicklungslinien einer osteuropäischen Stadt der EU auf, die wie folgt umrissen werden können: Sofia blickt erstens, wie alle osteuropäischen Städte, auf eine sozialistische Vergangenheit zurück. Die damit verbundene Prägung der Stadtgestalt sowie der Stadtplanungsmechanismen durch die sozialistische Planungskultur, welche durch die Russische Sowjetrepublik beeinflusst war, wirken bis heute nach. Zweitens kann die bulgarische Hauptstadt seit dem Systemumbruch Ende der 1980er Jahre dem Typus der postsozialistischen Stadt zugeordnet werden. Sofia ist mit besonderen, durch den Systemumbruch bedingten Herausforderungen in der Stadtplanung und -entwicklung konfrontiert. Drittens erfuhr Sofia mit dem Beitritt Bulgariens zur EU im Jahr 2007 wieder neue Entwicklungsimpulse. Leitlinien und Förderinstrumente der EU wirken seither auf nationale und lokale Stadtpolitik wie auf Stadtentwicklungsprozesse. Eine detaillierte Begründung dieser Einzelfallbetrachtung im Allgemeinen und der Betrachtung Sofias im Besonderen nehme ich in Kapitel 3 vor.

Die Arbeit besteht einschließlich der Einleitung aus sieben Kapiteln. In Kapitel 2 konkretisiere ich die Forschungslücke anhand der kritischen Analyse des Forschungsstands sowohl zu Armutsdebatten in West- und Osteuropa als auch zur Darstellung der Entwicklungslinien der Städteförderung in der EU. Es werden zentrale Diskurslinien zu Armutsphänomenen, die seit Ende der 1980er Jahre die wissenschaftlichen Arbeiten und auch das politische Handeln in der EU bestimmen, herausgearbeitet. Im Mittelpunkt steht hier die Erörterung des französischen Diskurses über *exclusion sociale* und des US-amerikanischen Diskurses über *underclass*, die beide einen besonderen Stellenwert in der Debatte über Armut in Europa einnehmen. Gerade diese Darstellung ist wichtig, um den Ansatz der integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) in Europa beziehungsweise

3 Heute leben in der Gemeinde Sofia offiziell ca. 1,3 Millionen Menschen (National Statistical Institute 2016, S. 18). Expertinnen und Experten gehen jedoch davon aus, dass inoffiziell durch eine Binnen-Arbeitsmigration die Bevölkerungszahlen noch höher sind und eine halbe Million Menschen illegal in Sofia lebt (vgl. Ditchew 2006, S. 115).

in der EU einordnen und verstehen zu können. Die Stadt oder vielmehr einzelne problembelastete Quartiere nehmen hier eine prominente Position ein und verweisen auf Zusammenhänge zwischen Armuts- sowie Stadtentwicklungsverläufen. Ergänzend wird die seit dem Systemumbruch Ende der 1980er Jahre geführte Debatte über Armut in Osteuropa rekonstruiert, um relevante Entwicklungslinien zu identifizieren. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, welche Armutsphänomene in Osteuropa beobachtet werden und welche Relevanz hierbei dem städtischen Raum zugeschrieben wird. Daran anschließend lenke ich meinen Blick auf die EU und konkretisiere die Entwicklungslinien ihrer Städteförderung. Speziell arbeite ich in diesem Kapitel heraus, wie die EU sich dem Thema der Förderung benachteiligter Quartiere annimmt und hierbei die Strategie einer integrierten Stadtentwicklung vertritt und umsetzt. Diese Abhandlung berücksichtigt sowohl gängige Förderinstrumente (Strukturfondsförderung innerhalb der Kohäsionspolitik und URBACT-Städtenetzwerke) der EU als auch die Entwicklung des Leitbildes einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere). Abschließend steht die Umsetzung und Verankerung der integrierten Stadtentwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU im Vordergrund, um den Stand der Entwicklung dieses Leitbildes nicht nur für die supranationale Institution der EU, sondern auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten erschließen zu können.

In Bezug auf die ausgearbeitete Forschungslücke erläutere ich in Kapitel 3 – *Forschungsansatz und -design* – die Zielsetzungen meiner Arbeit und konkretisiere die zentralen Fragestellungen, die meine empirische Forschung in Sofia leiteten. Daran anschließend diskutiere ich die Forschungs- und Verwertungslogik der Arbeit aus der die Notwendigkeit eines qualitativen Forschungsansatzes abgeleitet wird. Diese methodologische Einordnung umfasst auch die Begründung der Einzelfallbetrachtung Sofias. Abschließend erfolgt eine Beschreibung der empirischen Forschung in Sofia und der dafür angewandten Methoden und Auswertungsverfahren. Hierbei waren vor allem Verfahrensweisen der *Grounded Theory* (vgl. u. a. Strauss/Corbin 1996) sowohl für meinen Forschungsprozess im Allgemeinen als auch für die Auswertung der Experten- und Expertinneninterviews im Besonderen leitend.

In den drei anschließenden Kapiteln 4 bis 6 werden die zentralen Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit erörtert. Jedes Kapitel bezieht sich auf eine der drei leitenden Fragestellungen. Insbesondere formuliere ich hier die zentralen Phänomene, die ich für die einzelnen Themenblöcke

herausgearbeitet habe. In Kapitel 4 erörtere ich die Armutsphänomene in Sofia und erweitere diese Betrachtung um die Entwicklung neuer sozialer Ungleichheiten, darunter auch neue Wohlstandsentwicklungen, und deren Auswirkungen auf städtische Räume. Eingeleitet wird dieses Kapitel mit einer Konkretisierung der in Osteuropa auffallenden gesamtgesellschaftlichen Phänomene der *Massenverarmung* sowie der *sozialen Polarisierung* für den Fall Bulgariens.

Kapitel 5 beinhaltet die Darstellung der dominanten lokalen Stadtentwicklungsdiskurse in der bulgarischen Hauptstadt. In diesem Kapitel arbeite ich die zentralen Handlungsfelder der postsozialistischen Stadtentwicklung sowie -planung heraus und zeige die Verbindungen zu den konkreten Armutsentwicklungen in Sofia auf. Hierbei wird die Brisanz des Themas Armut in der Stadtentwicklung Sofias erkundet und somit die Relevanz von Prozessen sozialer Ungleichheit und Armut in Stadtentwicklungsdiskursen offengelegt.

In Kapitel 6 fokussiere ich den zentralen Themenstrang – *Stadtentwicklung und Armutsbekämpfung in Sofia durch die EU* – und widme mich somit der dritten zentralen Fragestellung meiner Arbeit. In diesem Kapitel berücksichtige ich speziell die Umsetzung des Ansatzes einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) in Sofia. Fokussiert werden zum einen die Anwendung der Strukturfondsförderung im Rahmen der Kohäsionspolitik seit 2007 und zum anderen die Effekte der URBACT-Netzwerkarbeit zu den Themen Nachbarschaftsentwicklung, Armut und integrierte Planungsansätze.

In Kapitel 7 fasse ich in Bezug auf die Forschungslücke meine zentralen Ergebnisse zusammen und positioniere mich abschließend zu der von der EU verfolgten Strategie einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere). Hierbei berücksichtige ich die herausgearbeiteten spezifischen Phänomene zur Stadt- und Armutsentwicklung in Sofia und zeige neben den Potenzialen und Problemen dieses Leitbildes einen notwendigen Perspektivwechsel in der Stadtentwicklungspolitik der EU für Sofia auf.

2

Stadtpolitische Handlungsansätze im Rahmen der europäischen Armutsdebatten

DIE ARMUTSFORSCHUNG in den Mitgliedsstaaten der EU weist unterschiedliche Schwerpunkte auf. Bezeichnend ist, dass gerade Armutsdiskurse der hochentwickelten westeuropäischen Industrienationen die Armutsdebatte innerhalb Europas dominieren, das Handeln der EU stark beeinflussen und bis heute deren Sozial- sowie Stadtentwicklungspolitik prägen. Diese Entwicklungslinien erläutere ich in Teilkapitel 2.1. Gleichzeitig zeigt sich ein spezifischer Armutsdiskurs in den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU, der durch die Folgen des Systemumbruchs ausgelöst wurde. Den Stand der Forschung und die damit einhergehenden Schwerpunktsetzungen in der osteuropäischen Armutsforschung erörtere ich in Teilkapitel 2.2. Vor diesem Hintergrund stelle ich in Teilkapitel 2.3 den Stand der Entwicklung des Förderansatzes der integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) der EU dar, um im abschließenden Teilkapitel 2.4 den Forschungsbedarf für osteuropäische Städte im Kontext dieser EU-Förderung zu konkretisieren.

2.1 Die Stadt im Fokus der westeuropäischen Armutsdebatte

Die hochentwickelten Industrienationen Europas waren im ausgehenden 20. Jahrhundert großen gesellschaftlichen Umbrüchen ausgesetzt. Diese sind durch eine Krise der Erwerbsarbeit im Übergang von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft sowie durch eine eingeschränkte Absicherung der Bürgerinnen und Bürger durch die staatlichen Sozialsysteme gekennzeichnet (vgl. Bohn 2006, S. 14). Als Folge entwickelte sich eine neue Armut, die Gegenstand eines wissenschaftlichen und auch

politischen Diskurses in Europa wird. Leitend für diesen Diskurs sind neue Blickweisen auf Armutsphänomene; Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftler erfassen Armut unter den Begriffen *soziale Ausgrenzung* oder (*soziale*) *Exklusion* (vgl. u. a. Huster et al. 2018; Kronauer 2010; ders. 2008; ders. 1997; Castel/Dörre 2009; Castel 2008b; Bude/Willisch 2008; Paugam 2008, S. 216–229; Bohn 2006; Ludwig-Mayerhofer/Barlösius 2001; Siebel 1997).⁴ Mit dem Begriff soziale Ausgrenzung verweisen die Armutsforscherinnen und -forscher besonders auf die Problematik, dass die Teilhabechancen einzelner Gruppen am gesellschaftlichen Leben zusehends beschnitten werden und analysieren dementsprechend Ausschlussmechanismen und -prozesse aus den unterschiedlichen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Teilbereichen der Gesellschaft. Somit werden Armutslagen multidimensional eingeordnet und nicht nur auf eine materielle Existenzsicherung beschränkt. Einen wichtigen Ausgangspunkt in dieser Auseinandersetzung bildet die französische Debatte (vgl. Kronauer 2010, S. 40–52; Castel 2008a, S. 336–400; Paugam 1998), die unter dem Namen *exclusion sociale* in Europa bekannt ist und in West- wie in Nordeuropa die Diskussion über Armut bestimmt (vgl. Ludwig-Mayerhof/Barlösius 2001, S. 44). Gerade die EU griff den französischen Diskurs auf, um neue Armutsphänomene in Europa einzuordnen und politische Handlungsstrategien zu entwickeln (vgl. Kronauer 2010, S. 12; Güntner 2007, S. 65).

Zudem beeinflusst auch das US-amerikanische Konzept *underclass* das Verständnis von Ausgrenzungsmechanismen in europäischen Gesellschaften (vgl. Kronauer 2010; Wacquant 2006; ders. 2004). Das Konzept *underclass* wurde von Myrdal bereits in den 1960er-Jahren mit seinem Buch *Challenge to Affluence* eingeführt und vor allem durch Wilson in den 1980er Jahren wieder aufgegriffen (vgl. insbesondere Wilson 2012; Myrdal 1965). Wilson vertritt eine liberale Schule und rückt die strukturellen Rahmenbedingungen für Ausgrenzungsmuster in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Sein Werk gilt als Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten im Sinne des von ihm verfochtenen *structuralism*, der Armut nicht als selbstverschuldetes, individuelles Schicksal auffasst. Somit zeigen sich hier die Verbindungspunkte zur Ausgrenzungsdebatte in Europa, insbesondere in Frankreich. Daneben hat sich eine sogenannte konservative Schule in den USA etabliert, die in anderer Weise das *underclass*-Konzept auffasst und

4 In den folgenden Ausführungen wird der Begriff der *sozialen Ausgrenzung* verwendet.

durch Murray geprägt wurde (vgl. Murray 1984). Murray betrachtet Armut im Kontext eines *behavioralism*. Hierbei werden Verhaltensmuster von benachteiligten Gruppen analysiert, um Armutsentwicklungsprozesse einordnen zu können. Armutslagen entstehen nach Auffassung von Murray durch selbstverantwortliche, individuelle Handlungsweisen und werden nicht als strukturelles Ausgrenzungsproblem aufgefasst. In den weiteren Ausführungen beziehe ich mich in erster Linie auf die Arbeiten von Wilson und somit auf den *structuralism*.

Bemerkenswert ist, dass sich die Auseinandersetzung mit neuen Armutsmustern in besonderer Weise auf Städte konzentriert, wie Häußermann, Kronauer und Siebel mit folgenden Worten veranschaulichen: „Wie im 19. Jahrhundert die großen Städte der Ort waren, wo sich die schärfsten sozialen Gegensätze zeigten, sind sie auch heute wieder der Ort, wo Armut und Ausgrenzung sichtbar werden“ (2004, S. 7f.). Dies zeigt sich sowohl in der europäischen, auf Frankreich fokussierten Debatte als auch in der US-amerikanischen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen hier ausdrücklich einzelne problembelastete Stadträume, sogenannte *benachteiligte Quartiere*,⁵ in denen nach herrschender Auffassung die Folgen der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Krisen offensichtlich sind. Als benachteiligte Quartiere gelten im Allgemeinen Stadtteile, die durch vielschichtige Problemlagen gekennzeichnet sind. Hierzu zählen neben den gravierenden sozialen und ökonomischen Notlagen der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner auch die ungenügende infrastrukturelle Ausstattung oder der physische Zustand der Quartiere. Armutsentwicklungen werden also verstärkt im Zusammenhang mit einer sozialräumlichen und auch ethnischen Segregation von Personengruppen und physischen Verfallserscheinungen in Städten erörtert (vgl. u. a. Kronauer 2010, S. 205ff.; Paugam 2008, S. 229–245; Wacquant 2006, S. 19; Häußermann et al. 2004; Häußermann 1997).

In Frankreich konzentriert sich der öffentliche Diskurs über Armuts- und Ausgrenzungsmuster, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik, bereits seit den 1980er Jahren auf einzelne Stadtteile (vgl. Castel 2008a, S. 372f.). Hauptsächlich die Vorstädte der französischen Großstädte, die *banlieues*, stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit (vgl. u.

5 In der Debatte um die sogenannten problembelasteten Stadtteile werden sehr unterschiedliche Begrifflichkeiten gewählt. Eine einheitliche Bezeichnung für problembelastete Stadtteile hat sich in Europa beziehungsweise in der EU nicht durchgesetzt. Im Folgenden verwende ich den Begriff *benachteiligtes Quartier*.

a. Paugam 2008, S. 229; Wacquant 2006, S. 19ff.; Silver 1995, S. 65). Ausschlaggebend für diese auf einzelne Stadtteile konzentrierte Debatte waren in Frankreich die ersten Jugendrevolten in den Vorstädten. Mit der für Frankreich, aber auch für ganz Europa wegweisenden Fallstudie *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft* nahmen die Autoren Dubet und Lapeyronnie eine umfassende erste Analyse der komplexen Problemlagen in den *banlieues* vor (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994). Zudem setzte aber gerade in Frankreich auch eine politische Auseinandersetzung mit problematischen Stadträumen ein. Im Mittelpunkt stand eine Initiierung von stadtpolitischen Programmen, die auf die Stabilisierung von benachteiligten Quartieren zielten. Mit der Ausweisung von sogenannten *zones urbaines sensibles* in Frankreich wurde das Thema der benachteiligten Quartiere im Kontext der neuen Ausgrenzungsdebatte erstmals als politisches Handlungsfeld in Europa definiert.⁶

Auch in den USA wurde im Rahmen der *underclass*-Debatte in besonderer Weise über benachteiligte Quartiere debattiert, die generell als „*chronically depressed areas*“ (Mingione 1999, S. 11) oder „*areas of concentrated poverty*“ (Katz 1993, S. 21) umschrieben werden. Darüber hinaus besprechen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aber nicht nur Prozesse der Konzentration einer von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung in einzelnen Stadtteilen, sondern diskutieren diese ausdrücklich im Zusammenhang mit einer ethnorassischen Stigmatisierung und einer ethnischen Segregation von einzelnen Bevölkerungsgruppen innerhalb der Städte. Hierbei verwenden die Forscherinnen und Forscher bewusst Begriffe wie *ghetto*, *ghetto poor* oder *hyper-ghetto*, um die Brisanz einer Ethnisierung von Armut in Verbindung mit einer räumlichen Segregation herauszustellen (vgl. u. a. Duneier 2016, S. 139–184; Wilson 2012; Paugam 2008, S. 230–235; Wacquant 2006, S. 33–109; Jargowsky 1997; Schneider-Sliwa 1996).⁷ Besonders die innerstädtischen Gebiete der schwarzen Minderheit

6 Der Anschlag von staatlichen Interventionsprogrammen in Frankreich für problem-belastete Quartiere begann bereits in den 1980er Jahren (vgl. hierzu die zusammenfassenden Ausführungen von Paugam 2008, S. 235–240; Wacquant 2010, S. 158ff. und Wacquant 2006, S. 119f.).

7 Insgesamt verbirgt sich unter dem Ghetto-Begriff eine komplexe Entwicklungsgeschichte, die im mittelalterlichen Europa mit Siedlungsweisen der jüdischen Bevölkerung begann, durch den Nationalsozialismus eine neue Brisanz beziehungsweise Konnotation erhielt und bereits Mitte des 19. Jahrhunderts die Beschreibung der US-amerikanischen Stadtentwicklung stark prägte (vgl. hierzu die zusammenfassenden Abhandlungen

standen seit Ende der 1960er Jahre wieder verstärkt im Mittelpunkt des Diskurses über neue Armutsentwicklungen in den sogenannten *black ghettos* infolge von strukturellen Krisen.

Herausragend sind auch hier die Analysen von Wilson, der sich mit der Entstehung von Armutsgebieten der schwarzen Minderheit auseinandersetzte und seine Erkenntnisse in der Arbeit *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass and Public Policy* veröffentlichte (vgl. Wilson 2012). In seiner bis heute viel zitierten Abhandlung erörtert Wilson die Problematik, dass die bereits ethnisch segregierten innerstädtischen Wohnviertel der schwarzen Bevölkerung zunehmend eine soziale Entmischung erfahren haben, wodurch sich Armutsinseln herausbildeten. Eine weitere leitende Figur in diesem Diskurs über die Entwicklung von einzelnen problembelasteten Stadtteilen in den USA ist der französische Soziologe Wacquant, der mit seinem Werk eine große Bekanntheit in Europa erlangt hat (vgl. Wacquant 2010; ders. 2006; ders. 2004). Speziell führt Wacquant die Kategorien des *räumlichen Stigmas* und des *rassischen Stigmas* ein, die im Falle des US-amerikanischen *black ghettos* nicht getrennt werden können; Wacquant erörtert sie im Zusammenhang mit einer „erzwungenen räumlichen Einsperung“ (vgl. Wacquant 2006, S. 128–143; ders. 2004, S. 53f.). Neben seinen Analysen der Armutsgebiete der schwarzen Minderheit in den USA beschäftigt er sich in seinen Forschungsarbeiten auch mit französischen Vorstädten als einem besonderen Typus von krisenbetroffenen Stadtteilen in Europa. Wacquant grenzt jedoch ausdrücklich die Entwicklungslinien in den USA von denen in Frankreich beziehungsweise Europa ab. Nach seinen Analysen können in Europa (speziell in Frankreich) keine Ghetto-Strukturen identifiziert werden und somit darf der US-amerikanische Diskurs nicht unreflektiert auf europäische Städte angewendet werden (vgl. Wacquant 2006, S. 110–127).

Ausgehend von den Entwicklungslinien in Frankreich und den USA fand auch in West- und Nordeuropa eine vermehrte Auseinandersetzung mit problembelasteten Stadtteilen statt. Es etablierte sich in den letzten Jahrzehnten ein wichtiges Forschungsfeld in Europa, das Problemlagen

von Duneier 2016 und Wacquant 2006, S. 128–143). Vor allem die US-amerikanischen Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler haben sich intensiv mit dem Ghetto-Begriff auseinandergesetzt, diesen angewandt und auch im Kontext der Einordnung von Armutsentwicklungen und ethnischer Segregation genutzt (vgl. Paugam 2008, S. 230; Wacquant 2006, S. 128f.).

in betroffenen Stadtteilen empirisch zu erfassen versuchte, um typische Entwicklungszusammenhänge zu verallgemeinern. Zum einen entstanden Einzelfallstudien in länderspezifischen Zusammenhängen, die vor allem in den hochentwickelten westeuropäischen Ländern angesiedelt waren. In diesem Bereich stechen zum Beispiel Studien in Deutschland, in England und in den Niederlanden mit ihren Analysen benachteiligter Quartiere heraus.⁸ Die Problematik der städtischen Ausgrenzungsmechanismen wurde jedoch nicht nur länderspezifisch, sondern auch länderübergreifend diskutiert, wobei auch hier ein Schwerpunkt auf Westeuropa beziehungsweise hochentwickelten Industrienationen lag (vgl. zum Beispiel Musterd et al. 2006; Friedrichs/van Kempen 2004). Zum anderen fand auf der Grundlage dieser Befunde eine grundsätzliche Klärung statt, wie benachteiligte Quartiere in Europa definiert, typisiert sowie klassifiziert werden können und wie sie im Kontext von Segregationsprozessen in Städten eingeordnet werden müssen (vgl. u. a. Musterd et al. 2006; Häußermann et al. 2004; Madanipour et al. 1998; Musterd/Osterndorf 1998).

Das benachteiligte Quartier wurde somit zu einem besonderen Gegenstand der Stadtforschung in West- und Nordeuropa, wobei unterschiedliche Entwicklungszusammenhänge und Probleme diskutiert wurden. Insgesamt fallen drei Schwerpunkte auf, welche die Debatte über benachteiligte Quartiere in den letzten 30 Jahren geprägt und ihr auch zu einer politischen Relevanz verholfen haben. Erstens werden bestimmte Quartierstypen als besonders problembelastete Strukturen herausgestellt, in denen sich Muster der Benachteiligung und insbesondere Folgen des ökonomischen Strukturwandels zeigen können. Die Kategorien der Benachteiligung, die diskutiert und analysiert werden, beziehen sich sowohl auf physisch-materielle Merkmale, institutionelle und ökonomische Ressourcen eines Quartiers (Qualität der Wohnungen und des Wohnumfelds, soziale Infrastruktureinrichtungen, ökonomische Ausstattungen etc.) als auch auf die soziale und ökonomische Situation der einzelnen Haushalte. Im Fokus der bisherigen Untersuchungen standen sowohl die zumeist randstädtischen Großwohnsiedlungen der 1960er bis 1970er Jahre als auch die typischen innerstädtischen Arbeiterquartiere der Jahrhundertwende (vgl. u. a. Friedrichs et al. 2004, S. 68–77; Kronauer/Vogel 2001, S. 50f.; Häußermann 1997, S. 17–20).

8 Vgl. zum Beispiel für Deutschland Farwick 2001, für England Buck 1996 und für die Niederlande Burgers/Kloostermann 1998.

Zweitens werden die Folgen der Armutskonzentration in einzelnen Stadtteilen intensiv diskutiert und als besonderes Forschungsfeld betont (vgl. u. a. van Ham et al. 2014; Friedrichs et al. 2005; Buck 2001). In Bezugnahme auf den US-amerikanischen Diskurs zur *underclass* und seinem wichtigen Propagandisten Wilson wird der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen das Leben in problematischen Nachbarschaftsstrukturen auf seine Bewohnerinnen und Bewohner haben kann (vgl. Wilson 2012, S. 259–264). Hierbei wird insbesondere auf die Reproduktion des Ausschlusses und seine Verfestigung zu einer eigenständigen sozialen Lage in den speziellen Quartieren hingewiesen (vgl. Kronauer 2010, S. 70). Speziell der Begriff der *neighbourhood effects* hält Einzug in die wissenschaftlichen und politischen Diskurse über benachteiligte Quartiersstrukturen und deren Gestaltung.⁹

Drittens wird das Thema einer angemessenen Wohnraumversorgung oder vielmehr die Bedeutung der Wohnungsmärkte im Zusammenhang mit der Entstehung benachteiligter Quartiere neu bewertet. Vorzugweise die Arbeiten von Häußermann zeigen am Beispiel Deutschland die Zusammenhänge zwischen der Entstehung benachteiligter Quartiere, Veränderung der Wohnungsmärkte und einer neuen sozialräumlichen Segregation in europäischen Städten auf (vgl. zum Beispiel Häußermann 2018 [2008]; Häußermann et al. 2004, S. 29–33; Häußermann/Kapphahn 2004).

2.2 Massenverarmung und soziale Polarisierung im Fokus der osteuropäischen Armutsdebatte

Die Armutsdebatte in den postsozialistischen Gesellschaften in Osteuropa gewann durch den Systemumbruch und die damit einhergehende weitreichende gesamtgesellschaftliche Transformation seit Anfang der 1990er Jahre eine neue Relevanz. Im Unterschied zur sozialistischen Ära rückte das Phänomen der Armut wieder ins öffentliche Bewusstsein; die Fachwelt thematisierte es als besondere postsozialistische Erscheinung beziehungsweise ordnete spezifische Armutsphänomene als Folge des durch den Systemumbruch eingeleiteten gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels ein

9 Die Entwicklung zur Forschung über *neighbourhood effects* wird in dem 2014 herausgegebenen Sammelwerk von van Ham et al. für Europa in Bezugnahme auf den amerikanischen Diskurs detailliert ausgearbeitet.

(vgl. u. a. Aidukaite 2009, S. 3–33; Szelényi 2002, S. 5–11; Atal 1999, S. 1–32). Es entstand eine Grundlagenforschung, die u. a. mit Hilfe der Auswertung von standardisierten Armutsindikatoren die Benennung von sozialen Destabilisierungen leistete (vgl. Szivós 2004, S. 22). Namentlich die World Bank und das United Nations University World Institute for Development Economics Research (UNU-WIDER) erarbeiteten differenzierte Armutsberichte für die unterschiedlichen nationalen Kontexte und werteten grundlegende Daten aus.¹⁰ Im Rahmen der Osterweiterung leistete zudem die EU eine grundlegende Aufarbeitung von Daten zu Armutsentwicklungen in Osteuropa. Vor allem Eurostat trieb Datenerhebungen voran, um einen Vergleich zu den weiteren Mitgliedsstaaten zu erhalten.

Zusammenfassend fallen zwei grundsätzliche Zuspitzungen zum Thema Armut im Postsozialismus auf, die in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen diskutiert wurden und werden: Das Phänomen der *Massenverarmung* und der *sozialen Polarisierungen* (vgl. hierzu Gernert 2016). Die Massenverarmung stellt ein neues Armutsphänomen in den postsozialistischen Transformationsstaaten dar, das ihren Höhenpunkt in vielen osteuropäischen Staaten nach der Wende in den 1990er Jahren erfuhr und in einzelnen Staaten auch gegenwärtig weiterhin ein Problem darstellt. Sie ist Folge des Systemumbruchs, der die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes sowie der staatlichen sozialen Versorgungssysteme beinhaltete. In der postsozialistischen Transformationsforschung nimmt besonders die Analyse der Veränderungen von Arbeitsstrukturen und deren Auswirkung auf Armutsentwicklungen einen großen Stellenwert ein (vgl. Baum-Ceisig et al. 2008, S. 300–336; Boeckh 2000, S. 126ff. und 147ff.). Neben der Arbeitslosigkeit werden die prekären Beschäftigungsverhältnisse als neues Armutsrisiko in den Transformationsgesellschaften betont (vgl. Alam

10 Das UNU-WIDER etablierte Ende der 1990er Jahre einen Forschungsschwerpunkt zum Thema *Transition to the Market* und thematisierte hier Fragen zu Armutsentwicklungen und zur sozialen Ungleichheit in postsozialistischen Gesellschaften. Hervorzuheben ist in diesem Kontext das Forschungsprojekt von Vladimir Mikhalev *Inequality and Transformation of Social Structures in Transitional Economies*, das 1998 begonnen wurde (vgl. hierzu Mikhalev 2003; ders. 2000). Überdies sind in diesem Kontext die Arbeiten und Auswertungen von Branko Milanovic zu erwähnen, der sowohl für die World Bank als auch für das UNU-WIDER Daten zu Armutsentwicklungen und sozialer Ungleichheit ausgewertet und interpretiert hat. Die Studien sind als Vergleichsstudien zwischen den unterschiedlichen postsozialistischen Ländern angelegt und umfassen den Zeitraum von Ende der 1980er bis Mitte der 2000er Jahre (vgl. hierzu Milanovic et al. 2010; Milanovic 1998).

2005; Nyänen 2004; Atal 1999). Die Veränderungen der staatlichen sozialen Versorgungssysteme thematisieren zudem viele Forscherinnen und Forscher als weiteren entscheidenden Faktor für neue Armutsentwicklungen in Osteuropa. Hierbei wird insbesondere der Entwicklungsstand und die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme erörtert (vgl. u. a. Baum-Ceisig 2008; Offe/Fuchs 2007; Boeckh 2000).

Es zeichneten sich zwar bereits in den 1970er Jahren in den osteuropäischen Staaten gesamtgesellschaftliche Verarmungsprozesse ab, die durch mangelnde Versorgungsleistungen bedingt waren (vgl. Boeckh 2000, S. 153ff.). Bedeutend für Osteuropa ist jedoch, dass nach dem Systembruch trotz eines gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs die Masse der Bevölkerung von diesem nicht profitieren konnte. Verschärft wurden diese Entwicklungen durch sogenannte Krisen der Transformation (vgl. Ther 2014, S. 90–104). Viele Menschen waren nicht imstande, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und existentielle Bedürfnisse ausreichend zu befriedigen (Boeckh 2000, S. 146f.). Arm sein wurde vor allem in den ersten Transformationsjahren als Mangel, Verlust oder Beraubung wahrgenommen. Im Mittelpunkt stand die Erfahrung, dass der im Sozialismus erreichte Lebensstandard und die sozialen Absicherungen nicht mehr aufrecht erhalten werden konnten. Der Begriff der *deprivation* (auf Deutsch Verlust oder Entbehrung) leitet somit den Armutsdiskurs in Osteuropa und wird bis heute als eine entscheidende Größe von Armutserfahrungen für die Bevölkerung gewertet. Aidukaite konkretisiert dieses Phänomen wie folgt: „*Thus, enlargement, it seems, did not increase the average poverty rate in the EU, even if standards of living are different. However, the latest data of the European Commission on deprivation tell a somewhat different picture. In most of the new member states, around 30% of people [sic!] would like to have a car but cannot afford it [...]. Fifty-seven per cent in Bulgaria, forty per cent in Romania, about thirty-five per cent in Lithuania and Latvia, [...] cannot afford a meal with meat, chicken or fish every second day (if they want)*” (2009, S. 13). Im Mittelpunkt steht somit die Problematisierung einer neuen Einkommensarmut (vgl. auch Milanovic 1998), die gravierende Auswirkungen auf einen angemessenen Lebensstandard hat (vgl. u. a. Alam et al. 2005, S.1–47; Atal 1999, S. 5–30).

Neben der umfassenden Massenverarmung nimmt auch das Thema neuer sozialer Polarisierungen einen großen Stellenwert in der Forschung in Osteuropa ein. Speziell geht es um die Entwicklung neuer sozialer Ungleichheiten, die im Zusammenhang mit dem Systemumbruch und Transformationsprozessen betrachtet werden. Einerseits wird die Entwicklung

und Ausprägung sozialer Ungleichheiten an Einkommensunterschieden festgestellt, die zumeist anhand eines steigenden Gini-Koeffizienten aufgezeigt werden (vgl. u. a. Milanovic et al. 2010; Aidukaite 2009; Ivaschenkoa 2003; Milanovic 1998).¹¹ Andererseits wird eine neue Formierung gesellschaftlicher Stratifikation umfassend diskutiert (vgl. u. a. Szelényi/Ladányi 2005; Mikhalev 2003). Zweifellos zeichnen sich in den osteuropäischen Nationen unterschiedliche Entwicklungen ab. Prozesse der sozialen Polarisierung zeigen sich hier in sehr verschiedenen Facetten und müssen unter Berücksichtigung der jeweiligen strukturellen Rahmenbedingungen betrachtet werden (vgl. Ther 2014).

Auffallend für die gesamte Diskussion über neue soziale Polarisierungen in den osteuropäischen Transformationsstaaten sind allerdings die Termini *Verlierer (loser)* und *Gewinner (winner)*. Diese Begriffe zeigen, inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen vom Systemumbruch profitieren konnten oder benachteiligt wurden: „*Although some sections of the population profited from economic and social transition, others have lost their status and previous standard of living*“ (Aidukaite 2009, S.13). Der ungarische Soziologe Szelényi hebt hier in besonderer Weise die Herausbildung einer neuen, sich von der verarmten Masse abgrenzenden *grand bourgeoisie* (vgl. Szelényi 2010) hervor, die als Gewinnerin der Transformation begriffen wird. Gleichzeitig wird aber auch auf besondere Verlierer der Transformation hingewiesen, die in Anlehnung an den US-amerikanischen Diskurs auch als neue *underclass* bezeichnet werden (vgl. u. a. Ladányi/Szelényi 2006; McAuley 2003; Domanski 2002; Mitev 2002).

Hierbei betonen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerade auch die ethnische Dimension der *underclass*-Debatte und bewerten im Rückgriff auf diese Debatte die Ausgrenzung und Diskriminierung von ethnischen Minderheiten in Osteuropa neu. Insbesondere Roma werden in diesem Rahmen als Verlierer der Transformation verstanden.¹²

11 Der Gini-Koeffizient gibt den Grad der Gleich- oder Ungleichverteilung eines Gutes, in der Regel des Pro-Kopf-Einkommens pro Haushalt, in einem Land an. Der Wert 0 bedeutet, dass eine vollständige Gleichheit in der Einkommensverteilung vorliegt; der Wert 1 zeigt hingegen an, dass nur eine Einzelperson über das gesamte Einkommen der Volkswirtschaft verfügt. Eine Maßzahl nahe 1 zeigt dementsprechend eine hohe Ungleichverteilung der Einkommen an (vgl. hierzu zum Beispiel Schmidt 2004, S. 279).

12 Die Gruppe der Roma ist durch eine große Vielschichtigkeit und Diversität gekennzeichnet, die sich in unterschiedlichen Subgruppen mit eigenen Sprachen und kulturellen Eigenarten zeigen. Als weitere Bezeichnungen werden oftmals auch die

Entsprechend ordnen Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sie einer sich neu formierenden *underclass* in Osteuropa zu (vgl. u. a. Ladányi/Szelényi 2006).¹³ Diese Bevölkerungsgruppe ist seit den 1990er Jahren in Osteuropa mit extremen Benachteiligungen konfrontiert. Trotz der erkennbaren Emanzipation der Roma im Postsozialismus wird auf deren neue multidimensionale Ausgrenzungserfahrungen und auf zunehmende Einschränkungen gesamtgesellschaftlicher Teilhabechancen hingewiesen. So führen beispielsweise Revenga et al. in einer von der Weltbank beauftragten Studie aus: „*The collapse of the socialist regimes in Central and Eastern Europe created new opportunities for all citizens, including Roma. For the first time in decades, minorities were able to express their ethnic identity, participate in civil society, and engage in previously forbidden economic activities. However, these gains have been offset by a dramatic reduction in opportunities in many respects. For many Roma, the collapse of the socialist state has led to an erosion of security in jobs, housing and other services, and in the absence of viable economic opportunities, to the emergence of severe poverty*” (2002, S. 1).

Auffällig in diesen auf Osteuropa bezogenen Auseinandersetzungen ist in Abgrenzung zu den dargestellten westlichen Diskursen über Armut, dass Armut nicht explizit als besonders städtisches Phänomen herausgestellt wird. Die Betrachtung einzelner Stadtteile als Kristallisationsorte von Armut und sozialer Ausgrenzung ist bisher für Osteuropa nicht als ein herausragendes Thema der Armutsforschung sichtbar (vgl. Gernert 2016). Vielmehr wird extreme Armut als ländliches Problem (vgl. Domanski 2002) beziehungsweise als Problem von peripheren Regionen eingeordnet (vgl. Ther 2014). Domanski erläutert diesen Sachstand wie folgt: „*What*

Klassifizierungen *Gypsies*, *Tsiganes* oder *Zigeuner* verwendet, die jedoch mit negativen Stereotypen besetzt sind. Schüler (2005, S. 35) verweist darauf, dass sich der Begriff *Roma* in den letzten Jahrzehnten als Gesamtbezeichnung durchgesetzt hat und als anerkannte und politisch akzeptierte Gruppenbezeichnung verwendet wird. Dies gilt insbesondere für internationale Organisationen und Institutionen wie die EU, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Weltbank oder auch die Vereinten Nationen.

- 13 Ladányi und Szelényi benutzen hier auch die Begrifflichkeiten *lower class* oder auch *under-caste*, um im Postsozialismus auf eine neue Auseinandersetzung mit der Stratifikation der Gesellschaften aufmerksam zu machen. Hierbei spielen auch ethnische Abgrenzungen eine wichtige Rolle, wie Ladányi und Szelényi nachdrücklich für Bulgarien betonen: „*Gypsy ethnicity is a social construction, and the social position assigned to gypsy (whether defined as a lower class, under-caste or underclass) is the outcome of classificatory struggles*” (2006, S. 3).

such studies show is a much higher incidence of poverty in rural areas, contrary to Western countries, where poverty predominates in the inner city“ (2002, S. 57). Der städtische Raum wird in der Transformationsforschung als Ort des Wachstums und des Wohlstands angesehen. Vorzugweise die Metropolen werden aufgrund ihrer dynamischen Entwicklungen betont: „The most rapid declines in poverty have been observed in capital cities, as opposed to secondary and rural areas. [...] Throughout the Regions, the quality of public services is also poorer outside of capital cities, and trends are mixed, with some differences between capital and noncapital areas getting smaller and others larger“ (Alam et al. 2005, S. 3f.).

Auch die postsozialistische Stadtforschung in Osteuropa konzentriert sich bisher auf andere sozialpolitische Themen (vgl. hierzu Gernert 2016). Die Analyse neuer Urbanisierungsmodelle und die damit einhergehende Problematisierung der Entstehung eines *urban sprawl* stellt einen hauptsächlichen Interessenschwerpunkt dar (vgl. u. a. Stanilov/Sykora 2014; Maarten de Vet 2010, S. 99–102; Stanilov 2007; Tosics 2005). Die Stadtforscherinnen und -forscher beschreiben Prozesse einer sogenannten *nachholenden Suburbanisierung*.¹⁴ Zudem betonen Expertinnen und Experten die Umstrukturierungen der Planungssysteme in den einzelnen postsozialistischen Ländern als besonderes Forschungsfeld, da Stadtplanungsmechanismen durch den Systemumbruch eine gravierende Veränderung erfahren haben (vgl. u. a. Ladányi 2010, S. 41f.; Stanilov 2007; Tsenkova et al. 2006, S. 7f.; Tosics 2005; van Kempen 2005 et al., S. 7ff.; Harloe 1996, S. 11). Stanilov prägt hier den Begriff *Laissez-faire*-Modelle in der Stadtplanung postsozialistischer Städte, um auf den Verlust von geregelten Planungsprozessen aufmerksam zu machen (vgl. Stanilov 2007, S. 7). Nur vereinzelte Forschungsarbeiten unternehmen den Versuch, Armut in Osteuropa auch in städtischen Räumen detaillierter zu untersuchen. Hierbei diskutieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hauptsächlich Prozesse einer neuen sozialräumlichen Segregation in verschiedenen

14 Fachleute vergleichen die Herausbildung neuer suburbaner Stadtstrukturen im postsozialistischen Städten mit Prozessen in Westeuropa und in den USA, die dort bereits in den 1960er Jahren stattfanden. Daher wird hier auch von einer nachholenden Suburbanisierung gesprochen. Im Allgemeinen werden die Prozesse einer Suburbanisierung seit Ende der 1990er Jahre als ein typisches Merkmal der postsozialistischen Stadt in Osteuropa herausgestellt.

osteuropäischen Städten und betrachten somit Armuts- und Wohlstandsentwicklung gemeinsam (vgl. zum Beispiel Tammaru et al. 2016¹⁵; Aidukaite 2009¹⁶; Tsenkova/Nedović-Budić 2006¹⁷).

2.3 Benachteiligte Quartiere, integrierte Stadtentwicklung und das Engagement der EU

Vor dem Hintergrund der westeuropäischen Debatten über Armut (siehe Kapitel 2.1) setzt sich auch die EU seit den 1980er Jahren mit Armutsentwicklungen in Europa auseinander und konzentriert speziell ihr stadtpolitisches Engagement auf die Unterstützung benachteiligter Quartiere (vgl. Güntner 2007, S. 53–111; Frank 2005, S. 310–314). Insbesondere entwickelte sie im Zusammenspiel mit ihren Mitgliedsstaaten einen spezifischen Strategieansatz zur Stärkung krisenbetroffener Stadtteile, der heute als *integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)* oder *integrierte soziale Stadtteilentwicklung* bezeichnet wird (vgl. BMVBS 2007).¹⁸ Auch losgelöst von

-
- 15 In dem von Tammaru et al. 2016 herausgegebenen Sammelband, der mit einem quantitativen Forschungsansatz Segregationsprozesse (*residential segregation*) in unterschiedlichen europäischen Städten mit dem Ziel einer vergleichende Analyse (*ranking of cities*) erschließt, werden anhand von Budapest, Prag, Riga, Vilnius und Tallin Segregationsprozesse in osteuropäischen Städten untersucht. Eine vertiefende Analyse von spezifischen Armutsmustern und die damit verbundenen Auswirkungen auf den städtischen Raum wird hier jedoch nicht geleistet.
 - 16 In dem 2009 von Aidukaite herausgegebenen Sammelwerk mit dem Titel *Poverty, Urbanity and Social Policy: Central and Eastern Europe Compared* thematisieren Lindström für Riga und Polanska für Danzig neue Prozesse sozialräumlicher Segregation (vgl. Lindström 2009; Polanska 2009).
 - 17 In dem von Tsenkova/Nedovic-Budic 2006 herausgegebenen Sammelwerk, das einen umfassenden Überblick über die postsozialistische Transformationsforschung in Städten geben soll, untersuchen Deda/Tsenkova die Zusammenhänge zwischen Armutsprozessen und die Bedeutung von Wohnungsmärkten in Tirana (vgl. Deda/Tsenkova 2006). Andrusz setzt sich mit dem Thema des segregierten exklusiven Wohnens in russischen Städten auseinander und beleuchtet gleichzeitig das Thema der Armutsentwicklungen im Zusammenhang mit dem Wohnen (vgl. Andrusz 2006).
 - 18 In der EU wird im Allgemeinen von einer *integrierten Stadtentwicklung* – *integrated urban development* oder *integrated approach to urban development* – gesprochen, wobei es keine einheitliche Bezeichnung des Stadtentwicklungsansatzes gibt. In Bezugnahme auf die Entwicklung von benachteiligten Quartieren wird insbesondere der Begriff einer *integrierten Stadtentwicklung für benachteiligte Quartiere* oder auch einer *integrierten sozialen Stadtteilentwicklung* verwendet, im Englischen: *integrated*

Armutsdebatten hat diese Strategie nachhaltig Stadtentwicklungspraktiken und -prozesse in Europa beeinflusst, wobei weiterhin ein wichtiger Fokus auf der Unterstützung benachteiligter Quartiere liegt (vgl. BMVBS 2007, S. 15–18).

Gegenwärtig vereinigt der Ansatz der integrierten Stadtentwicklung in der EU drei wesentliche Zielsetzungen: Erstens unterstützt die EU eine gebietsbezogene Arbeitsweise in der Stadtentwicklung, die im Speziellen die Stärkung benachteiligter Quartiere gewährleisten soll. Zweitens wird eine ressortübergreifende Bekämpfung der vielschichtigen Problemlagen in einzelnen Quartieren eingefordert, die eine Bearbeitung der unterschiedlichen Politikfelder wie Wohnungsbau, Bildungs- und Sozialarbeit, Wirtschaftsförderung etc. umfasst. Drittens zielt die Initiative auf die Zusammenarbeit unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher, marktwirtschaftlicher und staatlicher Akteurinnen und Akteure ab, die im Sinne von Partizipation in die Gebietsentwicklung eingebunden werden sollen. Den Stand der Entwicklung dieses Ansatzes sowie die Diskussion der Anwendung einer integrierten Stadtentwicklung erörtere ich in den folgenden Abschnitten. Hierbei beleuchte ich sowohl die Entwicklung eines Leitbildes der integrierten Planung für benachteiligte Quartiere in der EU als auch die Strategien der Umsetzung und Verbreitung dieses Ansatzes. Es spielen sowohl Strukturfondsförderungen im Rahmen der Kohäsionspolitik als auch durch die EU geförderte Städtenetzwerke eine wichtige Rolle. Abschließend lege ich dar, wie der Einsatz dieser Strategie in den einzelnen Mitgliedsstaaten erforscht und bewertet wird.

2.3.1 Leitbild einer integrierten Planung für benachteiligte Quartiere

Das Leitbild einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) konkretisierte sich in der EU mit der Lancierung der Gemeinschaftsinitiative URBAN (1994–2006),¹⁹ die als zeitlich begrenztes Pilotprojekt der

urban development of disadvantaged/deprived neighbourhoods oder integrated urban development policy (BMVBS 2012, S. 18). In den folgenden Ausführungen benutze ich den deutschen Begriff *integrierte Stadtentwicklung oder integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)*.

19 Bereits im Zeitraum 1989 bis 1993 leitete die EU die sogenannten städtischen

Stadtentwicklungsförderung krisenbetroffene Städte und Stadtteile unterstützen sollte.²⁰ In erster Linie wurde mit der Gemeinschaftsinitiative auf die Problematik der sozialen Ausgrenzung als städtisches Problem hingewiesen und die soziale Eingliederung der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner in den Mittelpunkt gerückt: *„Einige der gravierendsten Probleme der Gemeinschaft im Zusammenhang mit mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven, niedrigen Einkommen und einer allgemein schlechten Lebensqualität sind auf die städtischen Gebiete konzentriert. Die zunehmenden Spannungen innerhalb der europäischen Gesellschaft äußern sich vor allem in einem hohen Grad an sozialer Ausgrenzung in immer mehr Innenstädten und Stadtrandzonen“* (Europäische Kommission 1994, S. 6). Die Europäische Kommission betonte in einer ihrer ersten Bewertungen der Gemeinschaftsinitiative, dass das Ziel von URBAN darin bestehe, *„die Probleme von benachteiligten städtischen Gebieten mit einem ganzheitlichen Konzept anzugehen“* (Europäische Kommission 2002, S. 8). Sie verwies somit auf die Verantwortung der EU, benachteiligte städtische Räume in Europa zu unterstützen und dies langfristig als Aufgabe der Strukturfondsförderung zu begreifen (vgl. Europäische Kommission 2002).

Diese Initiative wird von vielen Expertinnen und Experten als Meilenstein der europäischen sozialen Städteförderung bewertet (Hamza et al.

Pilotprojekte (SPP) ein und erprobte hier erste Maßnahmen für benachteiligte Quartiere. Auch im Rahmen von POVERTY III wurde die räumliche Dimension von Armut in den Fokus genommen und Förderstrategien wurden explizit für benachteiligte Quartiere angewandt (vgl. Güntner 2007, S. 71). Die hieran anschließende URBAN-Initiative war in zwei Förderphasen (gebunden an die Phasen der Strukturfondsförderung) aufgeteilt: URBAN I von 1994 bis 1999 und URBAN II von 2000 bis 2006. 2007 führte die EU die explizite Stadtentwicklungsförderung und hierin eingeschlossen die Förderung von benachteiligten Quartieren in die Regelförderung der Struktur- und Kohäsionspolitik über und förderte fortan keine expliziten Gemeinschaftsinitiativen in Form von Pilotprojekten für Städte. Detaillierte Ausführungen über die Entwicklung der Förderprogramme für eine soziale und integrierte Stadtentwicklung in der EU finden sich insbesondere bei Güntner 2007 (vgl. zudem Hamza et al. 2014, S. 35–58; Hahn 2012; van den Berg et al. 2007; Frank 2006; dies. 2005; Le Galès 2004; Tofarides 2003; Atkinson 2001 und Stewart 1994). Diese Autorinnen und Autoren ordnen die Auseinandersetzungen mit stadtpolitischen Fragestellungen und Förderstrategien für Städte in der EU im Detail ein.

- 20 Es profitierten in der ersten Förderphase 118 Stadtgebiete und in der zweiten Förderphase 70 Stadtgebiete in Europa von der Unterstützung durch die Gemeinschaftsinitiative URBAN (vgl. Europäische Kommission 2009, S. 9–12). Vorzugsweise rückten im Rahmen der URBAN-Initiative zwei typische Siedlungsräume als besonders problematische Gebietsstrukturen in den Fokus der Förderung: stark verdichtete innerstädtische Gebiete und periphere Wohnsiedlungen der Nachkriegszeit.

2014; Eltges/Nickel 2007, S. 479 f.; Güntner 2007, S. 87; van den Berg et al. 2007, S. 51ff.; Frank 2006; dies. 2005) und legte wichtige Grundlagen für die Konzeptionen einer integrierten Stadtentwicklung für benachteiligte Quartiere in der EU. Zusammenfassend zeichnete sich URBAN durch eine Fokussierung auf kleine städtische Gebietseinheiten, durch eine ganzheitliche Entwicklung und Stabilisierung einzelner Quartiere (Bearbeitung komplexer sozialer, ökonomischer und physischer Problemlagen) sowie durch das Einbeziehen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure in die Strategieentwicklung (ressortübergreifende, partizipative Arbeitsweise und Vermittlung zwischen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Institutionen, Bewohnerinnen und Bewohnern) aus. Hierbei wurde vorrangig auf die Formierung neuer Steuerungsmodelle in der Quartiersentwicklung abgezielt, die auf ein partizipatives Stadtmanagement und Prozesse der Bürgerbeteiligung im Sinne einer sogenannten lokalen Partnerschaft aufbauen (vgl. Europäische Kommission 2002; dies. 1994). Frank (2005, S. 312) ordnet gerade diese Stärkung von partizipativen Stadtentwicklungspraktiken als eine entscheidende Zielsetzung von URBAN im Besonderen und als ein wichtiges Motiv der durch die EU geförderten Stadtpolitik im Allgemeinen ein. Gleichzeitig zeigt sich aber auch das Anliegen der EU, die Sichtbarkeit der durchgeführten Aktionen und Maßnahmen in Städten durch den gebietsbezogenen Ansatz zu verstärken (vgl. Europäische Kommission 2002, S. 5).

Das Leitbild einer integrierten Stadtentwicklung, wie es eigens durch die Gemeinschaftsinitiative URBAN proklamiert wurde, ist weiterhin ein strategischer Orientierungsrahmen für die Förderinstrumente der EU und für die Strategieentwicklungen der einzelnen Nationalstaaten. Namentlich die *Leipzig Charta*, die 2007 von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Ministern unter der Ratspräsidentschaft Deutschlands proklamiert wurde, zeigt die oben genannten Grundsätze auf (vgl. BMVBS 2007). In den Ausführungen der *Leipzig Charta* heißt es, dass jede europäische Stadt verpflichtet sei, Stadtteile im Niedergang zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten (vgl. BMVBS 2007, S. 15–18). Die einzelnen Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, sich mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen: „Wie können [...] Bevölkerungsgruppen und städtische Teilräume, denen eine Abkopplung von lokaler Wirtschaftsentwicklung, vom städtischen Arbeitsmarkt und sozial-räumlichen Zusammenhängen droht, an den angestrebten Entwicklungen beteiligt werden, um Städte als gesellschaftliche und räumliche Einheiten zu erhalten“ (BMVBS 2012, S. 11)?

Überdies zeigt sich, dass die verantwortlichen Ministerinnen und Minister bestrebt waren, neben der Förderung von benachteiligten Quartieren die Stärkung von integrierten Planungsprozessen als allgemeines Stadtentwicklungsprinzip für europäische Städte zu stärken und weiterzuentwickeln. Stadtentwicklung sollte als ein partizipativer, mit unterschiedlichen Regierungsebenen abgestimmter Prozess konzipiert sein und die zentralen städtischen Politikfelder koordinieren (vgl. BMVBS 2007, S. 10–15). Die *Leipzig Charta* ist bis heute ein wichtiges Grundsatzpapier, das sich für eine integrierte Stadtentwicklung in Europa einsetzt und dabei auch die Bedeutung der Unterstützung benachteiligter Quartiere herausstellt (vgl. Europäische Kommission o. J. a (Urban Portal); BBSR 2017; Hamza et al. 2014, S. 36; BMBVS 2012; Hahn 2012; Frank 2008). Als wichtige Dokumente der EU, die vor allem an die *Leipzig Charta* und ihre Grundsätze anschließen, werden die *Erklärung von Toledo* (2010) und auch die seit 2011 angestrebte *Städteagenda für die EU* (*Urban Agenda for the EU*) benannt (vgl. BBSR 2017, S. 13f.).²¹

2.3.2 Kohäsionspolitik und Städteförderung

Im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik setzt sich die EU für die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der einzelnen Mitgliedsstaaten ein.²² Dieser politische Grundsatz wurde mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Jahr 1987 vertraglich verankert und stellt bis heute die zentrale Investitionspolitik der EU dar, die als Korrektiv zur Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik verstanden wird und auf einer internen Solidarität gründet (vgl. Art. 130a–130e EEA; Europäische

21 Die *Erklärung von Toledo* ist 2010 während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen eines informellen Treffen der Ministerinnen und Minister für Stadtentwicklung entstanden und bekräftigt die Ausführungen sowie Zielsetzungen der *Leipzig Charta*; siehe hierzu Europäische Kommission o. J. a (Urban Portal).

22 Die EU setzte sich zwar bereits mit der Einführung des Europäischen Sozialfonds (1958) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (1975) für eine ausgleichende Sozial- beziehungsweise Regionalpolitik ein, aber erst mit der EEA und der damit einhergehenden Reform der Strukturfonds (1988) wurde die Kohäsionspolitik institutionalisiert. Die Entwicklungslinien der Kohäsionspolitik und der Strukturfonds wurden in den unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen detailliert aufgearbeitet (vgl. hierzu u. a. Heinelt/Petzold 2018; Bachtler et al. 2016; Bachtler et al. 2013; Axt 2000).

Kommission 1996). Im Mittelpunkt steht das Anliegen, den sich unterscheidenden Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger in der EU anzupassen und das Wohlstandsgefälle zu verringern. Mit dieser Zielsetzung stellt die EU bis heute umfangreiche Subventionen zur Förderung von strukturschwachen Mitgliedsstaaten, Regionen und Städten zur Verfügung. Verstärkt durch die URBAN-Initiative rückten die Städte in den Fokus der Strukturförderung; entsprechend benennt die EU Städte und Quartiere explizit als Förderziele ihrer Kohäsionspolitik (vgl. Frank 2005, S. 311).

Als Instrumente für die finanzielle Unterstützung der einzelnen Staaten, Regionen und Städte verfügt die EU über die sogenannten Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), die nach unterschiedlichen Gesichtspunkten Entwicklungsdefizite bekämpfen und dafür Fördermittel für die Strukturentwicklung bereitstellen sollen.²³ Von besonderer Bedeutung für Aufgaben der Stadtentwicklung ist hier der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Außerdem profitieren Städte in unterschiedlicher Weise auch vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds (KF).²⁴ Um Entwicklungsbedarfe und angemessene Subventionsleistungen aus den Strukturfonds bestimmen zu können, führte die EU eine Fördergebietsklassifizierung auf regionaler Ebene ein (siehe Abb. 1.1).²⁵

Bemerkenswert ist, dass seit der Einstellung der URBAN-Gemeinschafts-

23 Seit der Reform der Strukturfonds 1988 müssen alle Fonds koordiniert werden, somit gibt es einheitliche Förderphasen und abgestimmte, definierte Zielsetzungen. Seit 1989 gibt es entsprechend mehrjährige Förderperioden: 1989–1993; 1994–1999; 2000–2006; 2007–2013; 2014–2020. Die Fördergelder, die durch die Strukturfonds bereitgestellt werden, zahlt die Europäische Kommission auf Grundlage von *Operationellen Programmen* aus. Die englische Bezeichnung der EU *Operational Programmes* ist gängig und wird deshalb im weiteren Text angewendet. Zu den aktuellen Leitlinien und Förderbedingungen der ESI-Fonds siehe *Verordnung (EU) Nr. 1303/2013* und Europäische Kommission 2015. Zur Bedeutung der Strukturfonds in der Kohäsionspolitik siehe Heinelt/Petzold 2018.

24 Der KF richtet sich an EU-Staaten, die ein Bruttonationaleinkommen pro Einwohner unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts aufweisen. Hier wird im besonderen Maße in Infrastrukturverbesserungen wie Verkehrsnetze investiert; siehe *Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 über den Kohäsionsfonds*.

25 In der Förderperiode 2014 bis 2020 unterscheidet die EU anhand des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zwischen drei *Regionskategorien*, um entsprechende Förderbedarfe einzuordnen: *weniger entwickelte Regionen, Übergangsregionen und stärker entwickelte Regionen* (vgl. hierzu Europäische Kommission 2015; dies. 2011). *Weniger entwickelte Regionen* weisen ein Pro-Kopf-BIP auf, das weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU-27 beträgt, und stellen eine Förderpriorität dar.



- Weniger entwickelte Regionen
(Pro-Kopf-BIP < 75 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU-27)
- Übergangsregionen
(Pro-Kopf-BIP zwischen 75 und 90 Prozent des EU-Durchschnittes der EU-27)
- Stärker entwickelte Regionen
(> = 90 Prozent des EU-Durchschnittes der EU-27)
- Keine Mitglieder der EU

Abb. 1.1: Gebietsklassifizierung für die Strukturfondsförderung der EU, Förderperiode 2014 bis 2020
(Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage: Europäische Kommission 2014)

initiative im Jahr 2006 der Versuch unternommen wird, die in der Initiative gewonnenen Strategieansätze in die Regelförderung der Strukturfonds zu überführen und die einzelnen Nationalstaaten anzuleiten, Fördergelder explizit für städtische Problemlagen und neue Strategieansätze in der Stadtentwicklung einzusetzen. Hierbei ist der Ansatz der integrierten Stadtentwicklung, wie ihn die URBAN-Initiative einforderte, leitend, da die EU bestrebt ist, sowohl monetäre als auch personelle Ressourcen zu aktivieren und zu bündeln. Bereits in der Förderperiode 2007 bis 2013 verwies die EU in der Verordnung zum EFRE aus dem Jahr 2006 (vgl. Verordnung (EG) Nr. 1080/2006) auf die Bedeutung der Weiterführung der URBAN-Initiative in den europäischen Städten und deutete eine Berücksichtigung von städtischen Belangen in der Regelförderung an. Speziell verlangte die EU in Artikel 8 (Verordnung (EG) Nr. 1080/2006) die Umsetzung einer partizipierenden, integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung, die sich besonders auf Gebiete mit einer Konzentration von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Problemlagen richten soll. Gleichzeitig veröffentlichte die Europäische Kommission im Rahmen der Förderphase 2007 bis 2013 unterschiedliche Dokumente, Stellungnahmen und Leitfäden, in denen sie eine Bekämpfung von städtischen Problemlagen in krisenbetroffenen Stadtteilen bewarb (vgl. Hamza et al. 2014, S. 39–46; Europäische Kommission 2010a; dies. 2010b; dies. 2006; Hübner 2006). Das Schlagwort des *Mainstreaming* der URBAN-Initiative kennzeichnet die Kohäsionspolitik der Förderperiode 2007 bis 2013.²⁶

In der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020 zeigt sich weiterhin der ungebrochene Wille, besondere städtische Problemlagen zu berücksichtigen. Die Europäische Kommission verweist ausdrücklich in den Zielsetzungen für die aktuelle Kohäsionspolitik auf den hohen Stellenwert der

26 Die Europäische Kommission verweist mit dem sogenannten URBAN *Mainstreaming* auf den Vorgang, dass Leitlinien der Gemeinschaftsinitiative URBAN in den Rechtsrahmen für die Operationellen Programme des EFRE ab der Förderperiode 2007–2013 aufgenommen wurden und die Mitgliedsstaaten somit angehalten sind, diese Leitlinien bei der Umsetzung der Regelförderung der Strukturfonds zu berücksichtigen: „Das *‘Mainstreaming’* der Gemeinschaftsinitiative URBAN ist ein Leitsatz für die Ausarbeitung der neuen Generation Operationeller Programme des EFRE und wurde durch eine Bestimmung in der EFRE-Verordnung (Verordnung(EG) Nr.1080/2006) verankert. [...] Diese unverbindliche Vorschrift erkennt – erstmals – an, dass die Entwicklung benachteiligter Stadtgebiete eine wichtige Aufgabe der Operationellen Programme des EFRE ist“ (Europäische Kommission 2008, S. 13).

Städte (vgl. Verordnung (EU) Nr. 1301/2013, Art. 7 und 8) und auf die Notwendigkeit von deren Förderung: *„Die Städte sind der Ort, an dem Herausforderungen zutage treten und Lösungen am wirkungsvollsten greifen. Daher müssen viele der politischen Maßnahmen der EU oder der Mitgliedsstaaten auf lokaler Ebene genau dort umgesetzt werden. Wenn es der EU beispielsweise gelingen soll, ihre Klimaziele zu erreichen, müssen die Städte an ihrer Ressourcen- und Energieeffizienz arbeiten, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Wohnen und städtebauliche Gesamtkonzepte. Auch ist in Städten ein mehrgleisiger Ansatz unverzichtbar, um Probleme wie die Konzentration von Armut und räumlicher Ausgrenzung zu lösen und sich den Folgen einer alternden Gesellschaft zu stellen“* (2014a, S. 14). Die einzelnen Nationalstaaten der EU werden ausdrücklich in den neuen Förderrichtlinien angehalten, fünf Prozent der EFRE-Mittel für *„integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung“* auszugeben (Verordnung (EU) Nr. 1301/2013, Art. 7, Abs. 4). Diese Mittelbindung stellt eine Neuerung zum Förderzeitraum 2007 bis 2013 dar, in dem der Einsatz von EFRE-Mittel für Stadtentwicklungsprojekte freiwillig war, und soll eine verbindliche, neue Stadtentwicklungspraxis der EU festigen, die über das bisherige freiwillige *Mainstreaming* der URBAN-Initiative hinausgeht.

Einen besonderen Stellenwert in der aktuellen Förderperiode nimmt die Etablierung einer integrierten Stadtentwicklungspraxis in den einzelnen Nationalstaaten ein, um den komplexen städtischen Entwicklungen gerecht zu werden und im Sinne der URBAN-Initiative neue Steuerungsmechanismen zu festigen. Im Wortlaut der Europäischen Kommission wird dieses Vorgehen im Sinne einer Bestätigung der Leitlinien der URBAN-Initiative wie folgt definiert: *„Es wird zunehmend deutlich, dass die verschiedenen – wirtschaftlichen, ökologischen, klimatischen, sozialen und demografischen – Herausforderungen des städtischen Lebens eng miteinander verknüpft sind. In der Stadtentwicklung können entsprechende Erfolge daher nur mit einem integrierten Ansatz erzielt werden. Maßnahmen zur Stadtsanierung sollten daher mit Maßnahmen zur Förderung von Bildung, wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Integration und Umweltschutz verbunden werden. Die Entwicklung enger Partnerschaften zwischen den betroffenen Bürgern, der Zivilgesellschaft, der lokalen Wirtschaft und den verschiedenen Regierungsebenen ist in diesem Zusammenhang unverzichtbar“* (Europäische Kommission 2014b).

In Abgrenzung zur URBAN-Initiative und auch zum Sprachgebrauch in der Förderperiode 2007 bis 2013 wird der Terminus des benachteiligten Quartiers sprich *„Gebiete mit einer Konzentration von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Problemlagen“* (vgl. Verordnung (EG) Nr. 1080/2006, Art. 8)

nicht mehr explizit in den gängigen Verordnungen zur Kohäsionspolitik verwendet (vgl. Verordnung (EU) Nr. 1301/2013, Art. 7 und 8). Der Begriff der „Herausforderung“ wird in den aktuellen Förderrichtlinien vermehrt angeführt und auf Fördergebiete mit *„besonderen wirtschaftlichen, ökologischen, klimatischen, demografischen und sozialen Herausforderungen“* (Verordnung (EU) Nr. 1301/2013, Art. 7, Abs. 1) verwiesen. Hier zeigt sich aber nur eine andere Benennung von förderbedürftigen Stadtteilen, die nicht mehr als *benachteiligt* oder *mit Problemen belastet* bezeichnet werden. Dadurch soll eine Stigmatisierung der Fördergebiete vermieden werden. Die Europäische Kommission setzt sich somit weiterhin dafür ein, dass von Armut stark betroffene Stadtgebiete durch die bereitgestellten ESI-Mittel besonders gefördert werden (vgl. Europäische Kommission 2014b). Die einzelnen Nationalstaaten beziehungsweise die kommunalen Verwaltungen sind angehalten, solche städtischen Gebiete zu identifizieren und als Förderräume festzulegen.

2.3.3 Netzwerke für eine integrierte Stadtentwicklung

Neben gängigen Förderinstrumenten (Strukturfondsförderung im Rahmen der Kohäsionspolitik), besonders geförderten Pilotprojekten (Gemeinschaftsinitiative URBAN) und einer Leitbilddiskussion (*Leipzig Charta*) stellen Netzwerke zum Erfahrungsaustausch einzelner Städte in der EU einen weiteren bedeutenden Faktor im Umgang mit städtischen Armutskonzentrationen in Europa dar. Als besondere Netzwerk-Initiative, die explizit von der EU aufgebaut wurde und dementsprechend durch Strukturfondsmittel gefördert wird, ist die Plattform URBACT herauszuheben. Sie wurde 2002 im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN gegründet und diente dem Ziel, den Städten der EU die *„Möglichkeit zu geben, mit der Unterstützung von Experten Erfahrungen und bewährte Verfahren auszutauschen“* (Europäische Kommission 2010a, S. 22). Anfänglich war die Beteiligung an URBACT auf die URBAN-Städte beschränkt; heute können alle Städte der 28 Mitgliedsstaaten (einschließlich der Schweiz und Norwegen) teilnehmen. Die in den einzelnen URBACT-Netzwerken agierenden Städte sollen elementare städtische Fragen und Problemlagen thematisieren, um auf der Ebene der EU die städtische Dimension der Kohäsionspolitik voranzutreiben (vgl. van den Berg et al. 2007, 53f.). Hierbei geben die Europäische Kommission und das URBACT-Sekretariat definierte Richtlinien für Arbeitsweisen innerhalb der einzelnen Städtenetzwerke von URBACT vor (vgl. URBACT-Sekretariat 2015;

URBACT-Secretariat 2014).²⁷ Die Netzwerk-Initiative URBACT ist bis heute zu einem festen Bestandteil der Förderung und Unterstützung von Städten in der EU geworden; mit ihrer Finanzierung ist sie an die Förderzeiträume der Strukturpolitik gebunden (vgl. Hamza et al. 2014, S. 51f.; URBACT-Secretariat 2014; Europäische Kommission 2010a; van den Berg et al. 2007). Im Förderzeitraum 2014 bis 2020 wird URBACT mit 96,3 Millionen Euro aus EFRE-Zuwendungen sowie nationalen und lokalen Mitteln finanziert, wobei knapp 77 Prozent der Gelder aus dem Strukturfonds der EU stammen (vgl. URBACT-Secretariat o. J. b).

Im Laufe der 13-jährigen Geschichte von URBACT hat sich sowohl in thematischer als auch in struktureller Hinsicht eine vielschichtige Arbeitsweise entwickelt. Die Themen erstrecken sich vom *urban sprawl* über *city branding* bis hin zu *urban renewal*. URBACT bedient einen umfassenden Themenpool, in dem unterschiedliche Städtenetzwerke eingeordnet werden können. Natürlich spielen vor dem Hintergrund des Hervorgehens von URBACT aus der URBAN-Initiative der Umgang mit benachteiligten Quartieren und die Vermittlung beziehungsweise die Weiterentwicklung von Strategieansätzen einer integrierten Stadtentwicklung weiterhin eine wichtige Rolle. Auch im derzeitigen Zyklus von URBACT wird der Aufgabenbereich der integrierten Stadtentwicklung als zentraler Themenschwerpunkt bearbeitet (vgl. URBACT-Secretariat 2014). Die einzelnen URBACT-Städtenetzwerke setzen sich zum einen mit strategischen Fragen der integrierten Planung auseinander, die die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von an Planungsprozessen beteiligten Akteurinnen und Akteure oder auch neue Planungsansätze berühren. Zum anderen werden auch inhaltliche Handlungsfelder benannt, die mit einem integrierten Ansatz angegangen werden sollen. Hierzu zählen beispielsweise Themen wie *urban sprawl*, *urban*

27 Vier wesentliche Punkte kennzeichnen die Arbeitsweise: Erstens muss jedes URBACT-Städtenetzwerk einen sogenannten *Lead Partner* benennen, der die Netzwerkarbeit organisiert und koordiniert. Er nimmt eine bedeutende Position in der Leitung des Netzwerkes und somit auch in der Vorgabe inhaltlicher und strategischer Ziele ein. Zweitens ist jedes Netzwerk verpflichtet, einen *Local Action Plan* zu erarbeiten, der als ein Entwicklungskonzept aufgefasst werden kann. Die einzelnen Netzwerkpartner müssen drittens eine *Local Support Group* benennen, die die Arbeit in den Stadtteilen vorantreibt und koordiniert. Viertens muss ein federführender Experte (*Lead Expert*) jedes Netzwerk begleiten und inhaltlich unterstützen. Die Städte sind zudem angehalten, sich aktiv um eine Teilnahme an URBACT-Netzwerken zu bemühen, weshalb sie sich dafür bewerben müssen.

mobility, housing, culture and heritage und auch das Themenfeld *disadvantaged neighbourhoods* (vgl. URBACT-Secretariat o. J. a). Dieses weitreichende Spektrum zeigt, dass ein breit gefasstes Verständnis von integrierten Planungsansätzen für unterschiedliche Problem- und Handlungsfelder vorherrscht.

In den letzten Jahren haben sich aber auch zahlreiche URBACT-Städtenetzwerke zusammengefunden, um sich explizit mit problematischen Quartiersstrukturen auseinanderzusetzen. Seit 2008 unterstützt URBACT sieben Netzwerke, die in unterschiedlicher Weise auf Probleme in sogenannten *disadvantaged neighbourhoods* eingehen. Zum einen werden in der Netzwerkarbeit die besonderen Problemlagen von bestimmten Gruppen bearbeitet (vgl. zum Beispiel Netzwerkarbeit von Roma-Net I und II). Hier steht die Bekämpfung sozialer Ausgrenzungsmechanismen im Mittelpunkt. Zum anderen werden spezifische Quartierstypen wie beispielsweise Großwohnsiedlungen untersucht, um Erneuerungsstrategien zu erproben (vgl. zum Beispiel Netzwerkarbeit von RE-Block). Überdies haben sich Netzwerke zusammengefunden, die sich ohne einen expliziten Fokus mit den Problemen in benachteiligten Quartieren befassen und im Sinne eines integrierten sozialen Stadtteilentwicklungsansatzes und Inklusionsgedankens Stabilisierungsansätze für Quartiere erproben (vgl. Netzwerkarbeit von CoNet und URBAMECO).

2.3.4 Umsetzung und Verankerung der integrierten Stadtentwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten

Der Politikansatz der integrierten Stadtentwicklung trifft in der EU auf unterschiedliche Planungskulturen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Bemerkenswert ist in diesem Kontext der divergierende Entwicklungsstand der Mitgliedsstaaten bezüglich der Thematisierung integrierter Stadtentwicklung und des strategischen Handelns in und für benachteiligte Quartiere. Hauptsächlich verfügen Deutschland und Frankreich neben Belgien, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden über eine gefestigte nationale Politik der integrierten Stadtentwicklung oder über spezifische Programmansätze für problematische Quartierstrukturen, wie in der gängigen Fachliteratur unterstrichen wird (vgl. Walther 2004; Friedrichs/Blasius 2000, S. 17; Froessler 1994; Froessler et al. 1994). Diese Länder konnten bereits von der URBAN-Initiative profitieren, wie unterschiedliche empirische Studien sowie Berichte belegen, die anhand von Fallbeispielen die

Anwendung und Implementierung der Initiative analysieren (vgl. zum Beispiel Güntner 2007; Tofarides 2003; Paulus 2000).²⁸

Auch zeigen Evaluationen zur Umsetzung der *Leipzig Charta*, dass weiterhin nord- und westeuropäische Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung integrierter Planungsansätze als besonders erfolgreiche Länder bewertet werden (vgl. BBSR 2017; BMVBS 2012). Beispielsweise klassifizieren die Autorinnen und Autoren dieser Evaluationen speziell die nord- und westeuropäischen Mitgliedsstaaten als „Länder mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)“ (vgl. BMVBS 2012, S. 23–43).²⁹ Überdies werden in südeuropäischen Ländern Entwicklungserfolge durch eine von der EU geförderte integrierte Stadtentwicklung untersucht und bezüglich ihrer Umsetzungspraktiken reflektiert. Vorliegende Forschungsarbeiten und empirische Einzelfallstudien verweisen darauf, dass südeuropäische Länder, die bis dato keine weitreichenden Strategien für neue soziale Stadtteilentwicklungsansätze erarbeitet hatten, bereits von der Gemeinschaftsinitiative URBAN profitiert haben (vgl. u. a. Frank 2008, S. 113; Humboldt Study Team 2006;³⁰ Koutalakis 2003;³¹ Chorianopoulos 2002³²). Insbesondere Italien wird bereits 2012 in der ersten Evaluierung zur Umsetzung der *Leipzig Charta* als „Land mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)“ eingeordnet (vgl. BMVBS 2012, S. 36f.).

-
- 28 Die Autorinnen und Autoren stellen die Einbettung von URBAN in das politische Mehrebenen-System der EU (*Multi-Level Government System*) dar und analysieren anhand verschiedener Fallbeispiele die Umsetzung des Programms auf der Quartiersebene. Güntner (2007) stellt Berlin in den Mittelpunkt seiner Forschung, Tofarides (2003) fokussiert London sowie Marseille und Paulus (2000) betrachtet London, Merseyside, Berlin und Duisburg-Marxloh.
- 29 Zu den „Länder[n] mit umfassenden nationalen Programmen zur integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)“ zählen Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, die Niederlande, Schweden und die Schweiz (vgl. BMVBS 2012, S. 23–43).
- 30 Das Projekt *The European URBAN Experience – Seen from the Academic Perspective* der Humboldt Universität zu Berlin stellt ausdrücklich die Bedeutung von URBAN für eine neue Stadtentwicklungspraxis in benachteiligten Quartieren im südeuropäischen Raum heraus und erörtert hierbei die Entstehung neuer Stadtteilentwicklungspraktiken (vgl. Humboldt Study Team 2006).
- 31 Koutalakis (2003) untersucht die Umsetzung von URBAN für Athen, Thessaloniki und Volos.
- 32 Chorianopoulos (2002) betrachtet in seiner vergleichenden Untersuchung Fallbeispiele in Spanien, Griechenland und Portugal.

Gleichzeitig zeigt sich, dass westeuropäische Länder seit der URBAN-Gemeinschaftsinitiative nicht nur von EU-Initiativen profitieren und beeinflusst werden, sondern dass diese Länder auch Strategien einer integrierten Planung mit dem Fokus auf benachteiligten Quartieren als einen Standard in der EU etablieren möchten. Dieses Anliegen muss im Besonderen vor dem Hintergrund des Diskurses über soziale Ausgrenzung und Stadtentwicklung eingeordnet werden (siehe Teilkapitel 2.1). Ausdrücklich muss hier nochmals auf Frankreich verwiesen werden, das sich als eine der ersten Nationen der EU sowohl in einem intensiven wissenschaftlichen Diskurs als auch auf einer stadtpolitischen Ebene mit neuen Mustern von Armut in Städten auseinandergesetzt hat. Gerade Frankreich war bei der Initiierung von URBAN federführend. Das europäische Städtenetzwerk *Quartiers en Crise*, das u. a. die Gründung von URBAN vorangetrieben hat,³³ wurde 1989 auf Initiative der französischen Institution *Délégation Intermunicipale à la Ville* gegründet (vgl. Güntner 2007, S. 74). Auch Deutschland nimmt eine wichtige Position in der Verbreitung einer integrierten Stadtentwicklung innerhalb der EU ein, was sich eigens bei der Erstellung der *Leipzig Charta* unter der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 zeigte. Die Ausformulierung der Charta wurde stark durch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Ministerien geprägt.

Im Gegensatz zur Positionierung westeuropäischer Länder in der Debatte über eine integrierte Planung existiert in den osteuropäischen Staaten keine umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der integrierten Stadtentwicklung aus EU-Perspektive. Die Untersuchungen beschränken sich auf erste Berichterstattungen beziehungsweise auf Klassifizierungen der Umsetzungen. So werden die osteuropäischen Länder generell als „Länder mit nationalen oder regionalen Programmen oder mit nationalen Leitlinien für integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)“ oder als „Länder mit vorwiegend kommunalen Ansätzen integrierter Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)“ eingestuft (vgl. BMVBS 2012). Eine kritische Reflexion erfolgt hier nicht, ob dieser Ansatz zielführend für die osteuropäischen Mitgliedsstaaten ist. Vielmehr wird die integrierte Stadtentwicklung als Standard durch die EU festgelegt und auch eingefordert.

33 Güntner (2007, S. 75) betont in Bezugnahme auf Paulus (2000, S. 127f.): „Die dort präsentierten Betrachtungen gelten zusammen mit den Erfahrungen der städtischen Pilotprojekte als eine wichtige konzeptuelle Grundlage für die Gemeinschaftsinitiative URBAN.“ Für weitere Ausführungen zur Konzeption und Entwicklung des Netzwerkes *Quartiers en Crise* vgl. Güntner 2007, S. 74ff.

2.4 Fazit zum Forschungsstand

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass in West- und Nordeuropa intensiv über neue städtische Ausgrenzungsphänomene diskutiert wird und sich dabei das Augenmerk auf benachteiligte Quartiere richtet. Die in den letzten Jahrzehnten aufgenommenen Forschungsaktivitäten zu diesem Thema definieren benachteiligte Quartiere auch als stadtpolitisches Handlungsfeld. Die EU hat diese Debatte aufgegriffen, u. a. ihre Stadtentwicklungspolitik auf die Stabilisierung benachteiligter Quartiere ausgerichtet und den Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung als ein Leitbild ihrer Politik für europäische Städte formuliert. Speziell regt sie im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik und durch die Unterstützung von Städtenetzwerken die einzelnen Mitgliedsstaaten an, diesen Ansatz zu erproben und in die nationalen Planungskulturen zu integrieren oder bereits gefestigte Ansätze weiterzuentwickeln. Dieser Standard wird für alle Städte in der EU eingefordert und unterstützt, wobei sich unterschiedliche Entwicklungslinien für die integrierte Planung in den einzelnen Städten beziehungsweise Mitgliedsstaaten herauskristallisiert haben. Insgesamt wurden gerade für Nord- und Westeuropa, aber auch für Südeuropa Erfolge in der Umsetzung verbucht. Forschungsarbeiten dokumentieren diese Anwendungserfolge sowie die Umsetzung dieses Ansatzes umfassend.

Die Forschungslücke in Bezug auf Armutsentwicklungen in europäischen Städten und die damit verbundene Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklung der EU zeigt sich speziell für die Städte beziehungsweise Mitgliedsstaaten Osteuropas. Zwei Ebenen müssen hier betrachtet werden: Erstens konzentriert sich die Armutsforschung in Osteuropa bisher auf die Analyse von gesamtgesellschaftlichen Phänomenen der Armutsentwicklung. Der städtische Raum stellt im akademischen Diskurs keinen Fokus dar und wird nicht als spezieller Ort der Manifestation von Armut eingestuft (siehe Teilkapitel 2.2). Grundsätzlich stellt sich somit die Frage, wie Armutsphänomene und Stadtentwicklung in osteuropäischen Städten zusammenhängen oder sich auch verknüpfen. Hierbei ist bisher unklar, welche Relevanz benachteiligten Quartieren als Kristallisationsort für Armutsentwicklungen zugesprochen wird oder welche besonderen städtischen Armutsentwicklungen in osteuropäischen Städten festgestellt werden können. Der westeuropäische Diskurs, der stark durch die hochentwickelten Industrienationen geprägt ist, kann nicht ohne weiteres auf osteuropäische Realitäten und Entwicklungen übertragen werden. Auch wenn sich

bereits Verbindungen zwischen ost- und westzentrierten Armutsdiskursen vor allem im Kontext der *underclass*-Debatte abzeichnen (siehe Teilkapitel 2.1 und 2.2), ist eine genauere Analyse wichtig, um Stadtentwicklungsmuster und Armutsphänomene in Osteuropa bestimmen und angemessen einordnen zu können.

Zweitens gibt es keine umfassende Diskussion darüber, inwieweit der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung der EU im Rahmen ihrer Diskurs- und Förderpolitik auch zielführend für die Armutsbekämpfung beziehungsweise Stadtentwicklung in osteuropäischen Städten ist. Die EU setzt diesen Ansatz als einen Standard voraus, der einerseits in West- und Nordeuropa verankert ist und andererseits im gesamten Raum der EU vorbereitet werden soll. Offen ist bis heute die Frage, welche Impulse die EU den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten mit einer integrierten Stadtentwicklung für benachteiligte Quartiere geben kann und wie die osteuropäischen Mitgliedsstaaten diesen Entwicklungsansatz vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Gesellschafts- und Stadtentwicklung annehmen. Außerdem gilt es zu klären, inwieweit eine Konzeption von geeigneten Interventionen auch jenseits der EU-Standards stattfinden sollte. Dieser Forschungslücke nimmt sich die vorliegende Arbeit an.

3 Forschungsansatz und -design

ANKNÜPFEND AN DIE VORGESTELLTE Forschungslücke konkretisiere ich im folgenden Teilkapitel 3.1 die Zielsetzung und die zentralen Fragestellungen meiner Arbeit. Daran anschließend erörtere ich den Forschungsansatz, was sowohl die Forschungs- und Verwertungslogik (siehe Teilkapitel 3.2) als auch die Feldforschung in Sofia (siehe Teilkapitel 3.3) einschließt. In diesem Kontext stelle ich zudem die angewandten methodischen Instrumente und Verfahren meiner empirischen Forschung in Sofia vor. Abschließend erläutere ich im Teilkapitel 3.4 meinen Auswertungs- und Analyseansatz.

3.1 Zielsetzung und zentrale Fragestellungen

Vor dem Hintergrund der in Kapitel 2 dargestellten Forschungslücke richtet die vorliegende Arbeit ihren Fokus anhand des Fallbeispiels Sofia auf Städte in den östlichen Mitgliedsstaaten der EU und verfolgt nachstehende Erkenntnisziele: Zum einen strebt sie eine Einordnung von Armut in osteuropäischen Städten als Phänomen mit einer spezifisch postsozialistischen Transformationsgeschichte an. Insbesondere sollen die Besonderheiten von städtischen Armutsentwicklungen in Osteuropa aufgedeckt und in Beziehung zu den lokalen Stadtentwicklungsdiskursen postsozialistischer Städte gesetzt werden. Hierbei steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die in den hochentwickelten Industrienationen entwickelten Konzeptionen bezüglich sozialer Ausgrenzung und die damit einhergehende Diskussion über benachteiligte Quartiere auch als Erklärungsmuster für Armutsentwicklungen in osteuropäischen Städten dienen können. Zum anderen verfolgt die Arbeit das Ziel, die Anwendung

der Städteförderung der EU in osteuropäischen Städten zu erfassen. Hier steht insbesondere die Frage im Vordergrund, inwieweit die Praxis einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere), die sich in Europa etablieren konnte und durch die EU gefördert sowie transportiert wird, auch zielführend für osteuropäische Städte ist. Im Hinblick auf diese formulierten Erkenntnisziele und die Zuspitzung auf das Fallbeispiel Sofia (Begründung Einzelfallbetrachtung siehe Kapitel 3.2) stehen folgende Fragestellungen im Fokus:

Welche Prozesse von Armut und sozialer Ausgrenzung zeichnen sich in Sofia ab?

Inwieweit findet eine Auseinandersetzung mit städtischen Armuts- und Ausgrenzungsphänomenen vor dem Hintergrund aktueller Stadtentwicklungsdiskurse sowie -strategien in Sofia statt und welche Ansätze der Armutsbekämpfung werden in diesem Zusammenhang verfolgt?

Welche Position beziehungsweise welche Funktion nimmt die EU sowohl als Wertegemeinschaft als auch als Förderin ein, um städtischer Armut in Sofia zu begegnen?

Entsprechend dieser Fragestellungen wurden drei zentrale Schwerpunktthemen bearbeitet:

Erstens sollen die zentralen Armutsmuster in Sofia erfasst, die Bedeutung von städtischer Armut ergründet und das Phänomen der benachteiligten Quartiere, das die Armutsdebatten in Europa seit Ende der 1980er Jahre bestimmt, eingeordnet werden. Somit sind folgende Fragen für die Operationalisierung der ersten zentralen Fragestellung relevant:

- Welchen Einfluss haben die typischen postsozialistischen Armutsphänomene beziehungsweise Phänomene neuer sozialer Ungleichheit (Massenverarmung und soziale Polarisierung) auf die Stadtentwicklung Sofias?
- Wie manifestieren sich hierbei Armutsmuster im städtischen Raum Sofias?
- Inwiefern und in welchen Ausprägungen sind Prozesse der sozialen Ausgrenzung in Anlehnung an die Diskurse *exclusion sociale* und *urban underclass* in Sofia erkennbar?
- Welche Bedeutung nimmt in diesem Kontext die Quartiersebene ein

und inwieweit lassen sich Strukturen von benachteiligten Quartieren identifizieren?

- Welche Problemfelder für die Stadtentwicklung Sofias ergeben sich aus den identifizierten Armutsstrukturen?

Zweitens erfolgt auf Grundlage der zu den Armutsphänomenen in Sofia gewonnenen Erkenntnisse eine erste Einschätzung darüber, wie diese Phänomene auf der lokalen Handlungsebene angenommen werden und wie oder ob überhaupt dieses Thema in die aktuellen postsozialistischen Stadtentwicklungsdebatten integriert ist. Der erarbeitete Überblick zeigt anhand folgender Fragen, wie unterschiedliche Akteursgruppen das Phänomen der Armut in Sofia vor dem Hintergrund von spezifischen Stadtentwicklungsdiskursen bewerten:

- Welche Leitlinien und Strategien bestimmen die aktuellen Stadtentwicklungsdiskurse in Sofia?
- Welche Bedeutung wird Armut als Thema in der Stadtentwicklung Sofias zugeschrieben?
- Welche Strategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung werden auf lokalen Handlungsebenen in Sofia erarbeitet?
- Wie werden Armutsphänomene in Sofia von den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren bewertet?

Drittens erfolgt eine Analyse der Förderstrategien der EU in Sofia. Sie konzentriert sich sowohl auf den Einsatz der allgemeinen Strukturfondsförderung als auch auf die Durchführung der URBACT-Netzwerkarbeit in Sofia. Hierbei wird vor allem die Anwendung einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) der EU erschlossen. Dieser Arbeitsschritt wird durch folgende Fragen strukturiert:

- Wie unterstützt die EU aktiv die Bekämpfung städtischer Armut in Sofia?
- Wie werden die Strukturfondsförderung und die Netzwerkarbeit in Sofia für eine integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) eingesetzt und welche Erfolge sowie Ergebnisse zeigen sich hierbei?
- Wie bewerten lokale Akteurinnen und Akteure Sofias die Förderstrategien der EU?

Auf diese Weise erschließe ich mit meiner Arbeit die Besonderheiten der Armutsentwicklungen in Sofia. In Rückgriff auf diese Erkenntnisse bewerte ich die bestehenden Diskurslinien für die Erklärung von Armutsmustern

in Europa und die damit einhergehenden Strategieentwicklungen der EU für die Stadtentwicklung Sofias. Im Folgenden lenke ich nun den Blick auf den Forschungsansatz dieser Arbeit und erörtere, wie meine Fragestellungen bearbeitet wurden.

3.2 Forschungs- und Verwertungslogik

Die vorliegende Arbeit ist einem verstehenden Erkenntnisprinzip im Sinne einer qualitativen Forschung verpflichtet, welches Flick et al. wie folgt umreißen: „Das Erkenntnisprinzip qualitativer Forschung ist auch eher das Verstehen [...] von komplexen Zusammenhängen als die Erklärung durch die Isolierung einer einzelnen (z.B. Ursache-Wirkungs-) Beziehung“ (2010, S. 23). Im Vordergrund dieser Arbeit steht dementsprechend die Rekonstruktion (vgl. u. a. Strübing 2013, S. 2f.) der grundsätzlichen Armutsphänomene in Sofia, der lokalen Stadtentwicklungsdiskurse im Zusammenhang mit Armutsentwicklungen, der Armutsbekämpfungsansätze und der Anwendung der EU-Förderung mit entsprechenden Leitlinien. Wie dargestellt, sind sowohl die Forschungs- als auch Handlungsperspektiven innerhalb der EU stark vom westeuropäischen Ansatz geprägt. Der Stand des Wissens über spezifische Armutsmuster in osteuropäischen Städten und auch über die Anwendung von integrierten Konzepten in der Stadtentwicklung ist eher rudimentär; das Verstehen von spezifischen Armutsmustern, von lokalen Stadtentwicklungsdiskursen und von Anwendungen der EU-Förderstrategien in Sofia steht entsprechend im Vordergrund.

Für den gewählten Forschungsgegenstand erwies sich ein exploratives Vorgehen als sinnvoller Ansatz, um bisher unbekannte Entwicklungen und Aspekte in Sofia zu enthüllen. Der Forschungsprozess und auch die Auswertung der erhobenen empirischen Daten orientieren sich an der *Grounded Theory* nach Glaser/Strauss (2010) und Strauss/Corbin (1996). Dementsprechend ist der Forschungsverlauf zirkulär angelegt und grenzt sich von linear konzipierten Forschungsansätzen, die einem nomologisch-deдукativen Ansatz verpflichtet sind, ab (vgl. Flick 2010, S. 122–131; Strübing 2008; Mayring 2002; Strauss/Corbin 1996). Dies bedeutet, dass die Erhebung der Daten und ihre Auswertung sich überschneiden und im Laufe der Datensammlung erste Interpretationen, Hypothesen und Schlussfolgerungen entwickelt, verfeinert, neu verknüpft und auch wieder verworfen werden (Mayring 2002, S. 103–107; Strauss/Corbin 1996, S. 7f.). Hierbei steht die

Entwicklung von sogenannten Kernkategorien im Mittelpunkt,³⁴ welche die auf Sofia bezogenen zentralen Phänomene zu den drei Themenblöcken Armut, Stadtentwicklungsdiskurse/-strategien und Handlungsweisen der EU darstellen.

Insgesamt zielt die Arbeit auf die Erschließung von spezifischen Strukturaussagen am Fall Sofia ab, die von empirisch begründeten Ergebnissen und theoretisch begründeten Regelsätzen beziehungsweise Vorwissen ausgehen (vgl. Kelle/Kluge 2010, S. 23). Als Schlussverfahren ist somit für diese Arbeit die Abduktion leitend, die Kelle und Kluge wie folgt umreißen: *„Neue wissenschaftliche Ideen entstehen also aus einer Kombination von altem Wissen und neuer Erfahrung [...]. [...] Abduktionen erfordern eine Revision bisheriger Annahmen, Elemente bislang für sicher gehaltener Wissensbestände werden aufgegeben, modifiziert, voneinander getrennt und neu kombiniert“* (2010, S. 26). Dies bedeutet, dass die dominierenden Konzepte von und Diskurse über Armut in Europa (siehe Teilkapitel 2.1) wie die damit einhergehenden spezifischen Strategieansätze der EU einer integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) (siehe Teilkapitel 2.3) mit den empirischen Erkenntnissen in Sofia konfrontiert werden. Dadurch können sowohl Bezugspunkte zwischen dem *alten* Wissen der EU und den *neuen* Erkenntnissen am Fall Sofia identifiziert als auch die Reichweite sowie Richtigkeit der bisherigen Grundannahmen in der EU zu Armutsentwicklung und -bekämpfung für Sofia als osteuropäische Stadt überprüft werden.

Abschließend möchte ich die Einzelfallbetrachtung Sofias begründen. Dem Anspruch dieser Arbeit, eine qualitative Forschung durchzuführen, die einem verstehenden Erkenntnisprinzip und einem dynamischen Forschungsverlauf verpflichtet ist, kann speziell durch die exemplarische Einzelfallbetrachtung entsprochen werden. Diese Einzelfallbetrachtung ermöglicht es erst, spezifische Armutsentwicklungen in einer osteuropäischen Stadt, in diesem Fall Sofia, konkret zu erfassen und gleichzeitig die Anwendung von EU-Fördermaßnahmen an einem Beispiel zu erschließen. Dadurch wird der Anspruch dieser Arbeit erfüllt, eine differenzierte Sicht auf Armutsentwicklungen in den Städten der EU zu schärfen und hierbei die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten sowie ihre spezifischen städtischen Armutskonstellationen und Stadtentwicklungsmuster zu ergründen. Gleichzeitig kann mit Hilfe einer Einzelfallbetrachtung detailliert

34 Die Entwicklung von Kernkategorien ist ein zentraler Bestandteil der *Grounded Theory* (vgl. hierzu Strauss/Corbin 1996, S. 94–117).

erschlossen werden, wie globale EU-Fördermaßnahmen und Leitbilder in spezifischen lokalen Kontexten umgesetzt werden.

Zweifellos repräsentiert Sofia nicht modellhaft die osteuropäische Stadt und weist eine einzigartige Stadtgeschichte und -entwicklung auf. Trotzdem können dieser Stadt Strukturmerkmale und Pfadabhängigkeiten zugeschrieben werden, die charakteristisch für osteuropäische Städte in der EU sind und somit auch als typisch für gemeinsame Entwicklungszusammenhänge eingestuft werden können (siehe hierzu auch Kapitel 1). Dazu zählen die postsozialistischen Transformationserfahrungen und die sozialistische Vergangenheit osteuropäischer Städte im Allgemeinen. Prägend sind hier erstens das Verständnis von Stadtplanungsmechanismen im Sozialismus, die generell als autoritär eingeordnet werden (vgl. van Kempen et al. 2005, S. 7 ff.), und die Veränderung der Planungs- und Steuerungssysteme in der postsozialistischen Phase, die eine Ausdifferenzierung von Planungsprozessen mit sich brachte (vgl. Stanilov 2007; Tsenkova/Nedović-Budić 2006, S. 7; Tosics 2005). Insbesondere stehen in der postsozialistischen Phase die Wahrung von Einzelinteressen und privater Rechte wieder im Vordergrund, was u. a. auch Restitutionsansprüche der im Sozialismus enteigneten Grundeigentümerinnen und -eigentümer miteinschließt. Zweitens werden auch sozialistische Urbanisierungsmuster und ihre Veränderungen nach dem Systemumbruch als gemeinsame Entwicklungslinien osteuropäischer Städte eingestuft (vgl. Stanilov 2007). Dies umfasst die Abwendung von den im Sozialismus typischen mono-zentrischen Siedlungsmodellen und einer mono-funktionalen Stadtplanung. Als gegenläufige Entwicklungen im Postsozialismus werden ungesteuerte und chaotische Siedlungsbewegungen festgestellt, die u. a. die Entstehung eines *urban sprawl* nach sich ziehen (vgl. u. a. Stanilov/Sykora 2014; Maarten de Vet 2010, S. 99–102; Stanilov 2007; Tosics 2005; siehe hierzu auch Teilkapitel 2.2). Stanilov fasst diese typischen Entwicklungslinien in postsozialistischen Städten wie folgt zusammen: „*From high-density, monocentric settlements, dominated by high-rise public housing and communal modes of transportation, the CEE [Central and Eastern Europe, die Verf.] cities are being transformed into sprawling, multi-nodal metropolitan areas reaching extreme levels of privatization of housing, services, transportation, and public space*“ (2007, S. 7). Die EU-Osterweiterung stellt des Weiteren ein verbindendes Ereignis dar, das für Städte in Osteuropa prägend war und ist und in der gängigen Literatur als gemeinsames Strukturmerkmal im Sinne von *external forces* eingestuft werden kann (vgl.

Hamilton 2005; Tosics 2005).³⁵ Sofia wird seit dem Beitritt Bulgariens zur EU 2007 mit neuen Politikansätzen und Förderlogiken der EU konfrontiert. Neben der Begünstigung durch die allgemeine Strukturfondsförderung nahm Sofia von 2008 bis 2011 eigens am URBACT-Netzwerk CoNet zum Thema *benachteiligte Quartiere in europäischen Städten* teil.

Sofia repräsentiert eine südosteuropäische Stadt mit einer sozialistischen Vergangenheit, die vom politischen und gesellschaftlichen Systemumbruch Anfang der 1990er-Jahre geprägt wurde und durch den 2007 erfolgten Beitritt Bulgariens zur EU neue Entwicklungsimpulse erfahren hat. Sie kann dem Typus der postsozialistischen Stadt zugeordnet werden und weist dementsprechend spezifische Stadtentwicklungsmuster auf (siehe hierzu auch Kapitel 2). Überdies ist Bulgarien mit extremen Armutsentwicklungen konfrontiert, weshalb Armut als gesellschaftliches Phänomen zu einem bedeutenden Thema für dieses Land wurde. Besonders Phänomene wie Massenverarmung und auch soziale Polarisierung sind hier von Relevanz und prägen den Armutsdiskurs sichtbar (siehe Teilkapitel 2.1 und 4.1). Vor diesem Hintergrund stellt Sofia ein geeignetes Fallbeispiel dar. Neben diesen strukturellen Voraussetzungen begünstigten zudem Lehr- und Forschungskooperationen mit der Sofioter University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy die Auswahl Sofias als Fallbeispiel.

Trotzdem bleibt die Frage offen, wie und in welchem Maße eine Verallgemeinerung der Erkenntnisse möglich ist und welche Verwertung der Ergebnisse mit dieser Arbeit somit angestrebt wird. Drei Punkte möchte ich in diesem Zusammenhang betonen: Erstens stellen die gewonnenen Erkenntnisse einen konkreten Bezugsrahmen für das Erkennen von Problemmustern und von notwendigen Handlungsansätzen auf lokaler Stadtplanungsebene dar. Zweitens können insbesondere die erschlossenen Strukturmerkmale über städtische Armutsentwicklungen und die Reichweite der integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere)

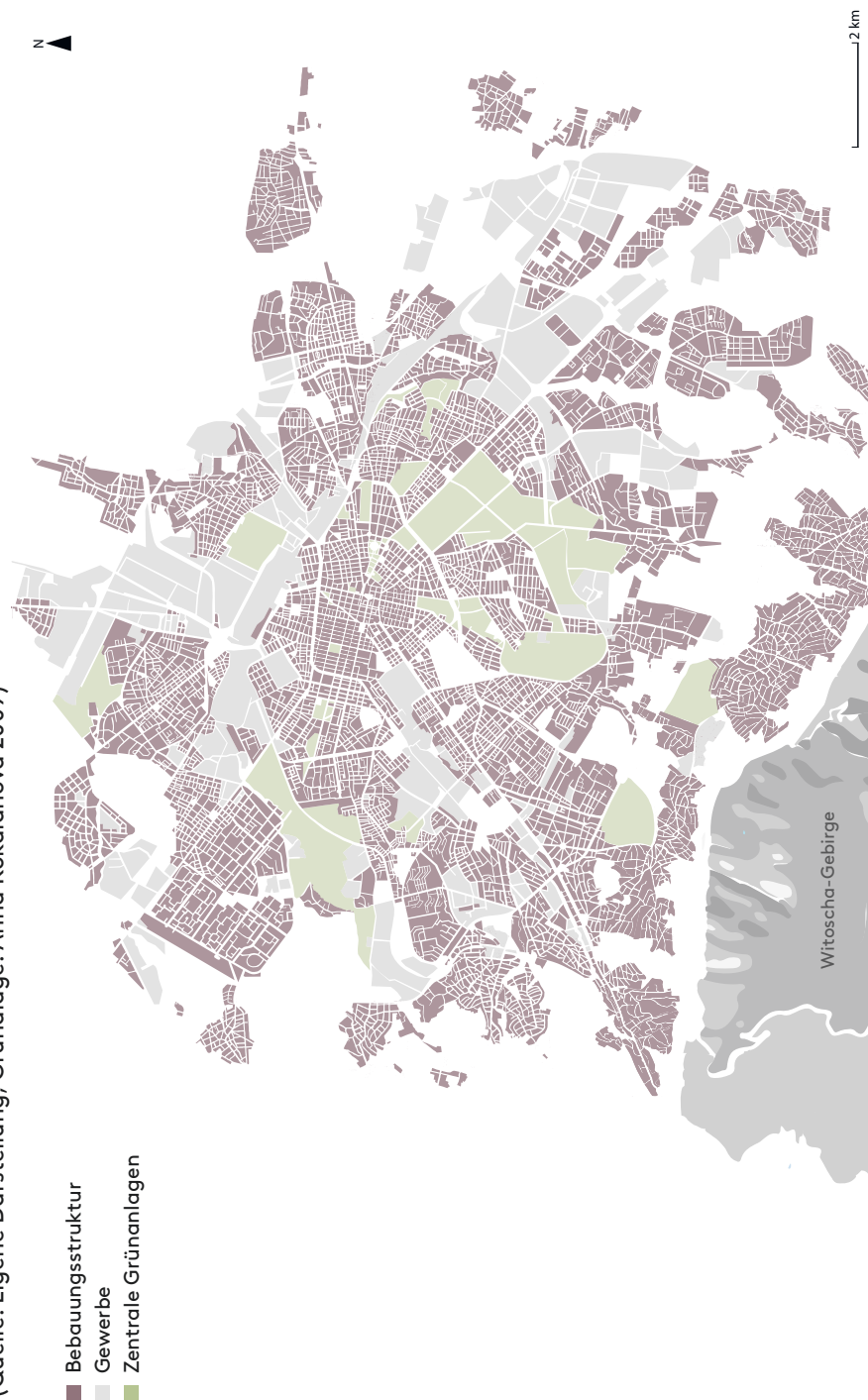
35 Hamilton (2005) definiert *external forces* wie folgt: „‘External forces’ can be defined in a spatial context as those emanating either from outside the borders of the post-socialist arena as a whole, such as from the market economies of Western Europe, North America, East Asia, or elsewhere, and which may be thus treated as being ‘global’; or from outside the borders of individual post-socialist states, from neighbouring territories and cities, and which may be considered more ‘regional’ or ‘regional-international’ forces“ (S. 79). Tosics betont in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Bedeutung der EU als beeinflussende globale beziehungsweise supranationale Kraft (vgl. Tosics 2005, S. 44).

in Sofia für andere osteuropäische Städte in der EU als Ausgangspunkte dienen, die entsprechend in den konkreten lokalen Zusammenhängen der einzelnen Städte überprüft werden müssen. Drittens kann gerade durch ein Fallbeispiel eine Sensibilisierung der EU für osteuropäische Städte und ihre spezifischen Problemmuster in Bezug auf Armutsentwicklungen und entsprechende Handlungserfordernisse erreicht werden. Hierbei steht die Zielsetzung dieser Arbeit im Mittelpunkt, Begrenzungen westlich zentrierter Erklärungsmodelle aufzuzeigen und spezielle Handlungsleitlinien wie die integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) der EU als globalen Handlungsansatz für osteuropäische Städte kritisch einzuordnen.

3.3 Forschungsmethoden und Feldforschung in Sofia

In Rückbezug auf die dargestellte Forschungslogik und den angestrebten Forschungsansatz stand die Feldforschung in Sofia und somit die Erhebung empirischer Daten im Mittelpunkt des Forschungsprozesses. Die Durchführung von Experten- und Expertinneninterviews als zentrale Methode der Erkenntnisgewinnung nahm hier einen wichtigen Stellenwert ein. Diese Interviews setzte ich insbesondere ein, um eine erste Einordnung von zentralen Entwicklungen in Bezug auf meine drei Themenfelder – Armut, Stadtentwicklungsdiskurse und EU-Strategien in Sofia – zu erlangen. Eine vertiefende Befragung von einzelnen von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen in Sofia und somit die Erkundung gruppenspezifischer beziehungsweise individueller Armutserfahrungen wurde in dieser Arbeit nicht verfolgt. Auf Grundlage meiner Erkenntnisse könnten in weiteren Forschungsarbeiten diese vertiefenden Befragungen umgesetzt werden. Daneben fand, auch unabhängig von den Forschungsreisen, eine Dokumentenanalyse statt. Diese diente der weiteren Anreicherung der erhobenen Daten sowie der Entwicklung zentraler Kernkategorien zu einzelnen Themenblöcken der vorliegenden Arbeit (siehe oben Teilkapitel 3.2). Die Feldarbeit in Sofia erfolgte im Rahmen zweier Forschungsaufenthalte. Zentrale Zielsetzungen dieser zwei Aufenthalte waren die Exploration der spezifischen Armutsmuster, die Einsicht in die lokale Stadtplanung und die Erschließung der Auswirkungen der EU-Förderungen in Sofia. Überdies wurden die Stadtstrukturen und -entwicklungen im Zusammenhang mit den Prozessen der postsozialistischen Transformation analysiert.

Abb. 2.1: Stadt- und Bebauungsstruktur Sofias
 (Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage: Anna Kokalanova 2009)



Im Fokus dieser Arbeit stand die Erschließung der zugänglichen englischen und deutschen Literatur; eine Analyse und Auswertung von bulgarischen Texten und Dokumenten konnte nicht geleistet werden. In Teilen wurden Übersetzungen von den bulgarischen Originaltexten ins Englische beziehungsweise Deutsche verfasst. Dies gilt insbesondere für zentrale Planungsdokumente wie den *Integrated Plan* (siehe Kapitel 3.3.2). Auch die für die Untersuchung zentralen Experten- und Expertinneninterviews führte ich in deutscher und englischer Sprache. Demzufolge zeige ich mit dieser Arbeit einen spezifischen Ausschnitt des Forschungsdiskurses und des empirischen Erkenntnisgewinns.

Der erste Forschungsaufenthalt im März 2011 diente der Erschließung der Stadt- und Bebauungsstrukturen (siehe hierzu Abb. 2.1). Mit Hilfe der einschlägigen Fachliteratur zur Historie Sofias und zur heutigen Stadtgestalt (vgl. zum Beispiel Stanilov/Hirt 2014; Sofia Municipality 2009; Stern et al. 2008; Hirt 2007; Gjuzelev 1998) sowie der Unterstützung von ortsansässigen Fachleuten konnten die Stadtstrukturen in Sofia herausgearbeitet werden. Hauptsächlich orientierte ich mich hier an Ausführungen von Stanilov und Hirt, die vier prägende Stadtstrukturen für Sofia hervorheben: „1) the ‘city center’ with a residential building stock built primarily in the late nineteenth and early twentieth centuries; 2) the ‘compact city’ characterized by traditional urban neighborhoods settled in the early to mid twentieth century; 3) the ‘socialistic housing estates’ created between the early 1960s and the late 1980s as the most visible imprint of socialism on the fabric of the city; 4) the currently evolving ‘suburban periphery’“ (2007, S. 215). Erst nach der Einordnung der physischen Stadtgestalt Sofias fokussierte ich im Rahmen des ersten Forschungsaufenthaltes die Aufdeckung sozialer Ungleichheiten und postsozialistischer Stadtentwicklungsprozesse in Sofia.

Der zweite Aufenthalt im Mai 2012 stützte in erster Linie das Ziel, Handlungsschwerpunkte lokaler Akteurinnen und Akteure in der Stadtplanung und Stadtentwicklungskonzeptionen für Sofia zu analysieren. Gleichzeitig lag ein besonderer Fokus darauf, wie die EU Stadtentwicklung beeinflusst und inwieweit sie ihre Konzepte der integrierten Planung für die Quartierentwicklung in Sofia einbringt. Im Rahmen dieses Aufenthaltes wurden auch die ersten Armutsanalysen für Sofia weiterentwickelt und überarbeitet. Im Folgenden stelle ich die zwei zentralen Methoden meiner Datenerhebung – Experten- und Expertinneninterviews sowie Dokumentenanalyse – dar und erörtere den daran anschließenden Auswertungsansatz.

3.3.1 Experten- und Expertinneninterviews

Die Experten- und Expertinneninterviews bildeten die zentrale Methode der empirischen Arbeit.³⁶ Es wurden Schlüsselpersonen (im Folgenden Expertinnen und Experten genannt) aus unterschiedlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kontexten befragt. Auf Grundlage der Interviews konnten die Armutsstrukturen in Sofia erkannt und gleichzeitig der Stellenwert von Armutsphänomenen in aktuellen lokalen Stadtentwicklungsdiskursen Sofias eingeordnet werden. Die Interviews dienten auch dazu, die Debatten in Sofia über eine postsozialistische Stadtentwicklung und Stadtplanung zu identifizieren sowie die unterschiedlichen Positionen der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure in solchen Debatten zu bestimmen. Zudem halfen die Interviews dabei, die Anlagen und Wirkungen der EU-Aktivitäten in Sofia einschätzen zu können. Bewusst habe ich Repräsentantinnen und Repräsentanten unterschiedlicher staatlicher und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Institutionen gewählt, um das Spektrum von Positionen zu Armut, postsozialistischer Stadtentwicklung und Bewertungen von EU-Förderstrategien in Sofia zu erkennen. Schlussendlich wurden aufgrund der Expertinnen- und Experteninterviews die zentralen Kernkategorien zu Armutsstrukturen, Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsmustern sowie EU-Leistungen entwickelt.

Insgesamt habe ich elf Interviews in Sofia geführt und eines in Berlin. Die Themenschwerpunkte der einzelnen Interviews variierten je nach Fachdisziplin. Drei jeweils auf Sofia bezogene Kernthemen leiteten die Befragungen: Armutsmuster, postsozialistische Stadtentwicklung und EU-Aktivitäten. Bei jeder Befragung stand jeweils ein Themenschwerpunkt im Fokus des Gesprächsverlaufs, die beiden anderen Themen wurden in unterschiedlicher Intensität miteinbezogen. Die drei Schwerpunktsetzungen spiegelten sich auch in der Anlage der Leitfäden für die problemzentrierten Interviews. Ein Großteil der Befragungen erfolgte in englischer Sprache. In Einzelfällen war eine Befragung auch auf Deutsch möglich. Übersetzungen mussten nur in einem Gespräch geleistet werden. Alle Interviews wurden in Englisch beziehungsweise Deutsch transkribiert, die weitere Auswertung erfolgte auf Deutsch. Das anschließende Auswertungsverfahren

36 Zur Bedeutung und Durchführung von Experten- und Expertinneninterviews in der empirischen Sozialforschung vgl. zum Beispiel Bogner et al. 2014; Meuser/Nagel 2009; Gläser/Laudel 2006 (siehe Kapitel 4, S. 107–190).

der Befragungen erörtere ich am Ende dieses Kapitels. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden die Interviewpartnerinnen und -partner anonymisiert erwähnt.³⁷

Als Stadtentwicklungsexpertinnen und -experten, die einer kommunalen oder staatlichen Institution angehören, gewann ich insgesamt fünf Fachleute. Im Mittelpunkt dieser Interviews standen Stadtentwicklungsprobleme im postsozialistischen Sofia und die Relevanz von Armutsentwicklungen sowie deren Manifestation im städtischen Raum. Am Ende der Gespräche fand auch eine Reflexion der EU-Praktiken in Sofia statt. Um grundsätzliche Stadtentwicklungen und neue Planungsverfahren im postsozialistischen Sofia einordnen zu können, stellte sich eine Mitarbeiterin des Planungsbüros Sofproect Masterplan zur Verfügung,³⁸ die federführend die Erstellung des *Masterplan of Sofia Municipality*, kurz *Masterplan*, koordiniert und ausgearbeitet hat (EXP 1). Sie ist eine ausgewiesene Expertin für Themen der Stadtplanung und -entwicklung in Sofia. Zudem befragte ich eine leitende Mitarbeiterin der kommunalen Behörde,³⁹ die die Stadtplanung in und für Sofia verwaltet und koordiniert (EXP 2). Sie ordnete die aktuellen Herausforderungen in Planungsfragen Sofias ein.

Ein weiteres Schlüsselinterview zu Fragen der postsozialistischen Stadtentwicklung und zur Einschätzung von städtischen Armutsmustern beziehungsweise zu benachteiligten Quartieren in Sofia führte ich mit einer leitenden Mitarbeiterin des National Centre for Regional Development, die zuvor als Professorin an der University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy in Sofia tätig war (EXP 3). Sie gilt als eine führende Expertin für Fragen der postsozialistischen Entwicklung in Sofia. Im Weiteren wurde eine aktive Professorin der University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy als Stadtplanungsexpertin aufgesucht, die vorwiegend die Planungsverfahren und auch die Stadtentwicklungsmuster im Postsozialismus untersucht (EXP 4). Um Armutsmuster in Sofia fokussiert zu betrachten, konnte ich eine Soziologin befragen, die als Professorin an der Sofia University St. Kliment Ohridski im Fachbereich Soziologie lehrt und forscht

37 Zugunsten des Sprachflusses wird für die befragten Expertinnen und Experten die weibliche Form verwendet.

38 Sofproect Masterplan ist eine Tochtergesellschaft der Stadtverwaltung Sofias, die zentrale Leitbilder und Pläne für die Stadtentwicklung erarbeitet.

39 Directorate Architecture and Urban Spatial Development.

(EXP 5). Sie hat einen neuen Forschungs- und Lehrschwerpunkt *Urban Studies* in Sofia mitentwickelt und engagiert sich in der Erforschung von Roma-Siedlungen in Sofia.

Als Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Initiativen suchte ich Gruppen aus, die sich mit aktuellen Stadtentwicklungsdiskursen auseinandersetzen. Dadurch sollten Prozesse der Stadtentwicklung und Armutsentwicklungen außerhalb der kommunalen und universitären Institutionen erfasst werden. Hierzu zählen Repräsentantinnen und Repräsentanten des Red House und der Ideas Factory Creativity & Communication for Social Change Collective (EXP 6 und 7). Das Red House ist ein gemeinnütziges Zentrum, das öffentliche Debatten zu unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Themen anstößt und auch Kulturarbeit in Sofia leistet: „*The Red House Centre for Culture and Debate organises and presents socio-political, artistic, cultural as well as socially engaged and educational programmes*” (Red House Sofia 2016). Es steht somit für eine Institution, die relevante Debatten zu gesellschaftspolitischen Themen in Bulgarien sowie in Sofia verfolgt und in dieser Rolle eine Vorreiterposition innehat.

Die sogenannte Ideas Factory kann nicht als etablierte Institution eingestuft werden, sondern als Gruppe junger Aktivistinnen und Aktivisten, die innovative Projekte anstoßen möchten, um einen Beitrag zu neuen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu leisten. Sie setzen sich dafür ein, neue politische Partizipationsformen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken; sie konzentrieren sich u. a. auf Prozesse der Stadtentwicklung, hierbei vor allem auf die Ebene der Nachbarschaftsentwicklung. Zudem befragte ich eine Journalistin, die sich mit Themen der gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa auseinandersetzt (EXP 8).

Für eine intensivere Beleuchtung der EU-Aktivitäten in Sofia kontaktierte ich sowohl das Ministry of Regional Development and Public Works als auch das Ministry of Labour and Social Policy.⁴⁰ Beide verwalten Fördergelder der EU und verwirklichen ihre strategischen Leitlinien und Programme. Im Mittelpunkt dieser Befragungen stand das Ziel, die EU-Förderpolitik in Bulgarien zu erfassen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Umsetzung der europäischen Struktur- wie auch Kohäsionspolitik und somit auf der Operationalisierung der Strukturfondförderung in Bulgarien. Die zentralen *Operational Programmes* für die Stadt- und Regionalförderung als auch

40 Auf Deutsch: Ministerium für Regionalentwicklung und öffentliche Bauvorhaben sowie Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik.

für soziale Aufgaben und ihre Anwendung in der bulgarischen Stadtentwicklung bildeten einen Gegenstand der Gespräche (siehe Kapitel 3 und 6). Vom Ministry of Regional Development and Public Works erklärte sich die technische Assistentin der Leitung des Directorate General Programming of Regional Development zu einem Gespräch bereit (EXP 9). Die Abteilung war u. a. für die Erstellung und die Umsetzung des *Operational Programme Regional Development (OPRD)* für Bulgarien in der Förderphase 2007 bis 2013 verantwortlich. Dieses Programm bildet eine wichtige Grundlage für die Verteilung der EFRE-Mittel und ist somit entscheidend für die Finanzierung von Stadtentwicklungsaufgaben (siehe Kapitel 6). Im Gespräch mit dem Ministry of Labour and Social Policy standen die Anlage und Umsetzung des *Operational Programme Human Resources Development (OP HRD)* der Förderperiode 2007 bis 2013 im Zentrum, das den Einsatz der ESF-Gelder koordiniert. Das Gespräch konzentrierte sich auf die Bedeutung des *Operational Programme Human Resources Development* für Aufgaben der Stadt- oder Nachbarschaftsentwicklung und auf die Förderung von benachteiligten Gruppen. Die Gesprächspartnerin gehörte der Agency for Social Assistance an und war mit dem Aufgabenbereich International Cooperation, Programs and European Integration betraut (EXP 10).

Neben den lokalen Stadtplanungsexpertinnen und -experten, den zivilgesellschaftlich engagierten Gruppen sowie den verantwortlichen bulgarischen Behörden zur Umsetzung der EU-Strukturfondsförderung wurden zwei Expertinnen und Experten befragt, die am URBACT-Netzwerk CoNet mitgewirkt haben. Dazu zählte auf der lokalen Ebene Sofias eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, die federführend die Netzwerkarbeit für Sofia geleistet hat (EXP 11). Ergänzend wurde zu Beginn des Forschungsprojektes eine Vertreterin des *Lead Partner* in Berlin interviewt, die das gesamte URBACT-Netzwerk CoNet koordiniert hat (EXP 12). Ziel der beiden Interviews war die Erschließung der Funktionsweisen der Netzwerkarbeit und die Bedeutung von Armutsbekämpfungsstrategien in Sofia.

3.3.2 Dokumentenanalyse

Neben der Experten- und Expertinnenbefragung nahm die Analyse zentraler Veröffentlichungen zu Stadtentwicklung und Planungsprozessen, zur sozioökonomischen Lage der Bevölkerung und zu den EU-Aktivitäten in Sofia einen großen Stellenwert ein. Speziell für das Verstehen der

EU-Aktivitäten in Sofia war dies ein wichtiger methodischer Schritt, der die Förderstrategien der EU in Sofia erschloss. In Bezug auf die Analyse von Armutsentwicklungen im städtischen Raum möchte ich betonen, dass zur Zeit der Forschungsaktivitäten kein statistisches Material vorlag, das auf Stadtteilebene detaillierte sozioökonomische Daten der Bevölkerungsentwicklung oder Daten zur Lebenslage der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner darstellte. Erst im Rahmen der Erstellung des *Integrated Plan for Urban Regeneration and Development (IPURD)*, im weiteren Text kurz als *Integrated Plan* bezeichnet) wurde die Erhebung von detaillierten Sozialdaten auf Stadtteilebene angestoßen. Diese Daten sind jedoch nicht öffentlich zugänglich, weshalb nur auf statistische Daten für das gesamte Stadtgebiet zugegriffen werden konnte. Die Aufarbeitung von statistischem Material zu Sofia durch Eurostat stellte eine wichtige Quelle in der Analyse von Armutsentwicklungen dar. Zudem wurde die Literatur gesichtet, die sich mit Armutsentwicklungen in Bulgarien im Allgemeinen auseinandersetzt (siehe Teilkapitel 4.1). Dadurch konnten Phänomene der sozialen Ungleichheit besser bestimmt, die Phänomene der Massenverarmung und der sozialen Polarisierung für Bulgarien konkretisiert sowie Armutsentwicklungen in Sofia eingeordnet werden. Im Zusammenhang mit der Analyse von Ausgrenzungs- und Armutserfahrungen der Roma in Sofia stellten überdies die qualitativen Studien über Roma-Siedlungen von Grekova (2010; dies. 2006) und Kokalanova (2009) sowie das Grundsatzpapier *Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013* der Sofioter Stadtverwaltung (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007) wesentliche Quellen dar. Letzteres beinhaltet auch einen analytischen Teil zu den Lebenslagen und zur Wohnsituation der Roma in Sofia.

Bei der Sichtung des Materials zur Stadtentwicklung und zu Planungsverfahren in Sofia stand die Phase der postsozialistischen Ära im Mittelpunkt. Als Quellen wurden Stadtentwicklungspläne sowie zentrale Planungsgrundlagen der postsozialistischen Ära wie der *Masterplan* und der *Integrated Plan* berücksichtigt. Diese Dokumente stellen Planerinnen und Planer als prägend für die Stadtentwicklung in Sofia heraus. Der *Masterplan* beinhaltet das zentrale Leitbild der postsozialistischen Stadtentwicklung und ist gleichzeitig der Flächennutzungsplan für die bulgarische Hauptstadt (siehe hierzu insbesondere Teilkapitel 5.1.1). Der Plan trat 2007 in Kraft. Der *Integrated Plan* ist insbesondere für die Zielsetzungen und die Durchführungen der Stadterneuerung relevant und wurde 2013 veröffentlicht (siehe hierzu insbesondere Teilkapitel 6.1.2). Zudem ist der *Integrated*

Plan die Planungsgrundlage, anhand derer die Stadtverwaltung Sofias in der Förderperiode ab 2014 auf EU-Mittel zugreifen kann. Speziell die Inhalte des *Integrated Plan* mussten ins Deutsche übersetzt werden, da nur Ausarbeitungen in Bulgarisch vorlagen. Es erfolgte eine Übersetzung von Abschnitten, die relevant für die Fragestellung dieser Arbeit sind.⁴¹ Ergänzt wurden diese Inhaltsanalysen mit der Auswertung von Befunden sowohl zur postsozialistischen Stadtplanung und -entwicklung als auch zur historischen Entwicklung Sofias. Insbesondere die Forschungsarbeiten von Hirt nahmen hier einen großen Stellenwert ein (2014; dies. 2007; dies. 2006).

Neben der Beschäftigung mit Planungsverfahren und Stadtentwicklungsprozessen erfolgte eine Auswertung der nach Sofia geflossenen EU-Leistungen. Hier stand die Vergabe von EFRE-Geldern im Vordergrund, die in der Förderphase 2007 bis 2013 auf der Grundlage des *Operational Programme Regional Development (OPRD)* und ab 2014 auf der Grundlage des *Operational Programme for Regional Growth (OPRG)* für die Stadtentwicklung Sofias eingesetzt wurden (siehe Kapitel 6). Es konnte auf Material aus dem Ministry of Regional Development and Public Works und auf eine zusammenfassende Darstellung der Europäischen Kommission zurückgegriffen werden, die den Geldfluss für Sofia und die Projektumsetzung in Sofia dokumentieren. Die Übersichten des Geldabflusses und der Projektumsetzung mussten in Teilen übersetzt werden.⁴² Daneben fand eine Sichtung und Auswertung der zentralen Dokumente zum URBACT-Netzwerk CoNet statt.

3.4 Auswertungs- und Analyseverfahren

Leitend für diesen Forschungsprozess waren, wie bereits in Teilkapitel 3.2 ausgeführt, Techniken der *Grounded Theory* nach Strauss/Corbin (1996). Insbesondere verfolgte ich die Erfassung der zentralen Phänomene zu den drei sich aus meinen Fragestellungen ergebenden Schwerpunktsetzungen – (1) den städtischen Armutsmustern im Kontext neuer sozialer Ungleichheit, (2) den Handlungsweisen der lokalen Akteurinnen und Akteure in der Stadtentwicklung (mit dem Schwerpunkt Armutsbekämpfung) und (3) der

41 Die relevanten Inhalte wurden von Emiliya Popova ins Deutsche übersetzt.

42 Die Übersichten wurden von Emiliya Popova ins Deutsche übersetzt.

Funktionen der EU für die Stadtentwicklung (mit dem Schwerpunkt Armutsbekämpfung und integrierte Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) (siehe Teilkapitel 3.1). Strauss/Corbin bezeichnen solche zentralen Phänomene als Kernkategorien oder auch Schlüsselkategorien. Überdies erwies sich im Rahmen des Forschungsprozesses ein vierter Themenblock – (4) die Besonderheiten der postsozialistischen Transformation in Sofia – als eine für alle drei Forschungsschwerpunkte relevante Analyseinheit.

Zentral für diese interpretative Arbeitsweise waren die Deutung der Experten- und Expertinnenaussagen und die Entwicklung erster wesentlicher Kategorien innerhalb der vier Themenblöcke. Vorzugweise bei der Auswertung der Expertinnen- und Experteninterviews nutzte ich Denkweisen und Ansätze des Verfahrens der *Grounded Theory* und wendete entsprechend ein mehrstufiges Verfahren an. Die Auswertung und Interpretation der Interviewaussagen erfolgte in verschiedenen Verfahrensschritten und orientierte sich an den Prozessen des *Offenen und Axialen Kodierens* nach Strauss/Corbin (1996, S. 43–55 und 75–93). Anschließend fand eine Verdichtung der ersten Analysen mit Hilfe weiterer Daten und Materialien statt, um die für meine Forschungsfragen relevanten zentralen Phänomene (Kernkategorien) auszuarbeiten und eine Konzeptualisierung des erarbeiteten Kategoriensystems zu gewährleisten: Hierzu gehörten u. a. die gängigen europäischen Armutskonzepte, Erkenntnisse aus der postsozialistischen Stadt- und Armutsforschung Osteuropas und das Wissen über die EU-Förderlogiken. Hier bediente ich mich speziell der Analysetechniken des *Selektiven Kodierens* (vgl. Strauss/Corbin 1996, S. 94–117).

Entsprechend dieser Vorgehensweise begann ich meinen Auswertungsprozess mit dem Verfahren des *Offenen Kodierens* und notierte für jedes Transkript sogenannte *Kodes* (vgl. Strauss/Corbin 1996, S. 45–49),⁴³ die alle durch die einzelnen Expertinnen und Experten beschriebenen Aspekte und

43 In der Fachliteratur wird in diesem Zusammenhang auch von *Kodes* gesprochen, Strauss/Corbin (1996) verwenden in ihrer Veröffentlichung den Begriff *Konzepte* und beschreiben das Verfahren der Entwicklung von Konzepten (konzeptionelle Bezeichnung) beziehungsweise die Konzeptualisierung von Daten wie folgt: „Man kann ‘Rohdaten’ zählen, aber man kann sich nicht ohne weiteres auf sie beziehen oder über sie reden. Deswegen ist das Konzeptualisieren der Daten der erste Schritt der Analyse. Mit Aufbrechen und Konzeptualisieren meinen wir das Herausgreifen einer Beobachtung, eines Satzes, eines Abschnitts und das Vergeben von Namen für jeden einzelnen darin enthaltenen Vorfall, jede Idee oder jedes Ereignis – für etwas, das für ein Phänomen steht oder es repräsentiert“ (Strauss/Corbin 1996, S. 45).

Phänomene fassen beziehungsweise repräsentieren. Hier wurden sowohl Benennungen von relevanten Phänomenen aus den Interviews übernommen (*In-Vivo-Kodes*) als auch eine eigene Benennung für Phänomene verwendet. Die *Kodes* wurden innerhalb der Transkriptionen notiert. In diesem Arbeitsprozess wandte ich auch Techniken des theoriegenerierenden Fragenstellens an, um relevante Phänomene einordnen zu können (vgl. Strauss/Corbin 1996, S. 57–61).

Daran anschließend fand eine Zusammenfassung und Gruppierung der *Kodes* unter abstrakteren Bezeichnungen statt und es erfolgte eine Entwicklung von Kategorien (vgl. Strauss/Corbin 1996, S. 47–50).⁴⁴ Diese Kategorien konnten sowohl den drei zentralen Themenfeldern der Arbeit als auch dem übergeordneten Thema der Besonderheiten der postsozialistischen Transformation in Sofia zugeordnet werden und orientierten sich somit an den Forschungsfragen der Arbeit; gleichzeitig arbeitete ich die Kategorien so aus, dass alle *Kodes* und damit alle im Text entdeckten Aussagen und Auffälligkeiten sinnvoll zugeordnet werden konnten. Die Kategorisierung ermöglichte eine erste Systematisierung und Abstrahierung der Interviewaussagen. Die einzelnen Kategorien wurden innerhalb der vier Themenblöcke jeweils in Haupt- und Subkategorien eingeteilt und mit ihren Eigenschaften und Dimensionen ausformuliert und erläutert (Strauss/Corbin 1996, S. 50–53).

In einem abschließenden Schritt konkretisierte ich in Anlehnung an den Verfahrensschritt des *Axialen Kodierens* (vgl. Strauss/Corbin 1996, S. 75–93) die Beziehungen zwischen den herausgearbeiteten themenbezogenen Hauptkategorien und identifizierte hierbei einzelne zentrale Kategorien, die auch bereits als mögliche *Kernkategorien* eingestuft werden konnten. Für die Zuspitzung der aus den Interviews gewonnenen Erkenntnisse diente das *Kodierparadigma* nach Strauss/Corbin (1996, S. 78–86), um die zentralen Hauptkategorien (im Sinne möglicher Kernkategorien) zu erkennen und in Beziehung zu den weiteren Hauptkategorien setzen zu können. Es wurden somit die Hauptaussagen der einzelnen Expertinnen und Experten zu den vier festgelegten Themenschwerpunkten durch Kategorien abstrahiert und hierbei auch die Positionierung der einzelnen Interviewpartnerinnen und -partner zu den Themenfeldern berücksichtigt. Leitend für

44 Strauss/Corbin beschreiben den Vorgang der Kategorisierung wie folgt: „Der Prozeß des Gruppierens der Konzepte, die zu demselben Phänomen zu gehören scheinen, wird Kategorisierung genannt“ (1996, S. 47).

diesen Verfahrensschritt war die Entwicklung eines sogenannten *Roten Fadens* (vgl. Strauss/Corbin 1996, S. 96–98), der das Hauptproblem beziehungsweise den Hauptaspekt zu den jeweiligen Themensetzungen aus der Sicht der einzelnen Expertinnen und Experten darstellt.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurden diese abstrahierten Zusammenfassungen der einzelnen Interviews und damit einhergehende erste Kategorienbildung genutzt, um im Zusammenspiel mit weiteren Daten die endgültigen Kernkategorien im Sinne von zentralen Phänomenen unter den drei leitenden Fragestellungen zu bestimmen und hierbei auch postsozialistische Besonderheiten in Sofia zu berücksichtigen. In diesem Schritt erfolgte sowohl eine Querauswertung des Interviewmaterials als auch eine Auswertung weiterer Dokumente. Die Dokumentenauswertung umfasste die Sichtung zentraler Stadtentwicklungspläne Sofias sowie die Analyse entsprechender Berichte und Förderleitlinien für Sofia, die im Kontext der EU-Förderung erarbeitet wurden (siehe oben Dokumentenanalyse). Zudem integrierte ich in diesem Arbeitsschritt auch die gängigen Armutskonzepte in Europa und die Förderlogiken der EU sowie bisherige Erkenntnisse aus der postsozialistischen Stadt- und Armutsforschung, um die sich entwickelnden zentralen Kernkategorien zu verdichten und in Beziehung zueinander zusetzen.

4

Armut im Kontext neuer sozialer Ungleichheit in Bulgarien und ihre Auswirkungen auf die Stadtentwicklung Sofias

IM FOLGENDEN WIRD DIE ERSTE zentrale Fragestellung meiner Arbeit erörtert, die sich mit Mustern sozialer Ungleichheit und ihrer Wechselbeziehung zum städtischen Raum in Sofia befasst. Insbesondere erläutere ich drei zentrale Phänomene, die sowohl Armutsentwicklungen im städtischen Raum als auch die Auswirkungen einer ökonomischen Elitenbildung auf die Stadtentwicklung Sofias miteinschließen. Bevor ich mich in Teilkapitel 4.2 dieser Ausarbeitung annehme, wird in Teilkapitel 4.1 ein Überblick über die Entwicklungen einer gesamtgesellschaftlichen und neuen sozialen Ungleichheit in Bulgarien seit dem Systemumbruch Anfang der 1990er Jahre gegeben. Hierbei konkretisiere ich für Bulgarien die typischen osteuropäischen Phänomene der Massenverarmung und der sozialen Polarisierung (siehe hierzu Teilkapitel 2.2) und zeige somit den spezifischen Kontext für die Armutsentwicklungen in Sofia auf.

4.1 Massenverarmung und soziale Polarisierung im postsozialistischen Bulgarien

Bulgarien wurde Anfang der 1990er Jahre mit einem Systemumbruch konfrontiert, der die soziale Stratifikation der bulgarischen Gesellschaft langfristig verändert hat (siehe hierzu auch Kapitel 1). So kann der Beginn der zwei Entwicklungslinien von Massenverarmung und sozialer Polarisierung in Bulgarien direkt nach dem Systemumbruch eingeordnet und in den Zusammenhang mit sogenannten Transformationskrisen (vgl. Ther 2014) gestellt werden (siehe Teilkapitel 4.1.1). Ab der Jahrtausendwende wurde zwar die Überwindung der ersten gravierenden Transformationskrisen in Bulgarien ersichtlich, jedoch verfestigten sich auch spezifische Muster

neuer sozialer Ungleichheit in Bulgarien (siehe Teilkapitel 4.1.2). Diese Entwicklungen stellen den Kontext dar, vor dem die einzelnen Kategorien sozialer Ungleichheit in Wechselwirkung mit Stadtentwicklungsmustern in Sofia zu verstehen sind (siehe Teilkapitel 4.2).

4.1.1 Systemumbruch in Bulgarien

In Bulgarien zeigt sich die Massenverarmung als eine herausragende Folgeerscheinung des Systemumbruchs Anfang der 1990er Jahre, die im Zusammenhang mit der weitgreifenden Umstrukturierung von Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialsystemen steht (vgl. hierzu Tomova 2009; Brahm/Deimel 2002; Genov 2000; Minev 1999; Todorova 1999). Wie in allen postsocialistischen Ländern bewirkte der Systemwechsel einen Zusammenbruch der alten Versorgungssysteme. Dadurch entfielen Arbeitsplätze und der Aufbau von neuen sozialstaatlichen Versorgungssystemen verzögerte sich. Konkret gingen in Bulgarien von 1990 bis 2003 annähernd 1,3 Millionen Arbeitsplätze verloren (vgl. Tomova 2009, S. 69). Parallel dazu wurden die Realeinkommen beschnitten, da Bulgarien in den ersten Transformationsjahren von einer hohen Inflation betroffen war. Acht Regierungswechsel zwischen 1990 und der Jahrtausendwende erschwerten die Stabilisierung sowohl der wirtschaftlichen als auch der sozialstaatlichen Lage des Landes und hatten eine hohe Staatsverschuldung sowie ein ineffektives Steuersystem zur Folge.

Gesellschaftliche Diskussionen der aus diesen Entwicklungen resultierenden Massenverarmung konzentrierten sich in erster Linie auf die ökonomische Destabilisierung eines Großteils der bulgarischen Bevölkerung. Dabei wurden sowohl Fragen eines angemessenen Lebensstandards als auch einer grundlegenden Existenzsicherung aufgeworfen. Gemessen wurde die neue Massenverarmung an Einkommensverteilungen innerhalb der bulgarischen Bevölkerung. Mit diesem Vorgehen definierte auch Bulgarien erstmals (monetäre) Armutsgrenzen. Minev (1999) und Todorova (1999) differenzieren zwischen dem sozialen Minimum (obere Armutsgrenze) und dem Existenzminimum (untere Armutsgrenze) und grenzen hierbei das Erreichen eines angemessenen Lebensstandards (soziales Minimum) von der Gewährleistung des physischen Überlebens (Existenzminimum) ab. Todorova konkretisiert diese Unterscheidung wie folgt: *„The ‘social minimum’ defines the upper line of poverty. This category includes those people who are not only*

able to buy things that are necessary for keeping the body and soul together, but also those goods and services which help develop their physical, cultural, and social potential. The 'living minimum' defines the lower line of poverty, when people can barely maintain their physical existence and cannot afford access to other economic, social, and cultural goods" (1999, S. 82). Nach dieser Definition lebten bereits Anfang der 1990er Jahre 80 Prozent der bulgarischen Bevölkerung unter dem sozialen Minimum (vgl. Minev 1999, S. 322). Schätzungsweise 30 Prozent der Bulgaren lebten zu diesem Zeitpunkt sogar unter dem Existenzminimum und konnten somit nur unzureichend ihr physisches Überleben sichern (vgl. Minev 1999, S. 322). Jedoch blieb gerade in den ersten Transformationsjahren eine systematische Aufarbeitung der Daten zu Armutsentwicklungen aus beziehungsweise wurde ein öffentlicher Dialog über Armut nur begrenzt geführt (vgl. Rothacher 2002, S. 488; Minev 1999, S. 321).

Mit der sogenannten *Brot-, Banken- und Wirtschaftskrise* (vgl. Brahm/Deimel 2002) in den Jahren 1996 bis 1997 erreichte die ökonomische Destabilisierung der Bevölkerung ihren Höhepunkt und wurde offensichtlich. Rothacher veranschaulicht die Lage in diesen Krisenjahren, die durch eine Hyperinflation und den Zusammenbruch der gesamtwirtschaftlichen Versorgung gekennzeichnet waren, mit folgenden Worten: *„Wirtschaft und Währung brachen zusammen und im Winter 1996/97 hungerte die Bevölkerung in ihren ungeheizten Wohnungen“* (2002, S. 486). Diese Krise wird als *das* dramatische Ereignis in der ersten Transformationsphase herausgestellt und gleichzeitig als Höhepunkt der Armutsentwicklung nach dem Systemumbruch bezeichnet (vgl. u. a. Brahm/Deimel 2002; Tomova 2009, S. 70). Hierbei fallen Schlagworte wie *„Verelendung der Bevölkerung“* (Rothacher 2002, S. 488) oder *„regime of survival“* (Todorova 1999, S. 85) auf, mit denen die Lebenslage eines Großteils der Bevölkerung charakterisiert wird.

Die soziale Polarisierung, die neben der Massenverarmung einen weiteren gesellschaftlichen Wandel in Osteuropa beschreibt (siehe Teilkapitel 2.2), zeigt sich in Bulgarien besonders in der Abspaltung einzelner privilegierter Bevölkerungsteile. Dieses Phänomen der sich neu formierenden Eliten betrachten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler als eine in Bulgarien herausragende Entwicklung. Auch in Bulgarien wird mit Bezeichnungen wie *grand bourgeoisie* (vgl. Szelényi 2010) oder auch *new rich* (vgl. Petkov/Vladikov 2011, S. 204) auf den besonderen Status dieser Gewinner des Systemumbruchs aufmerksam gemacht, der in Bulgarien vorwiegend an einer finanziellen Besserstellung festgemacht werden kann. Die neuen Eliten, die weniger als 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen,

profitierten vor allem in den ersten Jahren des Systemumbruchs von der Umverteilung des Staatseigentums und verbesserten somit ihren ökonomischen Status (vgl. hierzu Rothacher 2002, S. 534; Genov 2000, S. 93-94; Minev 1999, S. 324; Todorova 1999, S. 85). Korrupte Privatisierungspraktiken des Staatsvermögens, die mit einer unkontrollierten Einführung von marktwirtschaftlichen Systemen einhergingen, begünstigten die ökonomische Besserstellung der privilegierten Bevölkerungsschicht (vgl. Genov 2000, S. 94-95).

In diesem Zusammenhang problematisiert Todorova die Privatisierungspraktiken als *„the back door privatization of the nation's wealth“* (1999, S. 85) und verweist damit auf eine unverhältnismäßige Bereicherung einzelner Gruppen. Nach dem Systemumbruch konzentriert sich somit das ehemals nationale Vermögen in den Händen eines relativ geringen Teils der Bevölkerung. Im Gegensatz dazu konnte die Masse der Bevölkerung vom Umbruch ökonomisch nicht profitieren. Minev fasst diese für Bulgarien typische gesellschaftliche Spaltung in eine ökonomisch privilegierte Elite auf der einen und eine verarmte Masse auf der anderen Seite wie folgt zusammen: *„Das, was geschah, erinnert mehr an eine Vereinheitlichung der Einkommen und des Lebensstandards für einen Großteil der Bevölkerung. Mit Ausnahme der obersten zwei Dezile zählen alle anderen zu einer Gruppe mit geringen inneren Unterschieden, die ganz unterhalb der Armutsgrenze oder um die Armutsgrenze herum liegt“* (1999, S. 324).

Neben der dargestellten Verarmung der breiten Masse der bulgarischen Bevölkerung und der Abspaltung ökonomischer Eliten möchte ich eine dritte Entwicklungslinie im postsozialistischen Bulgarien hervorheben, die auf eine weitere Dimension der sozialen Polarisierung in postsozialistischen Gesellschaften verweist und im Kontext von extremen Verarmungsprozessen betrachtet werden muss. Die Gruppe der Roma ist in Bulgarien wie in anderen osteuropäischen Ländern seit dem Systemumbruch besonders stark von Armut betroffen (siehe Teilkapitel 2.2).⁴⁵ Viele Autorinnen und Autoren der Sozial- und Politikwissenschaften verweisen hierbei auf die extremen postsozialistischen Transformationserfahrungen der

45 Die in Bulgarien lebenden Roma können als bulgarische Roma bezeichnet werden, die als ethnische Minderheit eingestuft werden. Vor diesem Hintergrund spreche ich im Folgenden von der Minderheit der Roma beziehungsweise bulgarischen Roma in Abgrenzung zu der Mehrheitsgesellschaft der Bulgarinnen und Bulgaren. Beide Gruppen besitzen die bulgarische Staatsbürgerschaft.

bulgarischen Roma. Explizit stellen sie eine merkbare Verschlechterung der Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten für die Roma heraus und legen den Fokus ihrer Analysen entsprechend auf diese gesellschaftlichen Funktionsbereiche (vgl. hierzu u. a. Tomova 2009; Kolev 2005; Schüler 2005; Revenga et al. 2002; Genov 2000).

Tomova (2009, S. 71) betont vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Arbeitsmärkte ausdrücklich einen Anstieg der Arbeitslosigkeit der Roma in den ersten Transformationsjahren von bereits 30,2 Prozent im Jahr 1992 auf 59,9 Prozent im Jahr 2001.⁴⁶ Die Arbeitslosenquote der bulgarisch-stämmigen Mehrheit lag im Jahr 1992 hingegen bei 11,0 Prozent und im Jahr 2001 bei 21,9 Prozent (Tomova 2009, S. 71). Tomova verweist dabei auf das neue Problem einer strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit der Roma. Insgesamt verliert diese Gruppe somit ihre *ökonomische Rolle* in der postsozialistischen Gesellschaft Bulgariens (vgl. Schüler 2005, S. 39). Im sozialistischen Bulgarien arbeiteten Roma als niedrigqualifizierte Beschäftigte, waren so in die Gesellschaft eingegliedert und konnten in Bereichen wie beispielsweise der Schwerindustrie oder der Minenarbeit ein auskömmliches Einkommen generieren. Die Eingliederung in neue Arbeitsmärkte nach dem Systemumbruch gestaltete sich schwierig, da Bildungsdefizite beziehungsweise ein niedriges Bildungsniveau bereits historisch verfestigt waren und sich in den ersten Jahren des Systemwechsels verstärkt haben. Zudem sind Roma bis heute auf dem bulgarischen Arbeitsmarkt extremen Diskriminierungen ausgesetzt, die sich in Form schlechterer Arbeitsbedingungen, geringerer Bezahlung und der Bevorzugung der ethnischen Bulgarinnen und Bulgaren zeigen (Tomova 2009, S. 77–85).

Für die Gruppe der Roma geht der Systemumbruch mit einer besonderen ökonomischen Destabilisierung einher, die in geringerem Maße auch einem Großteil der bulgarischen Mehrheitsbevölkerung widerfahren ist. Die Situation der Roma erreichte eine besondere Dramatik durch zusätzliche soziale, kulturelle und politische Ausgrenzungsdimensionen sowie rassische Diskriminierungen. Hierzu zählen u. a. der erschwerte Zugang zu angemessenem Wohnraum, eine gravierende gesundheitliche Unterversorgung und eine allgemeine gesellschaftliche Stigmatisierung (vgl. Ladányi/Szelényi 2006; Revenga et al. 2002).

46 Die Zahlen beziehen sich auf die wirtschaftlich aktive Bevölkerung im Alter von 16 bis 60 Jahren und wurden seitens des National Statistical Institute erhoben (vgl. hierzu Tomova 2009, S. 71).

4.1.2 Entwicklungen nach der Jahrtausendwende

Nach der Jahrtausendwende stabilisierte sich die bulgarische Wirtschaft, notwendige Reformen wurden durchgeführt und ein erster Aufschwung zeichnete sich ab (vgl. u. a. Petkov/Vladikov 2011; Stanchev 2001). Bulgarien öffnete sich internationalen Märkten, wodurch vermehrt ausländische Firmen im Land aktiv wurden. Außerdem wurde der Eintritt in die EU vorbereitet, was eine weitere Konsolidierung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systeme bewirkte. Diese positiven Entwicklungen zeigten sich deutlich in der Steigerung des Bruttoinlandprodukts. Eigens für Großstädte wie Sofia bedeutete dies, dass sich der Arbeitsmarkt stabilisierte, langsam ausdifferenzierte und die Arbeitslosenzahlen zurückgingen. Zudem entstanden bessere Verdienstmöglichkeiten für qualifizierte Arbeitskräfte. Es stellt sich jedoch die Frage, wer letztendlich von diesem Aufschwung profitieren und ob die dargestellte Spaltung in arm und reich aufgebrochen werden konnte? Zwei Punkte möchte ich in diesem Zusammenhang herausstellen.

Erstens wird auch nach den 2000er Jahren, trotz der positiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsschübe, die Etablierung einer breiten gut verdienenden Mittelschicht in Frage gestellt (vgl. Petkov/Vladikov 2011, S. 205). Dies gilt auch für Sofia. Smigiel merkt in diesem Zusammenhang an, dass zwar oftmals von einer neuen Mittelschicht gesprochen wird, letztendlich damit jedoch weiterhin die ökonomischen Eliten gemeint sind: *„Mittelschicht geht im Fall der untersuchten Gated Communities vielmehr einher mit hohen Einkommen und führenden Positionen in Privatunternehmen. Mittelschicht bedeutet aber auch Wohnstandards nach westlichen Suburbia-Kriterien. Mittelschicht, dies heißt Zweit- und Drittwagen sowie mehrfach Urlaub im Jahr. Mittelschicht steht somit für Konsum und letztendlich auch für Luxus in einer Gesellschaft, in der es eigentlich keine (derartige) ‘mittlere’ Schicht gibt“* (Smigiel 2016, S. 162). Die Mehrheit der Gesellschaft hat bis in die Gegenwart keinen hohen Lebensstandard erreichen können, was den im europäischen Vergleich immer noch sehr niedrigen durchschnittlichen Realeinkommen der einzelnen Haushalte in Bulgarien geschuldet ist.⁴⁷ Demgegenüber steht, dass sich

47 Das jährliche durchschnittliche Nettoeinkommen entsprach in Bulgarien 2016 knapp 3.200 Euro, der EU-Durchschnitt (EU 28) hingegen lag bei ca. 16.500 Euro (vgl. Eurostat o. J. a).

die Diskrepanz zwischen höheren und unteren Einkommen verstärkt.⁴⁸ Es kann somit eher von einer Ausweitung oder vielmehr Ausdifferenzierung der gutsituierten Schicht gesprochen werden, die durch die neuen Verdienstmöglichkeiten im Dienstleistungsgewerbe zu einem überdurchschnittlichen Wohlstand gelangen konnten. Stanilov und Hirt bezeichnen diese Gruppe als „*professional middle class*“ (2014, S. 171).

Zweitens ist Bulgarien weiterhin mit hohen Armutsraten konfrontiert. Die EU stellte anhand ihres multidimensionalen Indikatoren-Systems fest, dass in Bulgarien im Jahr 2016 40,4 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren (Eurostat o. J. c).⁴⁹ Mit diesem Wert nimmt Bulgarien zusammen mit Rumänien (38,8 Prozent) eine herausragende Position in der EU ein. Der Durchschnitt der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen lag in der EU 2016 nur bei 23,5 Prozent (Eurostat o. J. c). In Bulgarien sticht besonders die Gruppe hervor, die unter einer erheblichen materiellen Deprivation leidet.⁵⁰ Dies bedeutet beispielsweise, dass viele Menschen immer noch nicht in der Lage sind, ihre Wohnung angemessen zu beheizen, unerwartete Ausgaben zu tätigen, einen einwöchigen Urlaub zu finanzieren oder sich ein Auto zu

48 Laut Eurostat wies Bulgarien im europäischen Vergleich im Jahr 2016 zusammen mit Rumänien und Litauen gemessen am Anteilsverhältnis der Einkommensquintile die höchsten Einkommensunterschiede auf. Das Einkommen der oberen 20 Prozent der Bevölkerung (mit dem höchsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen) war in Bulgarien im Jahr 2016 über 7,9 mal so hoch wie das der unteren 20 Prozent der Bevölkerung (mit dem niedrigsten verfügbaren Äquivalenzeinkommen). Der durchschnittlich Faktor in der EU (EU28) betrug 2016 5,2. Im Jahr 2006 lag dieser Faktor in Bulgarien laut Eurostat noch bei 5,1 (vgl. Eurostat o. J. b).

49 Laut EU-Definition fallen die Personen unter die Kategorie „von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen“, die sich in mindestens einer der folgenden drei Situationen befanden: „[...] sie waren nach Zahlung von Sozialleistungen von Armut bedroht (Einkommensarmut), sie litten unter erheblicher materieller Deprivation oder lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit“ (Eurostat Pressestelle 2016, S. 1).

50 Laut dem EU-Indikatoren-System zu Armut oder sozialer Ausgrenzung litten in Bulgarien im Jahr 2015 34,2 Prozent der Bevölkerung unter einer erheblichen materiellen Deprivation, der EU-Durchschnitt lag bei nur 8,1 Prozent. Die Einkommensarmut beziehungsweise der Anteil der Haushalte mit einer geringen Erwerbstätigkeit lagen nur unwesentlich über dem europäischen Durchschnitt: So lag der Anteil der Einkommensarmut in Bulgarien 2015 bei 22,0 Prozent im Vergleich zu 17,3 Prozent im europäischen Schnitt. Der Anteil der Personen, die in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit lebten, betrug in Bulgarien 2015 11,6 Prozent im Vergleich zu 10,5 in der EU (vgl. Eurostat Pressestelle 2016; Werte beziehen sich auf das Jahr 2015).

leisten. Problematisiert wird in diesem Zusammenhang von unterschiedlichen Fachleuten der Sozial- und Politikwissenschaft, dass Bulgarien ein Niedriglohnland ist und dementsprechend die einzelnen Haushalte keinen angemessenen Lebensstandard erreichen können (vgl. u. a. Petkov/Vladikov 2011; Stanovnik/Kump 2009). Petkov und Vladikov fassen diesen Sachverhalt mit der Forderung nach einer neuen Arbeitsmarktpolitik wie folgt zusammen: „*Work should not be a mode of survival, as is the reality for numerous workers at present, but should have a value as well as being a way legally to achieve a decent standard of living*“ (2011, S. 213). Gleichzeitig weist Todorova (1999, S. 95) auf das nicht effiziente Sozialsystem hin, das keine Abfederung von schwierigen sozialen Lagen gewährleistet. Vor dem Hintergrund hoher Armutsraten und allgemein unzureichender Verdienstmöglichkeiten hält eine Arbeitsmigration beziehungsweise Armutsflucht ins Ausland an (vgl. hierzu auch Petkov/Vladikov 2011; Stanovnik/Kump 2009, S. 86; Genov 2006, S. 55). Lebten 1990 noch fast 8,8 Millionen Menschen in Bulgarien, so zählte das Land 2017 nur noch knapp 7,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (vgl. Eurostat o. J. d.). Diese Entwicklung ist zu einem erheblichen Teil auf große Migrationsbewegungen zurückzuführen.

Bulgarien steht vor der Herausforderung, einen angemessenen Lebensstandard für die breite Masse der Bevölkerung zu ermöglichen. Ein gehobener Lebensstandard ist bisher ausschließlich privilegierten Schichten vorbehalten, die jedoch immer noch eine Minderheit der Bevölkerung darstellen, und kann hauptsächlich in den Großstädten wie Sofia verwirklicht werden. Armut im Sinne materieller Entbehrungen ist weiterhin ein gravierendes Problem in Bulgarien. Die extremen Formen der Massenverarmung im ersten Jahrzehnt der Transformation konnten zwar überwunden werden. Die soziale Polarisierung speziell in Form der Abspaltung gut verdienender Schichten ist jedoch immer noch Realität. Diese Gruppen werden bis heute als ökonomische Eliten und Gewinner der Transformation wahrgenommen. Die Minderheit der Roma wird hingegen als besondere Verliererin der Transformation herausgestellt.

4.2 Auswirkungen der Massenverarmung und der sozialen Polarisierung auf die Stadtentwicklung Sofias

Die Auswirkungen der dargestellten neuen sozialen Ungleichheit in Bulgarien auf die Stadtstrukturen und Stadtentwicklung Sofias zeigen sich in drei zentralen Phänomenen. Im Folgenden erörtere ich erstens die Konsequenzen der Abspaltung ökonomischer Eliten für die Stadtentwicklung Sofias und die damit verbundenen Mechanismen einer bisher nicht bekannten sozialräumlichen Segregation (siehe Teilkapitel 4.2.1). Die *Abgrenzung der ökonomischen Eliten von der Masse* stellt hier das von mir herausgearbeitete zentrale Phänomen dar. Zweitens beleuchte ich in Teilkapitel 4.2.2 als einen weiteren Prozess der sozialräumlichen Segregation die Formation abgeschotteter Roma-Siedlungen. Hierbei berücksichtige ich sowohl die postsozialistischen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen in Bulgarien als auch spezifische historische Entwicklungslinien in Sofia. Die *Ausgrenzung der Roma* ist somit das zweite zentrale Phänomen, welches ich im Folgenden ausarbeite. Drittens erläutere ich die Auswirkungen der Massenverarmung der bulgarischen Mehrheitsbevölkerung auf die Stadtentwicklung Sofias und konkretisiere das Phänomen einer *allgemeinen Armut der Bevölkerung Sofias* (siehe Teilkapitel 4.2.3).

4.2.1 Abgrenzung der ökonomischen Eliten von der Masse – Entstehung neuer, exklusiver Wohnsiedlungen

Die Entstehung neuer exklusiver Wohnsiedlungen ist typisch für die postsozialistische Stadtentwicklung Sofias und geht offensichtlich mit der Etablierung einer neuen ökonomischen Elite im Rahmen der dargestellten sozialen Polarisierung in Bulgarien seit dem Systemumbruch einher (siehe Teilkapitel 4.1). Begünstigt werden diese Stadtentwicklungsdynamiken dadurch, dass gerade Sofia als pulsierende Metropole und als politisches, kulturelles sowie ökonomisches Zentrum Bulgariens einzelnen Gruppen die Möglichkeiten bietet, einen ökonomisch privilegierten Status zu erreichen. In der Wahrnehmung eines Großteils der befragten Expertinnen und Experten ist die sozialräumliche Segregation der gutsituierten Schichten für die Stadtentwicklung Sofias seit Anfang der 1990er Jahre prägend (vgl. zum Beispiel Expertinneninterviews EXP 3; EXP 5–6). Herausgestellt wird

Abb. 3.1: Südlicher Stadtrand, bevorzugter Siedlungsraum der ökonomischen Eliten
(Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage: Anna Kokalanova 2009)



hierbei eine bisher unbekannte Mobilität einzelner Gruppen, die in Verbindung mit der Suche nach präferierten neuen Wohnformen steht und im Sozialismus in dieser Weise nicht möglich war. Eine führende Stadtplanungsexpertin umschreibt diesen Prozess in Sofia wie folgt: „*The higher class one by one tries to find a better place to live, so some of them moved out*“ (Expertinneninterview EXP 3). Auch aktuelle Forschungsarbeiten greifen das Thema der Entstehung neuer hochpreisiger Siedlungen in Sofia vermehrt auf und stellen diese in den Kontext gängiger postsozialistischer Stadtentwicklungsmuster (siehe Teilkapitel 2.2), die auch in Sofia durch eine nachholende Suburbanisierung ergänzt werden (vgl. z.B. Smigiel 2016; Stanilov/Hirt 2014).

Grundsätzlich stellen sowohl die einzelnen befragten Expertinnen und Experten als auch die Autorinnen und Autoren der zentralen Forschungsarbeiten zur exklusiven Wohnraumentwicklung den südlichen Stadtraum als Wohngegend heraus, die ein besonderes Wachstum aufweist und sich als bevorzugter Siedlungsraum der neuen Eliten erweist (siehe Abb. 3.1). Laut Stanilov und Hirt (2014, S. 167) verzeichnete der südliche Stadtrand von 1992 bis 2011 ein Bevölkerungswachstum von knapp 33 Prozent. Vorzugweise die Gebiete am Fuße des landschaftlich reizvollen Witoscha-Gebirges stehen als nachgefragte Orte für besondere Wohnanlagen heraus (siehe Abb. 3.2–3.3). Geprägt ist diese Siedlungsentwicklung der ersten zwei Jahrzehnte nach dem Systemumbruch durch eine unkontrollierte Bebauung und damit verbundene Überformung der dörflich geprägten Randgebiete, Naherholungsgebiete und Grünachsen in den peripheren Gebieten Sofias. Gebaut wurden in erster Linie alleinstehende Wohnhäuser, aber auch größere Anlagen mit ausschließlicher Wohnfunktion. Ein Anschluss an städtische Infrastrukturen (Verkehrswege, Nahversorgung, soziale Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten, öffentliche Plätze, Spielplätze) wurde jedoch nicht eingeplant, wodurch eine ganzheitliche Quartiersentwicklung ausblieb. Die neuen Wohngebiete, die das Stadtbild seit den 1990er-Jahren prägen, fallen vorwiegend durch auffällige Architekturen und abgeschottete Wohnanlagen auf und entwickeln sich in zwei Phasen: Bereits in den 1990er Jahren wanderte in Sofia eine kleine privilegierte Elite an den südlichen Stadtrand nahe des Witoscha-Gebirges ab. Sie repräsentierte in erster Linie die Gruppe der Gewinner der Transformation (siehe Teilkapitel 2.2), die sich von der Masse der Bevölkerung abgrenzen wollte. Stanilov und Hirt ordnen die Mobilität dieser neuen Elite und deren Streben nach neuen Wohnformen wie folgt ein: „*For the first time urban elites*

– specifically, members of the old *nomenklatura* and the *nouveaux riches* – began to look for ways to permanently settle outside the city core“ (2014, S. 167). Die Abwanderung erfolgte in bestehende Dorfstrukturen, in Wochenendhausgebiete, die bereits im Sozialismus populär waren, und auch an die Ränder des sozialistischen Wohnungsbaus (siehe Abb. 3.4). Private Bauherren verwirklichten in diesen Siedlungsgebieten mit Hilfe kleiner Bauunternehmen ihre neuen Wohnträume. In der ersten Phase der einsetzenden Suburbanisierung entstanden somit repräsentative alleinstehende Einfamilienhäuser und Villen, die als Einzelobjekte umgesetzt wurden (siehe Abb. 3.5). Durch die Erstellung von hochpreisigem Wohnraum wurde der neue ökonomische Status dieser Gruppe sichtbar. Diese Entwicklungen schlugen sich in einer erheblichen Steigerung der Bodenpreise im südlichen randstädtischen Raum nieder (vgl. Stanilov/Hirt 2014, S. 168; Vesselinov/Logan 2005, S. 386).

Mit der Jahrtausendwende begann die zweite Phase der Entwicklung typischer postsozialistischer Wohnformen für wohlhabende Bewohnerinnen und Bewohner in Sofia. Diese Entwicklungen gingen einher mit dem ersten wirtschaftlichen Aufschwung in Bulgarien (siehe Teilkapitel 4.2), der in Sofia einen neuen Bauboom im Wohnungsbausegment mit sich zog (vgl. Gernert 2016, S. 379f.). Nach einer Phase des annähernd totalen Zusammenbruchs des Wohnungsbaus in den 1990er Jahren, der durch eine Restrukturierung des Wohnungsbausektors und den Rückzug des Staates aus dessen Förderung bedingt war (vgl. u. a. Vesselinov/Logan 2005, S. 381–382), erlebte Sofia zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Belebung des Wohnungsmarktes. Erstmals etablierte sich eine private Bauindustrie, die vor allem durch ausländische Investoren und private Bauträger gestärkt wurde (vgl. Sofia Municipality 2009, S.1; Hirt/Stani­lov 2007, S. 220). Die neuen Großunternehmen im Baugewerbe sowie die erfahrenen ausländischen Bau­firmen und Investoren waren wieder in der Lage, größere Wohnkomplexe in Form von Geschosswohnungsbauten zu realisieren.

Hierbei bedienten sie in erster Linie die Wünsche einer sich ausweitenden Oberschicht, die auch als „*professional middle class*“ (vgl. Stanilov/Hirt 2014, S. 171) bezeichnet wird, jedoch immer noch einer ökonomischen Elite zugerechnet werden muss. Dies zeigt sich daran, dass sich die Quadratmeterpreise für den Kauf einer gängigen Neubauwohnung zwischen 1.700 bis 2.000 Euro bewegten (vgl. Smigiel 2016, S. 160). Im Vergleich dazu lag das jährliche durchschnittliche Nettoeinkommen in Bulgarien 2017 gerade einmal bei 3.590 Euro (vgl. Eurostat o. J. a). Das Einkommen der in die suburbanen Wohnanlagen ziehenden Gruppen musste entsprechend

erheblich über den in Bulgarien gängigen Einkünften liegen. Stanilov und Hirt (2014, S. 168) verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass knapp 42 Prozent der neu in die südlichen Siedlungsgebiete zugezogenen Bewohnerinnen und Bewohner viermal so viel wie der Durchschnitt in Bulgarien verdienen und betonen damit den herausragenden ökonomischen Status dieser Gruppe.

Im Süden Sofias entstanden weitere neue Wohnkomplexe, die auf bisher unbebauten Grünräumen am Fuße des Witoscha-Gebirges errichtet wurden. In Abgrenzung zur ersten Suburbanisierungsphase, die durch exklusive Einfamilienhäuser in bestehenden Wohnsiedlungsgebieten geprägt war, wurden nun auch vorzugsweise Geschosswohnungsbauten auf großen Freiflächen gebaut (siehe Abb. 3.6–3.7). Diese weisen bis zu 900 Wohneinheiten auf und wurden zumeist als abgeschlossene einheitliche Wohnanlagen geplant (vgl. Smigiel 2016, S. 128; Stanilov/Hirt 2014, S. 171). Als neue Wohnform stechen in dieser Phase der Wohnraumentwicklung *gated communities* hervor. Deren Entwicklung beschreibt Smigiel (2016) in seinem Buch *Raumproduktionen im südöstlichen Europa: Materialität, Symbolik und Alltag Sofioter Gated Communities* im Detail. Er klassifiziert das Wohnen in den *gated communities* als Wunsch einzelner privilegierter Gruppen in Sofia, sich von der Masse abzugrenzen, und sieht hierin ein spezifisches Anliegen der Eliten, sich in abgeschotteten Wohnsiedlungen ihrer selbst zu versichern: „Dieses ‘Andere’, das folglich ‘un- oder nicht normal’ ist, befindet sich außerhalb der Gated Communities. Und in der Tat wird dieses ‘Andere’ außerhalb des Komplexes, in Sofia, in der bulgarischen Gesellschaft verortet. Es wird als urbanes Chaos in Form von Sicherheits- und Verkehrsproblemen oder generell als sozialer Missstand dargestellt. Somit wird eine Dichotomie zwischen der geordneten Stadt und der anderen Seite geschaffen“ (2016, S. 162).

Insgesamt zeigen sich somit in diesen Siedlungsräumen sowohl Tendenzen der Abschottung privilegierter Gruppen von der Masse der Bevölkerung als auch das Anliegen einzelner Bevölkerungsgruppen, in modernen und repräsentativen Wohnhäusern mit einem hohen, dem ökonomischen Status entsprechenden Wohnstandard zu leben. Hirt und Kovachev sprechen in diesem Zusammenhang bewusst von der „*vitoshka class*“ (2006, S. 121), die sich sichtbar durch die neuen Wohnformen von der Masse der in Sofia lebenden Menschen abgrenzt.



Abb. 3.2 (oben): Siedlungsentwicklung am Fuße des Witoscha-Gebirges, südlicher Stadtrand (Foto Verena Gernert 2012)

Abb. 3.3 (unten): Neubauprojekt am Fuße des Witoscha-Gebirges, südlicher Stadtrand (Foto Verena Gernert 2012)



Abb. 3.4 (oben): Altbaubestand am südlichen Stadtrand
(Foto Verena Gernert 2012)

Abb. 3.5 (unten): Exklusives Einfamilienhaus am südlichen Stadtrand
(Foto Verena Gernert 2012)



Abb. 3.6 (oben) und Abb. 3.7 (unten) : Geschosswohnungsbau (Neubau) am südlichen Stadtrand (Fotos Verena Gernert 2012)

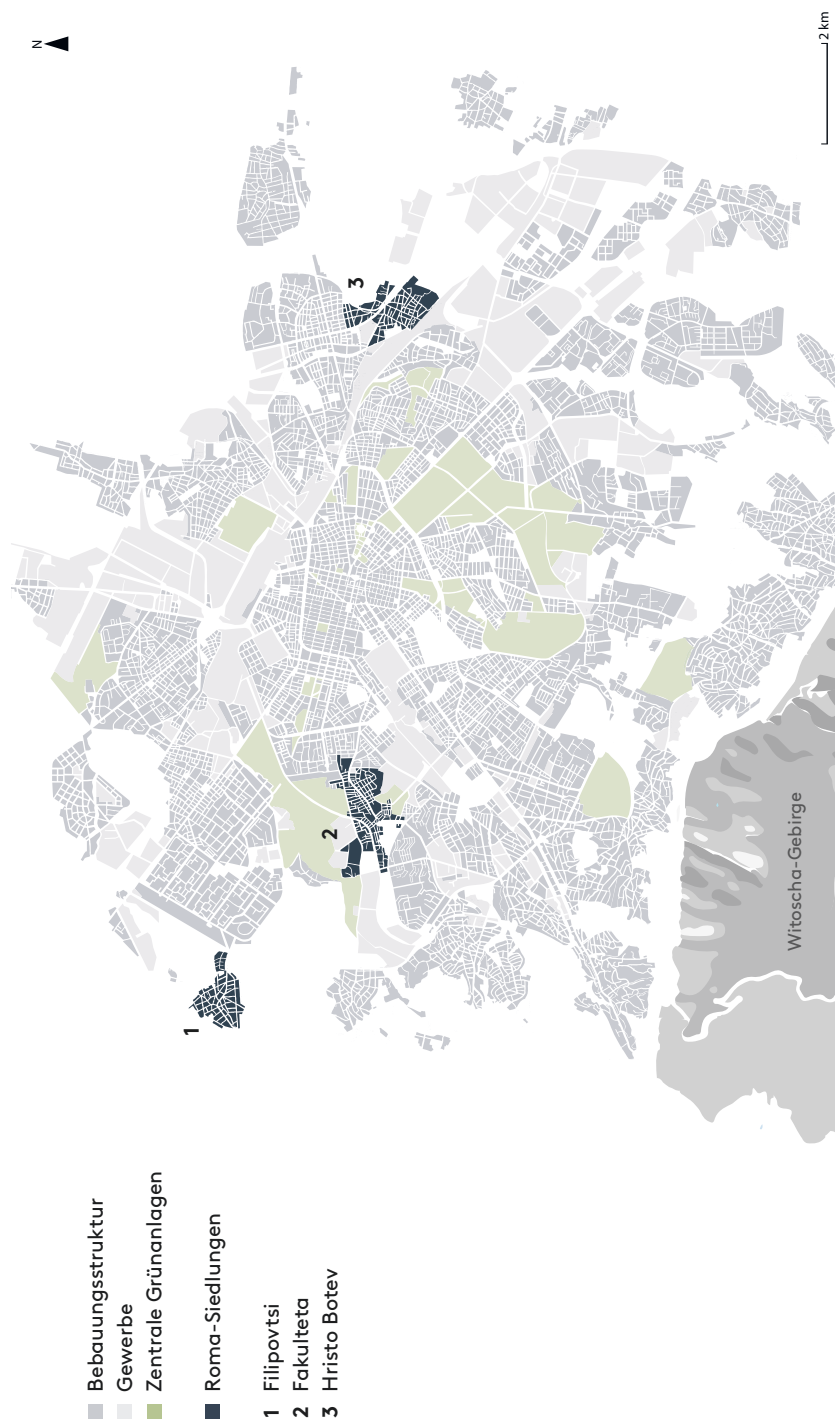
4.2.2 Ausgrenzung der Roma – Fortbestand der unsichtbaren Enklaven als Orte der Armut

Begreift man die Siedlungsräume der ökonomischen Eliten als Orte des neuen Reichtums, so heben fast alle befragten Expertinnen und Experten der unterschiedlichen Fachdisziplinen die Roma-Siedlungen in Sofia explizit als Orte der Armut hervor (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 6; EXP 11). Auch Forschungsarbeiten (vgl. zum Beispiel Grekova 2010; dies. 2006; Kokalanova 2009)⁵¹ und kommunale Studien wie die *Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013* (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007)⁵² spiegeln das Interesse und die Dringlichkeit, sich mit der Entwicklung von Roma-Siedlungen und Mechanismen der sozialen Aus- und Abgrenzung dieser Gruppe auseinanderzusetzen. Im Unterschied zu den Wohnsiedlungen der Eliten sind die exkludierten und benachteiligten Siedlungen der Roma kein neues Phänomen der postsozialistischen Stadtentwicklung Sofias. Die postsozialistische Transformation bedingte zwar eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Roma als besondere Verlierer der Transformation (siehe Teilkapitel 4.1). Die ethnisch separierten Roma-Siedlungen prägten jedoch bereits vor dem Systemumbruch die Stadtgestalt Sofias und wiesen auch im Sozialismus extreme

51 Kokalanova (2009) fokussiert sich in ihrer empirischen Studie auf die Roma-Siedlung Fakulteta und zeigt hier sowohl die Entwicklung unterschiedlicher Nachbarschaftsbereiche mit besonderen sozialen und räumlichen Eigenschaften als auch generelle Problemlagen innerhalb der Siedlung auf. Grekova (2010) hingegen widmet sich dem Vergleich der sozialräumlichen Unterschiede zwischen den Roma-Siedlungen Fakulteta und Hristo Botev. Hierbei beschäftigt sie sich mit Fragen der *Isolation* und *Integration* der Roma-Minderheit in Sofia. Die Veröffentlichung gründet auf eine empirische Forschung aus dem Jahr 2007 und wurde als Studierendenprojekt an der Universität Sofia durchgeführt.

52 Die *Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013* ist ein zentrales Grundsatzpapier der Stadt Sofia, das für die Verbesserung der Lebenslagen der in Sofia lebenden Roma erarbeitet wurde (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007). Dieses Papier enthält eine Bestandsaufnahme der Lebenslagen und Siedlungsbedingungen der Roma-Minderheit in Sofia (siehe Teilkapitel 4.2.2). Zudem formuliert es eine grundsätzliche Zielsetzung zur Unterstützung der Roma in Sofia und deckt hierbei ein großes Spektrum von Handlungsfeldern der Sozial-, Arbeits- und Stadtentwicklungspolitik ab. Ein Fokus auf einzelne Siedlungen wird nicht gelegt, sondern die Lebenslagen der in Sofia lebenden Roma im Allgemeinen betrachtet. Die Studie ist im Rahmen des EU-Beitritts entstanden und soll den Zielsetzungen der durch die EU definierten Integration der Roma in Europa gerecht werden.

Abb. 4.1: Lage der drei größten Roma-Siedlungen in Sofia
(Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage: Anna Kokalanova 2009)



bauliche, infrastrukturelle und institutionelle Missstände auf (vgl. Grekova 2006). Vor diesem Hintergrund ist sowohl das Verständnis der Mechanismen ethnischer Segregation als auch der Kumulierung von Problemlagen in den einzelnen Siedlungen wichtig.

So gehört die Entwicklung von klar abgegrenzten, meist informellen Roma-Siedlungen zur Stadthistorie Sofias (vgl. Kokalanova 2009; Grekova 2006). Bereits zu Zeiten des Osmanischen Reiches gab es Quartiere, die ausschließlich von Roma bewohnt wurden. Die ethnische Segregation unterschiedlicher Gruppen prägte allerdings die osmanische Stadt im Allgemeinen (vgl. Grekova 2006, S. 3). Nach der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens vom Osmanischen Reich im Jahr 1879 und der damit einhergehenden Überplanung der alten Stadtgestalt Sofias löste sich zwar die ethnisch segregierte Stadtstruktur auf, die Roma-Bevölkerung lebte jedoch weiterhin exkludiert (vgl. Grekova 2006, S. 3). Auch in der sozialistischen Ära blieben die Roma-Siedlungen trotz der Versuche, ethnische Separierung durch Umsiedlungsprogramme aufzubrechen, als abgeschlossene Einheiten bestehen. Heute wohnt knapp die Hälfte der in Sofia lebenden Roma in einer der drei großen Roma-Siedlungen: Fakulteta mit geschätzten 40.000, Hristo Botev mit geschätzten 10.000 und Filipovtsi mit geschätzten 7.500 Einwohnerinnen und Einwohnern (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 10) (siehe Abb. 4.1–4.4).⁵³ Die drei Siedlungen sind in ihren internen sozialen und baulichen Strukturen sowie infrastrukturellen Ausstattungen durchaus sehr unterschiedlich. Die Forschungsarbeiten von Kokalanova (2009) und Grekova (2010) verdeutlichen dies sehr treffend. Daneben gibt es weitere kleinere Siedlungsbereiche (mit 100 bis 1500 Bewohnerinnen und Bewohnern) oder auch Straßenzüge, in denen Roma-Familien gemeinschaftlich in Form abgegrenzter Nachbarschaften leben (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 10f.).⁵⁴

Nach Ansicht der befragten Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bewertet die bulgarische Mehrheitsgesellschaft die einzelnen

53 Schätzungen gehen davon aus, dass insgesamt ca. 120.000 Einwohnerinnen und Einwohner Sofias der Roma-Minderheit angehören (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 10). Jedoch variieren die Zahlen stark; beispielsweise werden für Fakulteta auch weit höhere Einwohnerzahlen angenommen (vgl. Kokalanova 2009, S. 62).

54 Eine genaue Auflistung der Siedlungsbereiche vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 10f.

Wohnquartiere der Roma generell als *die* Roma-Siedlungen und grenzt diese von ihren eigenen kulturellen wie auch sozialen Lebenswelten ab (vgl. Expertinneninterviews EXP 5 – 6). Roma-Siedlungen werden in erster Linie als Orte der absoluten Armut, des Verfalls und des Elends aufgefasst. Festgemacht wird dies an unzureichenden Wohnbedingungen und der mangelhaften infrastrukturellen Ausstattung wie beispielsweise Wasser- und Stromversorgungen, Abwasser- und Abfallentsorgungen. Überdies werden Formen des sozialen Zusammenlebens als fremd oder andersartig eingestuft und entsprechen in der Wahrnehmung der Mehrheit der Nicht-Roma nicht den eingeforderten gesellschaftlichen Normen. Diese Haltung wird auch von den befragten Verwaltungsmitarbeiterinnen der Stadt Sofia und den Stadtentwicklungsexpertinnen eingenommen (vgl. Expertinneninterviews EXP 1; EXP 3; EXP 11). Insbesondere Stadtplanerinnen und -planer, die schon lange Stadtentwicklungsprozesse in Sofia begleiten, vertreten den Standpunkt, dass „*man sich zwar kümmern müsse*“, aber bisher alle Entwicklungsmaßnahmen aufgrund starker kultureller Differenzen gescheitert seien. In der Vergangenheit wäre gerade die Bereitstellung neuer Wohnräume erfolglos gewesen, da diese nicht angemessen bewohnt oder zerstört worden seien.

In dieser stereotypen Klassifizierung werden die Roma-Siedlungen als Orte einer fremden Kultur begriffen, die man nicht betreten darf, kann und möchte. Eine Stigmatisierung der Siedlungen sowie ein allgemeines Desinteresse daran sind weit verbreitet und prägen somit ein Verständnis der Siedlungsräume als *unsichtbare Enklaven*. Diese räumliche Abschottung der Siedlungen und die damit verbundene fehlende Eingliederung in die städtische Gesellschaft Sofias beschreibt eine Expertin für Stadtsoziologie und Entwicklung von Roma-Siedlungen wie folgt: „*Because you know no one of the citizens of Sofia needs to go there. These are neighbourhoods without public transport connection; you can't go to the neighbourhood. It is out of the city, if it is in the city. No one goes there, because there is no need and no possibilities. Only people who live or have relatives there, go there. We as researchers go there too*“ (Expertinneninterview EXP 5).

Gleichzeitig sind die Siedlungen für die Roma-Bevölkerung Schutzräume und angestammte Heimatchorte, die vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Ausgrenzungs- und Armutsmechanismen im Zusammenspiel mit Diskriminierungsmustern eine wichtige Rolle für die Selbsthilfe, Selbstbehauptung und auch Selbstversorgung einnehmen (vgl. Grekova 2010). Gerade in der bevölkerungsstarken Siedlung Fakulteta haben sich

eigene ökonomische, informelle Versorgungssysteme und Geldmärkte (spezielle Systeme der Kreditvergabe) für die ansässige Bevölkerung sowie selbstorganisierte Wohnbaumechanismen etabliert, die eine Existenzsicherung versprechen (vgl. Kokalanova 2009, siehe hierzu Abb. 4.5–4.6). Zudem sind die großen Siedlungen von spezifischen sozialen Hierarchien mit besonderen Regeln für das Zusammenleben geprägt; Kokalanova spricht hier von einer eigenständigen „*Microgesellschaft*“ (2009, S. 96). Die starke Identifikation mit der eigenen Volksgruppe und das Festhalten an deren Kultur zeigen sich auch in der Tatsache, dass ökonomisch erfolgreiche Roma die erneuerungsbedürftigen Siedlungen oftmals nicht verlassen, sondern weiterhin in der ethnisch exkludierten Gemeinschaft leben möchten. Beispielsweise hat sich in Fakulteta ein *exklusives* Wohnviertel entwickelt, das durch die auffallende Architektur der Wohngebäude heraussticht (vgl. Kokalanova 2009, S. 67; siehe Abb. 4.7). Die für dieses Wohngebiet gebräuchliche Bezeichnung *Beverly Hills* unterstreicht dessen exklusiven Status und den ökonomischen Erfolg seiner Bewohnerinnen und Bewohner.

Diese Mechanismen sozialräumlicher Segregation müssen vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass in Bulgarien ethnische Abgrenzungen zwischen der Minderheit der Roma und der Mehrheitsgesellschaft im Vergleich zu anderen osteuropäischen Gesellschaften stark ausgeprägt sind. Auf diese Gegebenheit weisen insbesondere Ladányi und Szelényi in ihrer vergleichenden Studie über die unterschiedlichen Ausgrenzungsmechanismen der Roma in Ungarn, Rumänien und Bulgarien hin: „*Thus the boundaries that separate Roma from the rest of the society are more sharply drawn in Bulgaria than in the other two countries*“ (2006, S. 136).

Außerdem sind die Siedlungsräume der Roma nicht nur ethnisch segregiert, sondern werden im Allgemeinen auf mehreren Ebenen als benachteiligte beziehungsweise entwicklungsbedürftige Quartiere dargestellt. Die mehrdimensionalen Problemlagen erwähnen auch die befragten Expertinnen (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 6; EXP 11); überdies werden sie im Grundsatzpapier der Stadtverwaltung über die Lebens- und Wohnsituation der in Sofia lebenden Roma detailliert analysiert (vgl. *Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013*, Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007; siehe Teilkapitel 3.3.2). Auch wenn jede Roma-Siedlung eigene und spezifische Problemlagen aufweist (vgl. hierzu insbesondere Grekova 2010), können insgesamt generelle Problemmuster festgestellt werden. So werden sowohl die soziale und ökonomische Situation vieler Haushalte in den Roma-Siedlungen als auch die institutionelle,

infrastrukturelle sowie materiell-physische Ausstattung der Quartiere als problematisch eingestuft. Hierbei steht in Sofia genauso wie im gesamtgesellschaftlichen Diskurs Bulgariens die Erörterung multidimensionaler Armutslagen der Roma-Minderheit im Mittelpunkt (siehe hierzu Kapitel 4.1 soziale und ökonomische Lage der Roma im postsozialistischen Bulgarien). Diskutiert werden sowohl die eingeschränkte Teilhabe von Roma an Arbeitsmärkten und Bildungssystemen, besonders diese Themen werden verstärkt seit dem Systemumbruch behandelt (siehe hierzu auch Teilkapitel 4.1), als auch der Ausschluss von einer angemessenen Wohnraumversorgung und von sozialen, ökonomischen und kulturellen Infrastrukturen im Siedlungsraum. Dieser Diskurs grenzt sich deutlich von der Debatte über die Armutslagen der bulgarisch-stämmigen Mehrheitsgesellschaft ab, die sich vor allem auf ökonomische Aspekte bezieht. Für die Verbesserung der Lebenslagen der Sofioter Roma stellt die Stadtverwaltung dementsprechend einen Handlungsbedarf in vier als *priority fields* bezeichneten Politikbereichen heraus: „*The situation with the Roma minority still requires basic improvements, especially with regards to training and employment, education, healthcare, and housing conditions*“ (Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 6).

In Bezug auf die Teilhabe an Bildung wird in Sofia laut des Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007 für die Roma-Minderheit eine ähnliche Situation wie in Gesamtbulgarien festgestellt; so erreichten beispielsweise weniger als ein Prozent der in Sofia lebenden Roma einen Hochschulabschluss. Die Mehrheit (46 Prozent der Roma) erlangt ausschließlich einen Grundschulabschluss (*primary education*).⁵⁵ Auch Analphabetismus sei unter den Roma Sofias regelmäßig vorzufinden. Gerade die Bildungsdefizite haben im Zusammenspiel mit der Stigmatisierung dieser Gruppe Auswirkungen auf die Integration in die formellen Arbeitssysteme der Stadt. Roma sind darin kaum vorzufinden beziehungsweise führen sie in erster Linie niedrigqualifizierte Arbeit im Dienstleistungsgewerbe aus (zum Beispiel Müllentsorgung, Reinigungstätigkeiten). Die Teilhabe am Arbeitsmarkt kann für Sofia nicht in Zahlen gefasst werden, da hier keine expliziten Erhebungen in Hinblick auf Arbeitslosigkeit für Roma erstellt wurden. Schätzungen gehen davon aus, dass die Arbeitslosenrate bei 70 Prozent liegt (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS

55 Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2006 (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 15).

2007, S. 16–19); diese Schätzung bezieht sich auf den Zugang zu formellen Arbeitsmärkten.⁵⁶ Gleichzeitig wird jedoch auch auf informelle Ökonomien in den einzelnen Siedlungen verwiesen, die eigenen Regeln und Austauschprozessen folgen und unabhängig von den in Sofia regulären Arbeits-, Erwerbs-, und Versorgungssystemen funktionieren. Diese speziellen Versorgungs- und Erwerbsmechanismen erörtert Kokalanova in ihrer Forschungsarbeit über Fakulteta eindrucklich (vgl. Kokalanova 2009, S. 82–85).

Darüber hinaus heben die Expertinnen und Experten hinsichtlich der Wohnraumversorgung sowie des Entwicklungsstandes der zentralen Infrastrukturen in den einzelnen großen Siedlungen sowie kleineren Nachbarschaften folgende Missstände hervor: Die Stadtverwaltung problematisiert zum einen den physischen Zustand der Häuser, der in Teilbereichen der Siedlungen als ungenügend oder nicht bewohnbar eingestuft wird. Hier werden speziell einzelne Straßenzüge und Wohnbereiche eingegrenzt, wie beispielsweise das als *Slum*-Gebiet bezeichnete *Cambodia*-Viertel in Fakulteta (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 11) (siehe Abb. 4.8). Kokalanova (2009) betont in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass gerade die Praxis des Selbstbaus mit nicht-massiven Bauelementen eine wichtige Strategie für den existenzsichernden Hausbau darstellt, auch wenn diese Konstruktionen als kritisch eingestuft werden müssen. Zum anderen bemängeln Expertinnen und Experten die aufgrund des illegalen Siedlungs- und Wohnungsbaus bis heute ungeregelten Eigentumsverhältnisse und Wohnberechtigungen innerhalb der Siedlungen (vgl. Expertinneninterviews EXP 5 – 6; vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 12). Der illegale Siedlungsbau ermögliche keine nachhaltige Wohnraumentwicklung für die betroffenen Haushalte und wirke der Sicherung des elementaren Rechts auf Wohnen entgegen. Die zumeist illegal errichteten Wohnbauten würden zwar geduldet, könnten jedoch jederzeit abgerissen werden. Der Public Council for the Implementation of the MPDRCS (2007, S. 13) geht davon aus, dass insgesamt 2500 Häuser legalisiert werden könnten, um gesicherte Wohnverhältnisse für die betroffenen Haushalte zu schaffen. Gleichzeitig besteht hier das Problem, dass die Siedlungsentwicklung nicht im Einklang mit bestehenden Bebauungsplänen steht und nicht ausgewiesenes Bauland weiterhin illegal angeeignet wird.

56 Eine detaillierte Darstellung der Bildungs- sowie Arbeitssituation der Roma in Sofia vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007. Die aufgeführten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2006.

Im Bereich der Infrastrukturen müssen besonders die Straßen- und Elektrizitätssysteme, die Frischwasserver- und die Abwasserentsorgung sowie die Abfallbeseitigung erneuert beziehungsweise eingerichtet werden. Dieser Entwicklungsbedarf beruht u. a. auf dem langjährigen Versäumnis der Stadtverwaltung, sich einer systematischen infrastrukturellen Ausstattung der Siedlungen anzunehmen (vgl. Kokalanova 2009; vgl. Expertinneninterviews EXP 5). Dementsprechend gründen die Versorgungssysteme oftmals auf Eigeninitiative und Selbstbau der Roma. Der Entwicklungsstand in den Siedlungen wird als sehr unterschiedlich eingestuft; für Fakulteta zeigt die empirische Studie von Kokalanova (2009, S. 76ff.) die speziellen Ausprägungen der infrastrukturellen Versorgung wie beispielsweise Komposttoiletten, Klärgruben und Müllverbrennungen. Gerade diese unzulängliche Abfall- und Abwasserentsorgung zieht für die Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlungen gesundheitsgefährdende Auswirkungen nach sich. Im Weiteren spiegeln sich in den Siedlungsstrukturen die eingeschränkten Teilhabechancen der Roma in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung wieder. Vorwiegend wird auf die schlechte Schul- und Gesundheitsversorgung in den einzelnen Siedlungen verwiesen (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007).⁵⁷

Seit dem Systemumbruch Anfang der 1990er Jahre zeigt sich eine zunehmende Verschärfung der aufgezeigten Problemlagen in den Roma-Siedlungen. Vor allem die großen Roma-Siedlungen in Sofia sind einem extremen Bevölkerungswachstum ausgesetzt, das durch eine einsetzende Land-Flucht einzelner Roma-Gruppen verursacht wurde. Aufgrund der ökonomischen Destabilisierung der Roma im postsozialistischen Bulgarien und der sich dadurch enorm verschlechternden Lebensbedingungen ziehen Roma-Familien aus ländlichen Regionen vorzugweise in die großen Roma-Siedlungen Sofias, wo sie sich eine sicherere Existenz erhoffen. Die dadurch entstehenden Siedlungserweiterungen werden sowohl von langjährigen Bewohnerinnen und Bewohnern als auch von Stadtplanerinnen

57 Den detaillierten Entwicklungsbedarf stellt die Stadtverwaltung in ihrer Studie *Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013* dar und listet insbesondere die Bedarfe der Haus- und Infrastrukturverbesserungen auf (vgl. Public Council for the Implementation of the MPDRCS 2007, S. 13); eine Einordnung, welche Maßnahmen in welchen Siedlungsbereichen getroffen werden müssen, findet nicht statt. Es werden ausschließlich Entwicklungsbedarfe für alle Siedlungsräume und insbesondere genaue Zahlen der sanierungsbedürftigen sowie abrisssreifen Häuser benannt.

und -planern grundsätzlich kritisch betrachtet, da keine adäquate Wohnraumversorgung gewährleistet werden kann und keine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung für die Zugezogenen vorhanden ist (vgl. Grekova 2010). Zudem nehmen soziale Spannungen zwischen den langjährigen und zugezogenen Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen zu.



Abb. 4.2: Blick von der Roma-Siedlung Fakulteta auf die angrenzende Wohnsiedlung Krasna Polania, definierte Grenzbereiche (Foto Verena Gernert 2011)



Abb. 4.3 (oben) und Abb. 4.4 (unten): Straßenleben in der Roma-Siedlung Fakulteta (Fotos Anna Kokalanova 2008)



Abb. 4.5 (oben) und Abb. 4.6 (unten): Selbstorganisierter Wohnungsbau in der Roma-Siedlung Fakulteta (Fotos Anna Kokalanova 2008)



Abb. 4.7 (oben): Exklusives Wohnviertel *Beverly Hills* in der Roma-Siedlung Fakulteta (Foto Anna Kokalanova 2008)

Abb. 4.8 (unten): Barackenbebauung im *Cambodia Viertel* in der Roma-Siedlung Fakulteta (Foto Anna Kokalanova 2008)

4.2.3 Allgemeine Armut der Bevölkerung Sofias – Verfall einer Stadt

Die allgemeine ökonomische Destabilisierung, die bereits im Kontext des Phänomens der Massenverarmung erläutert wurde (siehe Teilkapitel 4.1), prägt das alltägliche Leben der Bewohnerinnen und Bewohner Sofias in Form vielfältiger materieller Entbehrungen und stellt für die Stadtbevölkerung in gewisser Weise eine Normalität dar. Die Indikatoren der EU zur Erfassung der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen weisen für Sofia gravierende Werte auf. In den Jahren 2008 bis 2014 bewegte sich der Anteil der Bevölkerung Sofias, die unter Armut oder sozialer Ausgrenzung litten, zwischen 30 bis 40 Prozent (vgl. National Statistic Institute 2016, S. 67).⁵⁸ Dieser Prozentsatz ist im europäischen Vergleich sehr hoch und weicht nur gering von den nationalen Armutsraten ab.⁵⁹ Zudem sind die jährlichen Realeinkommen pro Einwohnerinnen und Einwohner auch in Sofia gering und liegen mit 3500 Euro (im Jahr 2014) knapp über dem nationalen Durchschnitt (vgl. National Statistic Institute 2016, S. 64).⁶⁰ Diesen Werten zufolge garantiert eine Arbeitsstelle auch in Sofia für einen Großteil der Bevölkerung nicht immer ein Einkommen, das einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht. In Sofia kann daher eine *allgemeine Armut* für die Masse der Bevölkerung festgestellt werden, die sich in besonderer Weise auf die Stadtentwicklung auswirkt und als gesamtstädtisches Phänomen im Kontrast zur sozialräumlichen beziehungsweise ethnischen Segregation spezifischer Gruppen im Rahmen der *Abgrenzung der Elite* und der *Ausgrenzung der Roma* steht. Dieses Phänomen der *allgemeinen Armut* zieht eine eigenständige Debatte um Stadtentwicklungsprozesse nach sich, deren Fokus auf den städtischen Lebensbedingungen der bulgarisch-stämmigen Mehrheitsgesellschaft liegt.

Dabei konzentriert sich die Debatte in erster Linie auf die Problema-

-
- 58 Die Daten über Armut in Sofia sind erst seit 2007 aufgearbeitet beziehungsweise zugänglich und wurden seitens des Nationalen Statistischen Instituts Bulgariens nach den EU-Definitionen über Armut oder soziale Ausgrenzung veröffentlicht (vgl. hierzu National Statistic Institute 2016, S. 67).
- 59 In den Jahren 2008 bis 2014 bewegte sich der nationale Schnitt der Personen, die laut EU-Definition von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen waren, zwischen 40 Prozent und knapp 50 Prozent (vgl. Eurostat o. J. c).
- 60 Laut Eurostat betrug das jährliche durchschnittliche Nettoeinkommen in Bulgarien knapp 3.300 Euro im Jahr 2014 (vgl. Eurostat o. J. a).

tisierung des Verfalls von Wohngebäuden beziehungsweise einzelner Wohnungen (vgl. hierzu auch Gernert 2016, S. 381f.). Die befragten Stadtplanungsexpertinnen und -experten stufen den im gesamten Stadtgebiet anzutreffenden Verfall von Wohnungsbeständen als Folge eines Investitionsstaus ein (vgl. Expertinneninterview EXP 1; EXP 3 – 4), der auf der generellen Einkommensknappheit sowie auf mangelnden finanziellen Ressourcen der privaten Haushalte gründet und als ein Zeichen der ökonomischen Destabilisierung gewertet wird. Dieses Thema muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass sich die einzelnen Wohnungen in über 90 Prozent der Fälle im Besitz ihrer jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner befinden (Bogdanov 2006, S. 127–128; Vesselinov/Logan 2005, S. 382). Ein Mietmarkt ist in der bulgarischen Hauptstadt nicht vorhanden, vielmehr dominiert Einzeleigentum den Wohnungsmarkt in Sofia. Der Besitz einer eigenen Wohnung gehörte bereits vor dem Systemumbruch zum Selbstverständnis der Stadtbevölkerung; der sozialistische Staat ließ eine private Wohnraumproduktion für den Eigenbedarf zu, die jedoch seiner Kontrolle unterlag. Zudem konnten durch staatliche Betriebe erbaute Wohnungen an zugewiesene Haushalte verkauft werden (vgl. Bogdanov 2006; Vesselinov 2004).⁶¹

Die Verantwortung für die Wohnraumerneuerung und -gestaltung liegt somit aber auch bei den jeweiligen Wohnungseigentümerinnen und -eigentümern. Dies führt aufgrund der eingeschränkten finanziellen Ressourcen eines Großteils der Haushalte zu einem Verfall der Wohnhausbestände im gesamten Stadtgebiet Sofias. Betroffen davon sind sowohl die innerstädtischen Gebiete, die sich im 19. bis 20. Jahrhundert entwickelt haben, als auch die randstädtischen sozialistischen Großwohnsiedlungen des 20. Jahrhunderts, die mit knapp 46 Prozent einen erheblichen Anteil des Wohnungsbestandes in Sofia ausmachen (vgl. Vesselinov/Logan 2005, S. 384). Dementsprechend sind sehr unterschiedliche Segmente des Wohnungsmarktes mit Verfallerscheinungen konfrontiert und eine ausschließlich gebietsspezifische Betrachtung ist nicht möglich (siehe Abb. 5.4–5.6).

61 Auch im Sozialismus wurde die Praxis der Eigentumsbildung weitergeführt. Der Anteil der Wohnungen im Privatbesitz lag bereits 1985 bei fast 72 Prozent (vgl. Bogdanov 2006, S. 129). Nach dem Systemumbruch Ende der 1990er Jahre wurden weitere staatliche Wohnungsbestände an ihre Bewohnerinnen und Bewohner verkauft und somit die Privatisierung vorangetrieben (vgl. Hirt/Stanišov 2007, S. 218).

Bemerkenswert ist, dass die Verfallserscheinungen sich in spezieller Weise zeigen und die Stadtgestalt prägen. Dies hängt insbesondere auch mit den für Sofia typischen Abläufen von Erneuerungsprozessen in den einzelnen Wohnhäusern zusammen, die sich in der postsozialistischen Phase etablierten (siehe hierzu auch Teilkapitel 5.1.2). Die Sofioter Stadtplanerinnen und -planer beschreiben diese Prozesse und ihre Auswirkungen wie folgt: Durch die eingeschränkten Mittel einzelner Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer könnten die Wohnhäuser nicht in ihrer Gesamtheit erneuert werden; vielmehr nähmen im postsozialistischen Sofia die einzelnen Haushalte, je nach ihren finanziellen Möglichkeiten, nur Sanierungs- und Verschönerungsmaßnahmen ihrer eigenen Wohnungen und Fassadeneinheiten vor oder verzichteten aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen darauf (siehe Abb. 5.3). Daraus resultierten sehr unterschiedlich gestaltete Hausfassaden und Verfallsprozesse bildeten sich sehr kleinteilig an den Wohngebäuden ab. In diesem Zusammenhang nutzen die befragten Expertinnen und -experten sowie andere Fachleute für Sofia das Bild der Hausfassade als *Collage* (vgl. zum Beispiel Expertinneninterviews EXP 1; EX 3 – 5; siehe Abb. 5.1–5.2). Ditchew fasst dieses Phänomen wie folgt zusammen: „Im selben Haus leben [...] ganz unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten [...]. Dies äußert sich in der Gestaltung der Fassade als ‘Collage’“ (2006, S. 120). Diese vielgestaltigen Hausfassaden prägen das gesamte Stadtbild Sofias, auch wenn die Praxis der vereinzelter Haussanierung inzwischen untersagt wurde (siehe Teilkapitel 5.1.2).



Abb. 5.1 (oben): Fassadendetails eines Wohngebäudes in der Großwohnsiedlung Lyulin, (Hausfassade als *Collage*) (Foto Verena Gernert 2011)

Abb. 5.2 (unten): Fassade eines Wohngebäudes im Zentrum, (Hausfassade als *Collage*) (Foto Verena Gernert 2011)



Abb. 5.3 (oben): Fassadensanierung einer einzelnen Wohnung
(Foto Verena Gernert 2011)

Abb. 5.4 (unten): Wohnstraße in der Großwohnsiedlung Studentski Grad
(Foto Verena Gernert 2012)



Abb. 5.5 (oben) und Abb. 5.6 (unten): Wohn- und Geschäftsstraße im Zentrum Sofias (Fotos Verena Gernert 2011)

5

Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik im postsozialistischen Sofia

ENTSPRECHEND DER ZWEITEN zentralen Fragestellung dieser Arbeit untersuche ich im Folgenden, ob und in welchem Ausmaß sich lokale Stadtentwicklungsdiskurse im postsozialistischen Sofia auf Problemfelder beziehen, die sich aus den dargestellten Armutsmustern ergeben. Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht somit die Darstellung der von mir identifizierten zentralen Handlungsfelder, die typisch für die postsozialistische Stadtentwicklung und -planung sind (siehe Teilkapitel 5.1). Hierbei spielen die Positionen der lokalen Verwaltung sowie der Stadtpolitik sowie der Fachvertreterinnen und -vertreter der Stadtplanung eine wichtige Rolle und werden entsprechend ausformuliert. Zudem beziehe ich die Standpunkte von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in diese Betrachtungen mit ein.

5.1 Zentrale Handlungsfelder der Stadtplanung und Stadtentwicklung in Sofia seit 1989

Sofia ist seit dem Systemumbruch Anfang der 1990er Jahre mit neuen Herausforderungen in der Stadtplanung und Stadtentwicklung konfrontiert. Erstens wird in der lokalen Stadtverwaltung und Stadtpolitik eine Debatte über die Neuentwicklung einer aktiven kommunalen Stadtplanung geführt. Hierbei wird ausdrücklich die *Regulation der Stadt* neu definiert, die als zentrales Handlungsfeld der lokalen Stadtpolitik herausgearbeitet wurde (siehe Teilkapitel 5.1.1). Zweitens fließen auch Themen der Stadterneuerung in die postsozialistischen Diskurse über die Entwicklung Sofias ein. Das entsprechende Handlungsfeld *Stabilisierung der Stadt* führe ich in Teilkapitel 5.1.2 ein. Das dritte Handlungsfeld befasst sich mit der

Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Gruppen in Planungsprozesse einzubeziehen und neue Planungskulturen zu etablieren. Die *Aktivierung der Stadt* steht hierbei im Mittelpunkt der Debatte (siehe Teilkapitel 5.1.3).

5.1.1 Regulation der Stadt – Leitmotiv der postsozialistischen Transformation

Das Thema *Regulation der Stadt* und die damit verbundene Diskussion über ein leistungsfähiges staatliches sowie kommunales Planungssystem dominiert die postsozialistische Stadtpolitik in Sofia. Diese Dominanz resultiert daraus, dass eine regulierte Stadtentwicklung in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Systemumbruch ausblieb und die kommunale Verwaltung keine gemeinwohlorientierte Planung umsetzte. Vielmehr bestimmten Einzelinteressen die Stadtentwicklungsprozesse: *„Die Leute sind schneller als die Städteplanung. Man will schnell etwas hochziehen, um Geld zu machen“* (Expertinneninterview EXP 8). Vor diesem Hintergrund stufen viele Stadtplanungsexpertinnen und -experten die Planungsvorgänge in Sofia – wie in vielen anderen postsozialistischen Ländern auch (siehe Teilkapitel 2.2) – als *Laissez-faire*-Modelle ein (vgl. Stanilov 2007, S. 7). Eine an der University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy in Sofia lehrende Stadtplanungsprofessorin umschreibt die typische Haltung einer *Laissez-faire*-Planung für Sofia wie folgt: *„The fact is that in the previous 20 years and especially at the beginning of the transition-period, there was practically no focus on urban planning and no attempt to develop some coherent urban plans. [...] One reason was that in general after the political changes urban planning as a professional field was very much in retreat. We even had a moment here [at the university, die Verf.], when it was discussed that the department of urban planning should be closed down, because planning is not needed anymore. The connotation of socialist interference in the city was very strong and people thought that [...] we don't need this [planning, die Verf.] anymore“* (Expertinneninterview EXP 4).

Die Forderung nach neuen Planungsmechanismen und -instrumenten für Sofia ist in erster Linie eine Reaktion auf einen willkürlichen und unkontrollierten Bauboom (vgl. Gernert 2016, S. 379f.), der sich seit der Jahrtausendwende zugespitzt hat. Auslöser für diesen Bauboom waren neben einem Bevölkerungswachstum, einer Neuformierung der Bauwirtschaft, einer Verstärkung ausländischer Investitionen in die Bauwirtschaft und einem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung auch die neuen

Wohnpräferenzen der ökonomischen Eliten (siehe Teilkapitel 4.2.1). Hauptsächlich sehen die verantwortlichen Planerinnen und Planer diesen Bauboom in Verbindung mit einer nachholenden Suburbanisierung im Süden der Stadt (siehe Teilkapitel 4.2.1). Der Umgang mit diesen neuen Siedlungsprozessen ist ein herausragendes Thema bei den lokalen Planungsinstanzen und in der Stadtpolitik (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 2; EXP 4). Gleichzeitig beschäftigt sich auch ein Großteil der Forschungsarbeiten zur postsozialistischen Stadtentwicklung in Sofia mit dem Thema der Suburbanisierung und deren Folgen für die Stadtstruktur (vgl. u. a. Valkanov 2015; Stanilov/Hirt 2014; Slaev/Kovachev 2014; Hirt/Stani­lov 2007, S. 235–239; Hirt/Kovachev 2006, S. 118–121; Ilieva 2006, S. 107).

Daneben problematisieren die Expertinnen und Experten im Kontext des unkontrollierten Baubooms nicht nur die Folgen von Suburbanisierungsprozessen, sondern weisen auch auf sogenannte *fill-in*-Praktiken hin (vgl. u. a. Hirt/Stani­lov 2007 sowie Expertinneninterviews EXP 2 – 3). Diese beinhalten eine Verdichtung bereits bestehender Bebauungsstrukturen im gesamten Stadtgebiet und erfolgen in erster Linie aufgrund von Restitutionsansprüchen der ehemaligen Grundeigentümerinnen und -eigentümer, die auf dem zurückerstatteten Land bauen. Hauptsächlich sind Grün- und Erholungsflächen, Spielplätze, Grünachsen sowie Abstandsflächen zwischen den einzelnen Wohnhäusern von diesen Bebauungsdynamiken betroffen; der Schutz dieser Flächen ist ein weiteres Thema der Stadtplanung. Hierbei stehen vor allem das Zentrum der Stadt, die süd-östlichen Stadterweiterungsgebiete des 20. Jahrhunderts und die südlichen Großwohnsiedlungen unter besonderem Entwicklungsdruck, da sie neben dem südlichen Stadtrand als attraktive Wohngegenden gelten (vgl. Valkanov 2015; Hirt/Stani­lov 2007; Vesselinov/Logan 2005).

Vor diesem Hintergrund diskutieren Akteurinnen und Akteure der Stadtpolitik, der Stadtverwaltung und andere Planungsinstanzen in Sofia notwendige Formen der *Regulation der Stadt* und dazu passende Instrumentarien der Stadtplanung. Namentlich die Neuerarbeitung eines *General Development Plan*, der in Bulgarien neben den sogenannten *Detailed Development Plans* das zentrale Planungsinstrument der Stadt- und Gemeindeentwicklung ist (vgl. Hirt 2005, S. 230), markiert laut unterschiedlicher Expertinnen und Experten den Auftakt einer neuen Stadtentwicklungsphase (vgl. Sofia Municipality 2009; Hirt 2005; vgl. Expertinneninterview EXP 3). Der *General Development Plan* legt die grundsätzlichen Stadtentwicklungsziele im Sinne eines städtischen Leitbildes sowie die Flächen-

nutzungen fest. Er wird als *Masterplan of Sofia Municipality*, kurz *Masterplan*, bezeichnet. Der *Detailed Development Plan* soll die Leitlinien des *General Development Plan* für die einzelnen Distrikte in spezifische Flächennutzungen, Bebauungsstrukturen, Freiraum- und Infrastrukturplanungen übersetzen.

Speziell der *Masterplan* wird zum Sinnbild des Ringens um neue Leitlinien für die Stadtentwicklung im postsozialistischen Sofia. Nach Ansicht vieler Planungsexpertinnen und -experten soll er eine neue regulierte Stadtentwicklung einleiten beziehungsweise den Rahmen für diese vorgeben (vgl. Expertinneninterviews EXP 1; EXP 3 – 4). Der *Masterplan* wird als Garant für eine neue städtische Ordnung betrachtet. Trotz des bereits zu Anfang der 1990er Jahre seitens der staatlichen Verantwortlichen erkannten Bedarfs, einen neuen *Masterplan* zu erarbeiten, wurde dessen Ausarbeitung erst 1998 eingeleitet und die erste Planfassung im Jahr 2003 veröffentlicht. Die politischen und ökonomischen Umbrüche in Bulgarien verhinderten den frühzeitig angestrebten Entwicklungsprozess. Bis zur endgültigen Rechtskräftigkeit des neuen *Masterplans* Anfang 2007 (Bestätigung durch das nationale Parlament) behielt der sozialistische *Masterplan* von 1961 seine formale Gültigkeit (vgl. Sofia Municipality 2009, S. 1). Von 2007 bis 2009 fand eine erneute Überarbeitung des Planes statt. Diese Plangrundlage stellt bis heute das zentrale Leitbild für die Stadtentwicklung in Sofia dar. Der Entstehungsprozess des *Masterplans* nahm somit fast 20 Jahre in Anspruch, was zur Folge hatte, dass Leitlinien für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung nach dem Systemumbruch zur Gänze fehlten.

Geprägt war diese lange Erarbeitungszeit durch eine fachspezifische, aber auch öffentliche Auseinandersetzung darüber, welchem Modell die postsozialistische Stadtentwicklung in Sofia folgen sollte. Insbesondere wurden kompakte und disperse Stadtentwicklungsmodelle diskutiert. Letztendlich legte der *Masterplan* für Sofia eine dezentralisierte Stadtentwicklung fest, die auf Expansion und somit auch auf die Entwicklung neuer suburbaner Siedlungsräume ausgelegt ist. Es wurde ein „*urban dispersed model*“ (Hirt 2007, S. 158) der Stadtentwicklung propagiert und somit insgesamt eine polyzentrische Stadtentwicklung befürwortet (vgl. Bianco 2011, S. 66–67). Die Entwicklung suburbaner Wohnsiedlungen gilt als wichtige Voraussetzung, um die Weiterentwicklung neuer individueller Wohnformen zu ermöglichen und damit einhergehend auch die Befriedigung neuer Wohnbedürfnisse der ökonomischen Eliten zu gewährleisten (vgl. Hirt 2007, S. 156; siehe Teilkapitel 4.2.1). Im überarbeiteten *Masterplan* aus dem Jahr 2009 legten die verantwortlichen Planerinnen

und Planer jedoch explizit den Schutz von wichtigen Grünsystemen und Grünräumen sowie die notwendige Eingrenzung von Bebauungszonen in bereits bestehenden Siedlungsgebieten fest (vgl. Sofia Municipality 2009, S. 1; vgl. Expertinneninterviews EXP 1; EXP 3). Insgesamt soll eine gezielte Ausweisung neuer suburbaner Siedlungsräume verstärkt und hierbei der Siedlungsraum am Fuße des Witoscha-Gebirges entlastet werden (vgl. Bianco 2011, S. 66–67).

Masterplanung im Zusammenspiel mit den sogenannten Detailplänen stellt somit nach Ansicht vieler Planungsexpertinnen und -experten das notwendige Instrumentarium für die *Regulation der Stadt* dar. Beide Plantypen können als klassische Flächennutzungspläne beziehungsweise Bebauungspläne eingestuft werden. Neben diesen grundlegenden Stadtentwicklungsplänen fertigte die Stadtverwaltung im letzten Jahrzehnt weitere Planungsgrundlagen an, die aufgrund nationaler Gesetzgebungen als auch europäischer Bestimmungen notwendig wurden. Sie sollen eine umfassende regionale und kommunale Entwicklung Sofias gewährleisten. Trotz des Aufbaus dieser neuen Plangrundlagen und Planungsinstrumente stuften einige befragte Expertinnen und Experten die Umsetzung dieser Pläne weiterhin als kritisch und in Teilen als unzureichend ein (vgl. beispielsweise Expertinneninterview EXP 4). Das Thema der *Regulation der Stadt* bleibt somit weiterhin akut in der Diskussion über eine Praxis der Stadtplanung im postsozialistischen Sofia.

5.1.2 Stabilisierung der Stadt – Stadterneuerung als große Herausforderung der Stadtentwicklung Sofias

Neben dem dominierenden Thema der Regulierung von Stadtentwicklungsdynamiken bestimmen auch Themen der Stadterneuerung die allgemeine Planungsdebatte in Sofia. Die Diskussion dreht sich vor allem um den zunehmenden Verfall der physischen Stadtstruktur und konzentriert sich entsprechend auf die notwendige Erneuerung von Infra- und Gebäudestrukturen sowie den Investitionsstau in der Stadterneuerung (vgl. Gernert 2016, S. 381f.). So stellt die *Stabilisierung der Stadt* also ein weiteres lokales Handlungsfeld der Stadtentwicklung in Sofia dar. Auffällig ist allerdings, dass Themen der Stadterneuerung durch die einzelnen befragten Fachexpertinnen und -experten zwar klar benannt und eingegrenzt werden können. Ihre Inangriffnahme wird jedoch als *die* große Herausforderung der

Stadtentwicklung eingestuft oder sogar als unlösbare Aufgabe bewertet.

Eine Einführung von umsetzungsorientierten Stadterneuerungsprogrammen ist bis zur Erarbeitung des *Integrated Plan*, der eine Voraussetzung für den Bezug von EU-Subventionen in der Förderperiode 2014 bis 2020 ist (siehe Teilkapitel 6.1.2), ausgeblieben. Vielmehr wurden bis dahin in erster Linie generelle Problemfelder der Stadterneuerung dargestellt, allgemeine Zielsetzungen für Stadterneuerungsaufgaben definiert und in Teilbereichen erste Modellprojekte und punktuelle Investitionsprogramme gestartet. Diese Annäherung an Problemfelder der Stadterneuerung erfolgte einerseits über unterschiedliche Funktionsbereiche der Stadt, wie beispielsweise die Instandsetzung von städtischen Versorgungsinfrastrukturen oder die Wohnraumerneuerung. Andererseits wurden auch spezifische Stadträume benannt, auf die ein besonderer Fokus der Stadterneuerung gelegt werden soll. Vor diesem Hintergrund erörtere ich im Folgenden einige Diskussionslinien, die für die Debatte über Stadterneuerungsaufgaben im Sinne der *Stabilisierung der Stadt* prägend sind.

Die lokalen Stadtplanungsexpertinnen und -experten stellen die Erneuerung zentraler Infrastrukturen als *die* große öffentliche Aufgabe der Stadterneuerung Sofias heraus und verweisen dabei auf die Instandsetzung und Weiterentwicklung wichtiger Funktions- und Versorgungssysteme (vgl. Expertinneninterviews EXP 1; EXP 3 – 4). Hauptsächlich heben die Expertinnen und Experten die fehlende Modernisierung der Frischwasser- und Abwassersysteme, der Energieversorgung und der Verkehrswege hervor. Zudem konstatieren sie eine unzureichende Instandhaltung öffentlicher Gebäude wie Schulen, Verwaltungseinrichtungen etc. Darüber hinaus ordnen die unterschiedlichen Fachpersonen auch die Pflege von Grünräumen sowie von öffentlichen Freiräumen wie Plätzen, Sport- und Spielstätten als eine wichtige Aufgabe der Stadterneuerung ein.

Ausschlaggebend für diesen allgemeinen Modernisierungsrückstand, der nicht nur als ein postsozialistisches Phänomen eingeordnet werden kann, ist der Kapitalmangel der öffentlichen Hand. Die öffentliche Hand kann die Mittel für eine umfassende Modernisierung der städtischen Funktions- und Versorgungssysteme nicht aufbringen und somit ihre Instandsetzung nicht gewährleisten, wie eine an der University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy in Sofia lehrende Professorin ausführt: „*What is probably very important? To recognize some increasing physical decay. You could find it [...] in the centre, in the compact city and in the periphery. You can feel the decay in the physical images, because actually there is a retreat of the public sector.*

[...] The public sector has no money, for sure. But also it was not considered that it is important to have it. What happened was that all urban infrastructure was just left without any maintenance. So you could feel this, wherever you go in the quarters. No matter it is a very 'fashionable quarter' [...]. You can feel it in the pavements, [...], they are in a very bad condition. It is the same thing with the street lighting for example [...]. So actually the maintenance of these things was missing for many years [...]. You could imagine that the city can not work probably, if you have skipped these parts [regeneration of the public infrastructure, die Verf.]. This [urban redevelopment, die Verf.] is a very expensive activity and so it is not easy to do it" (Expertinneninterview EXP 4).

Als ein weiteres großes Problemfeld der Stadterneuerung wird die Wohnraumsanierung im gesamten Stadtgebiet herausgestellt. *Stabilisierung der Stadt* heißt nicht nur Instandsetzung zentraler Funktions- und Versorgungssysteme, sondern schließt auch die Instandsetzung der Wohnhausbestände Sofias ein. Auch hier weisen die befragten Expertinnen und Experten auf einen großen Investitionsstau hin, der sich besonders bei den Wohnkomplexen der sozialistischen Ära bemerkbar macht (vgl. beispielsweise Expertinneninterview EXP 3). Die Wohnraumerneuerung wird jedoch in erster Linie als private Entwicklungsaufgabe klassifiziert und somit als Pflicht der Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer aufgefasst. Diese Aufgabenzuweisung hängt mit dem speziellen Eigentumsmarkt in Sofia zusammen, der fast ausschließlich durch kleinteilige Besitzverhältnisse geprägt ist. Über 90 Prozent der Wohnungen sind im Eigentum ihrer jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner. Die öffentliche Hand nahm sich des Themas der Wohnraumentwicklung in der postsozialistischen Phase nur projektbezogen an beziehungsweise griff als regulierende und unterstützende Instanz ein. Insbesondere die öffentlich geförderte Wohnraumerneuerung in den ersten Jahren nach dem Systemumbruch wird durch einige Expertinnen und Experten als ineffizient sowie nicht zielführend bewertet (vgl. u. a. Hirt/Staniolov 2007, S. 234 sowie Expertinneninterview EXP 3).

Diese Einschätzungen resultieren aus der Tatsache, dass zwar Pilotprojekte für Fassadensanierungen vorzugsweise bei sozialistischen Wohnkomplexen als *good-practise*-Beispiele initiiert wurden. Bis Anfang der 2010er Jahre konnten diese Ansätze jedoch nicht in ein systematisches Wohnraumsanierungsprogramm überführt werden und stellen somit Einzelprojekte der Stadterneuerung dar (vgl. Expertinneninterviews EXP 1– 2). Gleichzeitig veranlasste auch die nationale Behörde für Stadtentwicklungsaufgaben unterschiedliche Programme für Wohnraumerneuerung

im Sinne von energetischer Sanierung durch Fenstererneuerung und Wärmedämmung. Im Rahmen dieser Programme stellte die öffentliche Hand unter der Voraussetzung einer Eigenfinanzierung zusätzliche finanzielle Unterstützungen für die einzelnen Eigentümerinnen und Eigentümer zur Verfügung (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 4; EXP 9). Durch diese Subvention konnten zwar erste Sanierungstätigkeiten in der Wohnhauserneuerung eingeleitet werden. Als Folge der kleinteiligen Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen auf die Einzeleigentümerin oder den Einzeleigentümer ausgerichteten Sanierungspraxis konnten jedoch keine einheitlichen Standards in der Haussanierung realisiert werden. Das bereits beschriebene *patchwork* der Hausfassaden blieb bestehen und ist nach Ansicht einzelner Fachleute Sinnbild einer fehlgeleiteten Stadterneuerungspolitik (vgl. Expertinneninterview EXP 3; siehe Teilkapitel 4.2.3).

Vor diesem Hintergrund weisen Stadtplanungsexpertinnen und -experten darauf hin, dass als Reaktion auf eine individualisierte Sanierungspraxis finanzielle Beihilfen gegenwärtig an die Bildung von Eigentümergemeinschaften gebunden sind. Dadurch sollen gemeinschaftliche Erneuerungspraktiken innerhalb der Hausgemeinschaften gestärkt und langfristig einheitliche Standards in der Wohnhauserneuerung gewährleistet werden. Die Erfolgchancen dieser neuen Maßnahme werden aufgrund der Zusammenführung der vielen einzelnen Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer mit ihren unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten und einer allgemeinen Einkommensarmut jedoch als begrenzt eingestuft (vgl. Experteninterviews EXP 4 – 5). Unverkennbar trifft dies für die großmaßstäblichen sozialistischen Wohnkomplexe mit einer Vielzahl von Einzeleigentümerinnen und -eigentümern sowie einem enormen Sanierungsbedarf zu. Die Verwirklichung einer umfassenden Erneuerung wird daher ausdrücklich für die Großwohnsiedlungen als eine kaum zu bewältigende Aufgabe eingestuft. Diesen Sachverhalt stellt eine führende Expertin für Stadtentwicklung und -planung mit folgenden Worten überspitzt dar: „If you ask me, I am supporting the bulldozer“ (Expertinneninterview EXP 3).

Schließlich kann in Sofia auch eine ortsspezifische Stadterneuerungsdebatte ausgemacht werden. Bemerkenswert ist hier die Diskussion über die Revitalisierung der Roma-Siedlungen, die auf unterschiedlichen Ebenen geführt wird und eng mit dem dargestellten Armutsdiskurs über die *Ausgrenzung der Roma* in Sofia verknüpft ist (siehe Teilkapitel 4.2.2). Im Fokus dieser lokalen Debatte standen bis zum EU-Beitritt die physische Erneuerung der Wohnbestände und die Entwicklung der grundlegenden

Versorgungsinfrastrukturen wie Straßen, Frisch- und Abwassersysteme sowie Energieversorgung in den einzelnen Siedlungen. Gerade diesen physischen Erneuerungsbedarf der Roma-Siedlungen ordnen die befragten Stadtplanungsexpertinnen und -experten als ein herausragendes Problemfeld der Stadterneuerung Sofias ein (vgl. Experteninterviews EXP 1 – 4).

Auch im *Masterplan* wurden die drei großen Roma-Siedlungen bereits zu Anfang der 2000er Jahre als explizite Stadterneuerungsgebiete definiert und als besondere Gebiete mit einem erhöhten Entwicklungsbedarf eingestuft (vgl. Kokalanova 2009, S. 55). Auf Grundlage des *Masterplans* erarbeiteten Architektinnen, Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner erste konkrete Konzepte für eine Erneuerung der einzelnen Siedlungsräume der Roma. Die Fachpersonen legten den Fokus auf eine Neukonzeption des Wohnungsbaus und zielten auf eine radikale Umformung der Wohnstrukturen ab. Diese Vorgehensweise schließt den Abriss bestehender Wohnbestände in den Siedlungen ein und zielt auf einen umfassenden Neubau von Wohngebäuden für die einzelnen Familien. Die Planerinnen, Planer, Architektinnen und Architekten konzipierten eine standardisierte Modulbauweise in Form niedriggeschossiger und kleinteiliger Ein- oder Mehrfamilienhäuser, die schrittweise die bestehenden Gebäude ersetzen sollten (vgl. Kokalanova 2009, S. 32–35 sowie Expertinneninterview EXP 2). In erster Linie stellt das Vorhaben eine Initiative der lokalen Architektur- und Stadtplanungsbehörde in Sofia dar und wurde nicht in Kooperation mit anderen Fachbehörden oder mit lokalen Akteurinnen und Akteuren der Roma-Siedlungen erarbeitet. In den Interviews wurde es als *das* Modellprojekt für innovativen Wohnungsbau in den Roma-Siedlungen präsentiert. Dies ging explizit aus dem Gespräch mit einer leitenden Mitarbeiterin der öffentlichen Verwaltung hervor (vgl. Expertinneninterview EXP 2). Eine Umsetzung dieses Wohnungsbauprojektes konnte jedoch bis zum damaligen Zeitpunkt mangels finanzieller Ressourcen nicht ausgeführt werden.

5.1.3 Aktivierung der Stadt – Planungskulturen in Sofia

Einen dritten wichtigen Strang in der Debatte um Stadtentwicklungsprozesse in Sofia stellt die Einbindung unterschiedlicher Gruppen in die Stadtplanungsprozesse dar. Kennzeichnend für diese Debatte ist die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Aktivierung von zivilgesellschaftlichen Kräften in Rahmen der Stadtentwicklung. *Aktivierung der Stadt*

steht hier für alternative partizipierende Planungspraktiken, die über eine gängige formale Stadtplanung im Sinne der Festlegung von Flächennutzungen, Funktionszuweisungen und Bebauungsstrukturen hinausgehen (vgl. Expertinneninterview EXP 4). Der Diskurs über *Regulation* und *Stabilisierung der Stadt* wird somit erweitert beziehungsweise in anderen Dimensionen gedacht. Die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Aktivierung zivilgesellschaftlicher Kräfte in Sofia und deren Einbindung in Planungsprozesse ist in erster Linie durch eine massive Kritik an der bisherigen Vorgehensweise der Stadtentwicklung geprägt. Zwei Sichtweisen fallen in diesem Zusammenhang auf:

Erstens weisen im Kultur-, Kunst- und Politikbereich eingebundene zivilgesellschaftliche Institutionen und Gruppen darauf hin, dass die Bewohnerinnen und Bewohner vor allem auf der Ebene der Quartiere sowie Nachbarschaften und somit in ihren unmittelbaren Lebenswelten Sofias nicht ausreichend in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen würden. In der Stadtentwicklung im Allgemeinen sowie in Planungsprozessen im Besonderen fehlt laut den befragten Vertreterinnen und Vertretern des Red House (ein Zentrum für Kultur und politische Debatten) und der Ideas Factory (ein Zusammenschluss politischer Aktivistinnen, Aktivisten, Künstlerinnen und Künstler) das Verständnis für alltägliche nachbarschaftliche Zusammenhänge in Sofia (vgl. Expertinneninterviews EXP 6 – 7). Die befragten Aktivistinnen und Aktivisten kritisieren eine ausschließlich kommerzielle Entwicklung der Quartiere in Form des Ausbaus von Einkaufs- und Vergnügungszentren und beanstanden eine mangelnde Förderung von sozialen und kulturellen Unternehmungen in den einzelnen Nachbarschaften. Eine Mitarbeiterin des Red House konkretisiert diese Entwicklungen speziell für Großwohnsiedlungen wie folgt: „*There [in the socialist housing estate, die Verf.] were just the blocks and one or two shops. You couldn't spend too much time in these neighbourhoods. Now it doesn't change so much, except that, now you have shopping malls and commercial centres, commercialist urban development. I guess there should be more other forms, I don't know, of social life*“ (Expertinneninterview EXP 6).

Zwar wurden einzelne, sehr unterschiedlich strukturierte Projekte und Initiativen, die sich des Themas der kulturellen und sozialen Stärkung von Nachbarschaften annahmen, eigens durch zivilgesellschaftliche Kräfte initiiert und umgesetzt (vgl. Expertinneninterviews EXP 6 – 7). Jedoch entstand durch diese Einzelprojekte keine systematische soziale Quartiersentwicklung oder Nachbarschaftsarbeit. Es waren zumeist temporäre

Initiativen, die keine langfristigen strukturellen Veränderungen in den Quartieren bewirkten. Gleichzeitig verweisen die aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen auf die Problematik, dass viele alternative, meist von Künstlerinnen- und Künstlergruppen in Stadtteilen initiierte Projekte scheitern oder nicht umgesetzt werden können (vgl. Expertinneninterview EXP 7). Die Gründe dafür lägen insbesondere im fehlenden Willen eines Großteils staatlicher und kommunaler Institutionen, finanzielle Hilfestellungen zu leisten. Darüber hinaus bestehe oftmals ein Desinteresse oder auch eine Abwehr, sich mit neuen, speziell künstlerischen, Initiativen in Nachbarschaften auseinanderzusetzen. Insgesamt stellt eine Aktivistin fest, dass eine Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und der Stadtverwaltung nur schwer umsetzbar sei und Projekte zivilgesellschaftlicher Gruppen dementsprechend nicht ausreichend gefördert würden: *„The thing is that artists, activists, people, who really love to do something for the city in another way, would like to open a discussion with people on the street: What they would like to do in the city or how they see the city [...]. They [activists, die Verf.] have no support from the municipality“* (Experteninterview EXP 7).

Zweitens fordern ausdrücklich Stadtplanerinnen und -planer nicht nur eine Unterstützung einzelner Quartiere und Nachbarschaften, sondern kritisieren auch eine nicht vorhandene partizipierende Planungspraxis. Dies bezieht sich auf die nicht ausreichend gelebte Kultur einer Bürgerbeteiligung in formalen Planungsverfahren, aber auch in einzelnen Stadtentwicklungsprojekten. Beispielsweise gibt Hirt (2005) in Bezug auf die Erarbeitung des *Masterplans* zu bedenken, dass trotz gesetzlicher Vorgaben betreffend Bürgerbeteiligung (*public hearings*) das eingeforderte Vorgehen nur unzureichend umgesetzt wurde. Nach Hirt ist der *Masterplan* für Sofia ein Produkt der Eliten des Landes und ein Sinnbild für eine technokratisch zentralistische Expertenplanung: *„It is the product of expert consensus, the work of the collective mind of the entire profession [...]. The country's 'intellectual potential' is apparently taken to be that of its scientific and political elite. [...] the citizens were perhaps informed or consulted, but certainly not actively involved or empowered“* (2005, S. 235). Diese elitären Planungspraktiken beschränkten sich nicht nur auf den Entwicklungsprozess des *Masterplans*, sondern werden als ein grundsätzliches Problem in Sofias Stadtplanungsalltag eingestuft. Laut einzelner Stadtplanungsexpertinnen dominierten *Top-down*-Ansätze die Planungspraxis, die in „statischen“ Plangrundlagen münden (vgl. Expertinneninterview EXP 4). Daher wünschten sich einige der befragten Expertinnen einen Paradigmenwechsel für die Planungskultur in Sofia, der auf

eine prozesshafte Planung der Stadt abzielt und auch eine Aktivierung von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen einschließt.

Das Handlungsfeld *Aktivierung der Stadt* muss somit mehrdimensional und auf unterschiedlichen Ebenen betrachtet werden. Einerseits wird eine Unterstützung von Nachbarschaftsarbeiten und alternativen Projekten im städtischen Raum seitens unterschiedlicher junger Künstlerinnen-, Künstler-, Aktivistinnen- und Aktivistengruppen eingefordert. Andererseits wird die bisherige Stadtplanung grundsätzlich in Frage gestellt, da diese keine wirklich partizipierenden und prozesshaften Verfahren anbietet und an der technokratischen Planung der sozialistischen Ära festhält.

5.2 Umgang mit dem Thema Armut im Rahmen lokaler Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsdebatten

Die herausgearbeiteten und die Debatte in Sofia bestimmenden drei Handlungsfelder – *Regulation*, *Stabilisierung* und *Aktivierung der Stadt* – variieren stark in ihrer inhaltlichen Ausrichtung und in ihrer Präsenz im öffentlichen Diskurs. Im Mittelpunkt der aktuellen lokalen Stadtplanungsdebatte steht das Handlungsfeld *Regulation der Stadt*; diesbezüglich wird in Sofia vehement über die Neuformierung von Planungssystemen und die damit einhergehende Kontrolle neuer Siedlungsdynamiken gestritten. Die Stadtplanungsansätze fokussieren somit in erster Linie die *Bändigung* einer *entfesselten* Stadt und reagieren vor allem auf die Folgen einer nachholenden Suburbanisierung, die durch die Formation ökonomischer Eliten angetrieben wird (siehe Teilkapitel 4.2.1). Hierbei gilt für viele Fachleute die langwierige Erarbeitung des *Masterplans* als Prozess, der das Ringen um neue Leitlinien für die Stadtentwicklung aufzeigt. Die Ausgestaltung dieses Planes dominierte die Stadtplanungsdebatte in Sofia über Jahrzehnte, wobei der Umgang mit Armutsphänomenen in Sofia nicht im Fokus stand.

Die Auseinandersetzung mit konkreten Armutsphänomenen erfolgt verstärkt im Rahmen der Debatte über Stadterneuerungsaufgaben und somit im Kontext des erörterten Handlungsfeldes *Stabilisierung der Stadt*. Die Debatte über die Praxis einer Stadterneuerung wird in erster Linie vor dem Hintergrund der für das postsozialistische Sofia typischen *allgemeinen Armut der Bevölkerung Sofias* geführt und bewertet. Speziell das Problemfeld der Wohnraumsanierungen nimmt in dieser Debatte einen wichtigen Stellenwert ein (siehe Teilkapitel 4.3). Vornehmlich stufen Expertinnen und

Experten Sanierungsverfahren in den Großwohnsiedlungen Sofias als eine enorme, kaum zu bewältigende Aufgabe ein, was einerseits auf die große Anzahl dieser Siedlungen und andererseits auf die dort herrschenden kleinteiligen Eigentumsverhältnisse zurückzuführen ist. Insgesamt ist die Inangriffnahme der Wohnraumsanierung im gesamten Stadtgebiet nur punktuell sichtbar und wird in erster Linie als private Aufgabe verstanden. Die Umsetzung ist jedoch aufgrund der allgemeinen Einkommensarmut, die prägend für die *allgemeinen Armut der Bevölkerung Sofias* ist, kaum zu bewerkstelligen. Auch die öffentliche Hand sieht hier keine Spielräume für eine Unterstützung der privaten Haushalte, da der Instandsetzung städtischer Infrastruktursysteme Priorität eingeräumt wird. Als Lösungsansätze wurden bis in die 2010er Jahre nur einzelne Modellprojekte für Wohnhaus-sanierungen präsentiert oder Unterstützungsleistungen für kapitalstarke Haushalte und Eigentümergemeinschaften zur Verfügung gestellt.

Zudem wird im postsozialistischen Sofia die Entwicklung von Roma-Siedlungen als eine notwendige Aufgabe der kommunalen Stadtplanung definiert und diskutiert. Hier steht ein ortsspezifischer Stadterneuerungs-diskurs im Mittelpunkt. Es deutet sich eine stadtplanerische Auseinander-
setzung mit benachteiligten Quartieren als Kristallisationspunkte von extremen Armutslagen der Roma an, wodurch Armuts- und Stadtentwicklung in einen fachlichen Kontext gesetzt werden. Gleichwohl zeigt sich eine eindimensionale Förderung dieser Siedlungsformen: Im Mittelpunkt steht eine Konzeption neuer Wohnformen für Roma, die jedoch keine partizipierende und quartiersbezogene Entwicklungsstrategie beinhaltet. Die verantwortlichen Stadtplanerinnen und -planer wenden vielmehr eine *Top-down*-Planung an und ziehen die Praxis einer Kahlschlagsanierung vor. Zum Beispiel wurden Handlungsfelder der Stadtteilentwicklung wie der Ausbau sozialer Infrastrukturen, die Förderung lokaler Ökonomien oder die Schul- und Bildungsentwicklung nicht in das ausgearbeitete Wohnungsbauprogramm für die Roma-Siedlung Fakulteta integriert. Insgesamt erarbeitete die lokale Verwaltung bis zum EU-Beitritt keine komplexeren Quartierskonzepte für die Roma-Siedlungen Sofias und reagierte bis dato nicht ausreichend auf die multidimensionalen Armutsmuster der Roma. Eine Beschäftigung mit aktuellen europäischen Diskursen über benachteiligte Quartiere und einer integrierten Stadtentwicklung findet in Sofia erst seit dem EU-Beitritt statt (siehe Kapitel 6).

Im Zusammenhang mit dem Bedarf einer spezifischen Quartiersentwicklung beziehungsweise einer fokussierten Unterstützung benachteiligter

Quartiere bleibt abschließend die Relevanz des dritten Handlungsfelds, der *Aktivierung der Stadt*, zu diskutieren. Dieses Handlungsfeld nimmt sich der Fragen nach Verantwortungsbereichen und Planungsebenen in der Stadtentwicklung Sofias an. Gerade die willkommene Neubewertung der Quartiersebene für Planungsprozesse und die Forderung nach neuen Beteiligungsformaten sind auch für den Umgang mit städtischen Armutsentwicklungen in Sofia von Bedeutung. Tatsache ist, dass in Sofia bis in die 2010er Jahre eine zentralistische Planung mit *Top-down*-Ansatz überwiegt, die Hirt (2005) als *Expertenplanung* einstuft. Hierbei spielen, wie ich erörtert habe, sowohl partizipierende Planungsprozesse als auch eine direkte und bewohnerorientierte Quartiersplanung eine untergeordnete Rolle. Quartiere werden in erster Linie als *Versorgungseinheiten* angesehen und nicht als spezifische soziale Lebensräume ihrer jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner bewertet. Neue Entwicklungsimpulse sind zumeist stark kommerzialisiert. Diese Planungshaltung erschwert aber eine gezielte Annäherung an die unterschiedlichen Quartiersstrukturen Sofias und wird generell als nicht zukunftsweisend eingestuft. Denn für benachteiligte Quartiere wie die Roma-Siedlungen ist eine gezielte und sensible Annäherung an die jeweiligen Nachbarschaftsstrukturen besonders notwendig, um eine nachhaltige und bewohnerorientierte Quartiersentwicklung zu gewährleisten sowie eine Auseinandersetzung mit den komplexen Armutslagen zu ermöglichen. Aber auch für das weitere Stadtgebiet wäre eine quartiersbezogene Betrachtung interessant, um neben der Auseinandersetzung mit gesamtstädtischen Funktionssystemen auch eine spezifische Nachbarschaftsentwicklung einzuleiten.

6

Stadtentwicklung und Armutsbekämpfung in Sofia durch die EU

SEIT DEM 2007 ERFOLGTEN BEITRITT Bulgariens zur EU wurden und werden die Debatten über Praktiken der Stadtentwicklung Sofias nicht nur von lokalen Akteurinnen und Akteuren ausgetragen, sondern auch zunehmend durch die EU beeinflusst. Die EU tritt dabei als neue Partnerin der Stadtentwicklung auf und bindet ihre Förderansätze an bestimmte Vorgaben. Die nationalen staatlichen Gewalten agieren als vermittelnde sowie als EU-Recht umsetzende Instanzen und schreiben EU-Leitlinien in nationale, aber auch regionale und städtische Handlungsstrategien um. Dementsprechend ist dieses Kapitel der dritten zentralen Fragestellung meiner Arbeit gewidmet, in dem die Funktionen der EU im Umgang mit den städtischen Armutsphänomenen Sofias im Vordergrund stehen. Hierbei berücksichtige ich die grundsätzlichen Positionen und Aufgaben der EU in der europäischen Stadtentwicklungspolitik sowie die Relevanz der gängigen Instrumente der EU für die Stadtentwicklung Sofias.

In Teilkapitel 6.1 wird die Umsetzung der Strukturfondsförderung der EU im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik diskutiert und gezeigt, welche Verfahrensweisen in den zwei Förderperioden von 2007 bis 2013 und von 2014 bis 2020 wirksam werden. Die Unterstützung der Stadtentwicklung durch Städtenetzwerke steht in Teilkapitel 6.2 im Vordergrund. Speziell analysiere ich hier das URBACT-Netzwerk CoNet, das sich mit Praktiken einer integrierten Planung in benachteiligten Quartieren beschäftigt. In Teilkapitel 6.3 arbeite ich abschließend die zentralen Funktionen der EU als Förderin der Stadtentwicklung in Sofia heraus. Hier konkretisiere ich insbesondere ihre Positionen als *Geldgeberin* und als *Strategin*.

6.1 Kohäsionspolitik und Stadtentwicklung seit 2007

Wie bereits in Kapitel 2 ausführlich dargestellt, setzt sich die EU im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik mit Hilfe der Strukturfondsförderung gezielt für Stadtentwicklungsprozesse ein und bedient hierbei vor allem den Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung. Zu diesem Zweck wurden in Bulgarien spezielle *Operational Programmes (OP)* ausgearbeitet,⁶² die die Vorgaben der EU-Strukturfondsförderung für Aufgaben der Stadtentwicklung programmatisch sowie operational umsetzen und somit hauptsächlich die Verwendung der EFRE-Mittel für Stadtentwicklungsprojekte koordinieren. Namentlich das Ministry of Regional Development and Public Works übernimmt die Federführung bei der Erstellung entsprechender Programme. Die einzelnen Städte Bulgariens haben nur begrenzte Spielräume für eine aktive Gestaltung der *Operational Programmes* für Stadtentwicklungsaufgaben.⁶³ Sie müssen vielmehr die vorgegebenen Leitlinien umsetzen. Dementsprechend werden die Kommunen in Bulgarien als projektausführende Instanzen eingestuft und stellen in erster Linie Leistungsempfänger dar (vgl. Hamza et al. 2014, S. 82f.).

Von 2007 bis 2013 war das *Operational Programme Regional Development* die entscheidende Grundlage für die Finanzierung der Förderprojekte in den bulgarischen Städten (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2007). 2014 wurde die neue Förderphase der Kohäsionspolitik eingeleitet; das *Operational Programme Regions in Growth* ist aktuell das zentrale Programm, das die Förderung der Stadtentwicklung durch EU-Mittel in den einzelnen Städten Bulgariens leitet (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2014).⁶⁴ Knapp 50 Prozent des gesamten Budgets,

62 *Operational Programmes* müssen von allen Mitgliedstaaten als Antrag für Fördermittel aus den Strukturfonds eingereicht werden. In ihnen werden die Umsetzungen der Förderschwerpunkte für den jeweiligen Staat konkretisiert (siehe auch Teilkapitel 2.3.2).

63 Nur durch die National Association of Municipalities in the Republic of Bulgaria (NAMRB) ist die Möglichkeit gegeben, dass Städte bei der Erarbeitung der *Operational Programmes* für Stadtentwicklungsfragen mitwirken. Diese Beteiligung ist jedoch nicht formal geregelt (vgl. Hamza et al. 2014, S. 82f.).

64 Auch durch andere *Operational Programmes* werden Stadtentwicklungsprozesse in Sofia unterstützt: Im Jahr 2007 subventionierte das *Operational Programme Transport (OPT)* beispielsweise den Ausbau der Metro, das *Operational Programme Competitiveness (OPC)* unterstützte den Aufbau von Technologieparks und das *Operational Programme Administrative Capacity (OPAC)* förderte Verwaltungsreformen (vgl.

das sowohl durch das *Operational Programme Regional Development* als auch durch das *Operational Programme Regions in Growth* verwaltet wird, werden in Bulgarien für Stadtentwicklungsprojekte investiert (vgl. Europäische Kommission o. J.). Das Ministry of Regional Development and Public Works betont ausdrücklich, dass der Anstoß von Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsprozessen ein Förderschwerpunkt in der Umsetzung der Strukturfondsförderung Bulgariens ist. Bereits seit 2007 legt das Ministerium großen Wert auf die Förderung von Stadtentwicklungsprozessen und definiert diese Förderung als eine Priorität im *Operational Programme Regional Development*: „This priority [Sustainable and Integrated Urban Development] seeks to support interventions to reinforce the role of cities and poles of growth, such as improving social, educational and cultural infrastructures and housing, providing modern health equipment, modernising urban transport and making the environment of urban zones more attractive for living” (Europäische Kommission o. J.).

Auch Sofia profitiert bis heute von der Strukturfondsförderung der EU. Es konnten neue Stadterneuerungsprozesse initiiert werden, die sich allerdings in den bisherigen zwei Förderphasen als sehr unterschiedlich erwiesen. In der ersten Förderperiode von 2007 bis 2013 dominierten einzelne Stadtentwicklungs- sowie Stadterneuerungsprojekte, die als *Leuchttürme* der Stadterneuerung gelten können. In der zweiten Förderphase von 2014 bis 2020 strebt Sofia mit Hilfe der Strukturfondsförderung eine komplexere Stadtentwicklungspraxis an, die der Verwirklichung des europäischen Leitbildes der integrierten Stadtentwicklung verpflichtet ist. Die Umsetzung des *Integrated Plan* steht im Mittelpunkt der Förderphase ab 2014.

6.1.1 2007–2013: Leuchtturmprojekte für Sofia

In der ersten Förderphase von 2007 bis 2013 stuften die Stadtöffentlichkeit im Allgemeinen und die Stadtverwaltung im Besonderen die EU als eine wichtige Akteurin ein, die in erster Linie Prozesse der Stadterneuerung und der Infrastrukturentwicklung anstieß. Das *Operational Programme Regional Development* wurde hierbei als wichtiges neues Instrument für die Finanzierung von Stadtentwicklungsprojekten angesehen. Die lokalen

Hamza et al. 2014, S. 74). In der Förderperiode 2014 bis 2020 werden durch die Gelder der *Operational Programmes Innovations and Competitiveness (OPIC)* und *Transport and Transport Infrastructure (OPTTI)* auch Entwicklungen in Sofia unterstützt.

Stadtplanungsfachleute betonen ausdrücklich, dass die EU durch das *Operational Programme Regional Development* eine neue Investitionspolitik für die Stadterneuerung in Sofia ermöglicht hat (vgl. Expertinneninterviews EXP 2; EXP 4; EXP 11). Diese Aussagen erfolgten vor dem Hintergrund, dass im postsozialistischen Sofia bisher kaum eine durch die öffentliche Hand geleitete, investive Stadterneuerung möglich war und die Stadt durch extreme physische Verfallserscheinungen geprägt wurde (siehe Kapitel 4 und 5). Die EU stärkte die bisher eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung Sofias durch den Einsatz der bereitgestellten Strukturfondsmittel. Zwei Schwerpunkte können im Weiteren hervorgehoben werden, die kennzeichnend für die Umsetzung und Auswirkungen der Strukturfondsförderung in Sofia zwischen 2007 und 2013 sind.

Erstens zeichnete sich die Förderperiode ab 2007 durch eine auf Einzelprojekte ausgerichtete Stadtentwicklungspraxis aus, die hauptsächlich eine investive, physische Stadterneuerung Sofias unterstützte. Diese Praxis ordnen Hamza et al. in einer vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebenen Studie über die Rolle der Städte in der Kohäsionspolitik als typisch für die Umsetzung der ersten Strukturfondsförderphase in bulgarischen Städten ein und klassifizieren sie als „*single sector, physical/infrastructure actions*“ (2014, S. 42). Zwar formulierte das Ministry of Regional Development and Public Works im *Operational Programme Regional Development* spezielle Zielsetzungen für die Entwicklung von bulgarischen Städten und verweist hierbei auch auf die Stärkung von vier zentralen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung: Diese sollten sowohl eine Weiterentwicklung des Nahverkehrssystems und der sozialen Infrastrukturen als auch eine Wohnraummodernisierung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten einschließen (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2007, S. 98–106).⁶⁵ In der Praxis dominierte jedoch das *Gießkannenprinzip* die Verteilung von EU-Mitteln für Stadtentwicklungsprozesse in Sofia, weshalb im gesamten Stadtgebiet sehr unterschiedliche Förderprojekte innerhalb der vorgegebenen Zielsetzungen verwirklicht wurden. Laut einer Mitarbeiterin des Ministry of Regional Development and Public Works ist eine vielfältige Förderkulisse für die Stadtentwicklungsprojekte

65 Die vier zentralen Handlungsfelder definiert das Ministerium wie folgt: „*Social Infrastructure, Housing, Improvement of Physical and Risk Prevention, Sustainable Urban Transport Systems*“ (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2007, S. 98–106).

in Sofia, die auf Grundlage des *Operational Programme Regional Development* verwirklicht werden konnten, bezeichnend: „*The projects, which we are financing, are very different: from the transport system to educational infrastructure and social infrastructure, from parks to second class roads. We are also supporting projects for children in risk and the integration of the Roma-population. We are supporting the improving and revitalisation of riverbanks. We are supporting ‘almost everything’*“ (vgl. Expertinneninterview EXP 9).

Bis zum Jahr 2017 konnten demzufolge auf Grundlage des *Operational Programme Regional Development* aus EFRE-Mitteln insgesamt 43 Einzelprojekte im gesamten Stadtgebiet Sofias realisiert oder angestoßen und ca. 250 Millionen Euro investiert werden (vgl. Council of Ministers of Bulgaria, EU Funds Management Systems Directorate, aktualisiert am 22.03.2017a).⁶⁶ Diese Projekte weisen sehr unterschiedliche Thematiken, finanzielle Dimensionen und Projektträger auf. Insgesamt erstreckt sich das Förderpektrum von der Qualitätsverbesserung von Grünflächen und Kinderspielflächen sowie der Sanierung von Erosionsflächen über den Ausbau der Infrastruktur für den öffentlichen Nahverkehr und die Weiterentwicklung von Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen in der Familienarbeit bis hin zur energetischen Sanierung von Gebäuden für Behörden, Bildungs- und Kultureinrichtungen. Zudem wurden mit Hilfe der EU-Förderung auch strategische und temporäre Projekte wie Kunstfestivals, Stadtmarketing etc. unterstützt, um weitere Impulse für die Stadtentwicklung Sofias zu generieren. In der Wahrnehmung vieler lokaler Planungsfachleute, aber auch anderer fachspezifischer Expertinnen und Experten sind diese Einzelprojekte wichtige *Leuchtturmprojekte*, die einen Aufschwung in der Stadterneuerung markieren (vgl. Expertinneninterviews EXP 2; EXP 4 – 6; EXP 11).

Zweitens stellen die unterschiedlichen Fachleute auch funktionale Schwerpunktsetzungen in der Stadterneuerung fest, die mit der Struktur- und Investitionsförderung ab 2007 einhergehen. Energetische Sanierung, die mittels EU-Subventionen gefördert wurde, bildete in der Förderperiode 2007 bis 2013 einen Schwerpunkt der Stadterneuerung (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 3). Im *Operational Programme Regional Development* ist diese Schwerpunktsetzung wie folgt definiert: „*Under priority axis 1 (specifically*

66 Das Gesamtbudget des *Operational Programme Regional Development* für das Staatsgebiet Bulgariens lag bei ca. 1,6 Milliarden Euro. Dies schließt sowohl die Struktur- und Investitionsförderung als auch die Ko-Finanzierungen der nationalen und kommunalen Projektträger mit ein (vgl. Europäische Kommission o. J. c).

for operations 1.1 and 1.2) any refurbishment or reconstruction of buildings will aim at improving the energy performance, in accordance with Directive 2002/91/EC“ (Ministry of Regional Development and Public Works 2007, S. 95). Hierbei stand die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Universitäten, Museen und Behörden im Fokus. Zudem unterstützte das Ministry of Regional Development and Public Works Fassadensanierungen von Wohngebäuden nach energetischen Standards. Speziell koordinierte das Ministerium ein Sanierungsprogramm mit dem Titel *Support of Energy Efficiency Measures in Multifamily Residential Buildings* und zielte dabei mit Hilfe der EFRE-Mittel der EU auf eine Substanzsanierung von Wohngebäuden in Sofia ab (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2011a). In diesem Rahmen sollten zum einen sogenannte *Energy Efficiency Feasibility Studies* durchgeführt werden, die als Modellprojekte eingestuft werden können. Zum anderen wurde das Ziel verfolgt, eine Praxis der energetischen Sanierung zu unterstützen. Dies beinhaltete eine monetäre Beihilfe bei der Umsetzung von Fassadenisolierungen, beim Austausch von Fenstern und Türen sowie bei der Modernisierung von Heizsystemen (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2011a).

Diese Förderpraxis unterstützte einzelne private Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Interessierte Haushalte waren aufgerufen, sich unter der Voraussetzung eines gewissen Eigenkapitalanteils bei der zuständigen Fachabteilung des Ministry of Regional Development and Public Works zu bewerben (vgl. Expertinneninterview EXP 9). Voraussetzung für eine Förderung war allerdings die Bildung von Eigentümergemeinschaften, um umfassende Haussanierungen zu gewährleisten. Diese Subventionsleistungen werden zwar von vielen lokalen Fachleuten als wichtige Unterstützung der notwendigen privaten Haussanierungen bewertet, jedoch nur als eine erste Anschubfinanzierung eingestuft (vgl. Expertinneninterviews EXP 2 – 3). Insgesamt standen im Rahmen dieses Programms für ganz Bulgarien in der Förderperiode von 2007 bis 2013 nur ca. 25 Millionen Euro zur Verfügung: „The total grant amount is 50.109.139,11 BGN [Bulgarischer Lev]. The scheme is implemented with the financial contribution of the European Union via the European Regional Development Fund. The project will be implemented in 36 urban centres throughout the Republic of Bulgaria in compliance with OPRD“ (Ministry of Regional Development and Public Works 2011a).

Neben der Förderung von energetischen Sanierungen lag ein weiterer Schwerpunkt auf der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die durch das Investitionsprogramm *Operational Programme Transport* gefördert

werden sollte. Für Sofia wurde ca. eine Milliarde Euro bereitgestellt, um neue Verkehrsprojekte zu verwirklichen und Verkehrsinfrastrukturen zu modernisieren (vgl. Council of Ministers of Bulgaria, EU Funds Management Systems Directorate, aktualisiert am 22.03.2017b). Der Bau einer Metro im Stadtgebiet wurde als wichtige Strukturverbesserung eingestuft und galt als Schlüsselprojekt der Stadtentwicklung seitens der lokalen Stadtplanung in Sofia.

6.1.2 2014–2020: Integrated Plan for Urban Regeneration and Development of Sofia City

In Abgrenzung zur punktuellen Stadterneuerung in der ersten Förderperiode will das Ministry of Regional Development and Public Works in der seit 2014 laufenden zweiten Förderperiode die von der EU gewünschte Praxis einer integrierten Stadtentwicklung für alle Groß- und Mittelstädte Bulgariens durchsetzen. Das Ministerium knüpft mit der Einführung des neuen *Operational Programme Regions in Growth* die Förderung von Stadtentwicklungsprojekten an die Umsetzung des Leitbildes einer integrierten Stadtentwicklung und bindet somit die Verwendung von EFRE-Mitteln an einen spezifischen Ansatz der EU-Stadtentwicklungspolitik (siehe Teilkapitel 2.3). Hierbei ist auch für die zukünftige Stadtplanung in Bulgarien die *Leipzig Charta* leitend (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2011b; siehe Teilkapitel 2.3.1). Diese steht für die Einführung einer gebietsbezogenen Stadtentwicklung, die Stärkung einer ressourcenbündelnden und ressortübergreifenden Arbeitsweise sowie die Etablierung einer kooperativen Planungskultur. Ein spezieller Fokus liegt auf der Unterstützung der benachteiligten Quartiere, die in der *Leipzig Charta* als besondere Entwicklungsräume hervorgehoben werden.

Vor diesem Hintergrund sind die einzelnen Städte Bulgariens aufgefordert, *Integrated Plans* zu erarbeiten (vgl. Ministry of Regional Development and Public Works 2014, S. 15). Ausdrücklich verpflichten sich die Kommunen mit der Erstellung der *Integrated Plans*, sogenannte Interventionszonen in ihren Städten festzulegen. Hierbei sollen laut des Ministry of Regional Development and Public Works drei unterschiedliche Gebietstypen berücksichtigt werden (vgl. Hamza et al. 2014, S. 72; Sofia Municipality 2013). Der erste Gebietstyp – die *zone of social nature* – entspricht einem Wohngebiet, das einen baulichen, ökologischen und infrastrukturellen

Entwicklungsbedarf aufweist und dessen Bevölkerung eine besondere Unterstützung zur Verbesserung ihrer allgemeinen Lebenslage benötigt. Der Fokus liegt somit auf der Identifizierung von benachteiligten Quartieren und der Entwicklung dieser Quartiersstrukturen. Der zweite Gebietstyp – die *zone with potential for economic development* – soll hingegen die wirtschaftlichen Potenziale der einzelnen Städte stärken und wird funktional als besondere Wirtschaftszone eingestuft. Im Mittelpunkt stehen die Förderung innovativer Unternehmensgründungen und die Entwicklung entsprechender Infrastrukturen. Mit der Ausweisung des dritten Gebietstyps – der *zone of public functions with high public importance* – sollen die Zentrumsfunktionen der einzelnen Gemeinden gestärkt werden. Dies umfasst sowohl die Erhaltung des Baukulturerbes als auch die Entwicklung von zentralen städtischen Dienstleistungen. Im Kontext des eingeforderten gebietsbezogenen Stadtentwicklungsansatzes will das Ministry of Regional Development and Public Works zudem die seitens der EU gewünschte Bündelung von Investitionen in den einzelnen Stadtgebieten stärken (Ministry of Regional Development and Public Works 2014, S. 15). Dabei wird auch Wert auf eine partizipative und ressortübergreifende Stadtentwicklungspraxis gelegt.

In Sofia setzte die Erarbeitung des *Integrated Plan* bereits 2011 ein, um zu Beginn der neuen Förderphase ab 2014 das passende Planungsinstrumentarium vorweisen und dementsprechend die Fördergelder der Strukturfonds für Stadtentwicklungsprojekte abrufen zu können (vgl. Expertinneninterview EXP 1). Speziell die Einleitung der gebietsbezogenen Stadtentwicklung stellt in Sofia eine große Neuerung dar, die sich deutlich von der punktuellen, projektbezogenen Stadterneuerungspraxis im Rahmen der ersten Förderphase unterscheidet (siehe Teilkapitel 6.1.1). Die Stadtverwaltung Sofias wies demzufolge nach einem 15 Monate dauernden Erarbeitungsprozess die drei gewünschten Interventionszonen aus (vgl. Sofia Municipality 2013; siehe Abb. 6.1).

Die *zone of social nature* wurde als großmaßstäbliches und bevölkerungsstarkes Gebiet im Nordwesten Sofias bestimmt. Sie umfasst eine Fläche von 2234 Hektar mit insgesamt 190.000 Einwohnerinnen sowie Einwohnern und ist in 13 kleinere Einheiten unterteilt (vgl. Sofia Municipality 2013; siehe Abb. 6.2). Neben zehn Wohnquartieren, die hauptsächlich in der Zeit des Sozialismus erbaut wurden, schloss die Stadtverwaltung zwei großflächige Parkanlagen und eine Brachfläche als weitere Entwicklungsschwerpunkte in die *zone of social nature* mit ein.

Abb. 6.1: Interventionszonen des *Integrated Plan*
(Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage: Sofia Municipality 2013)

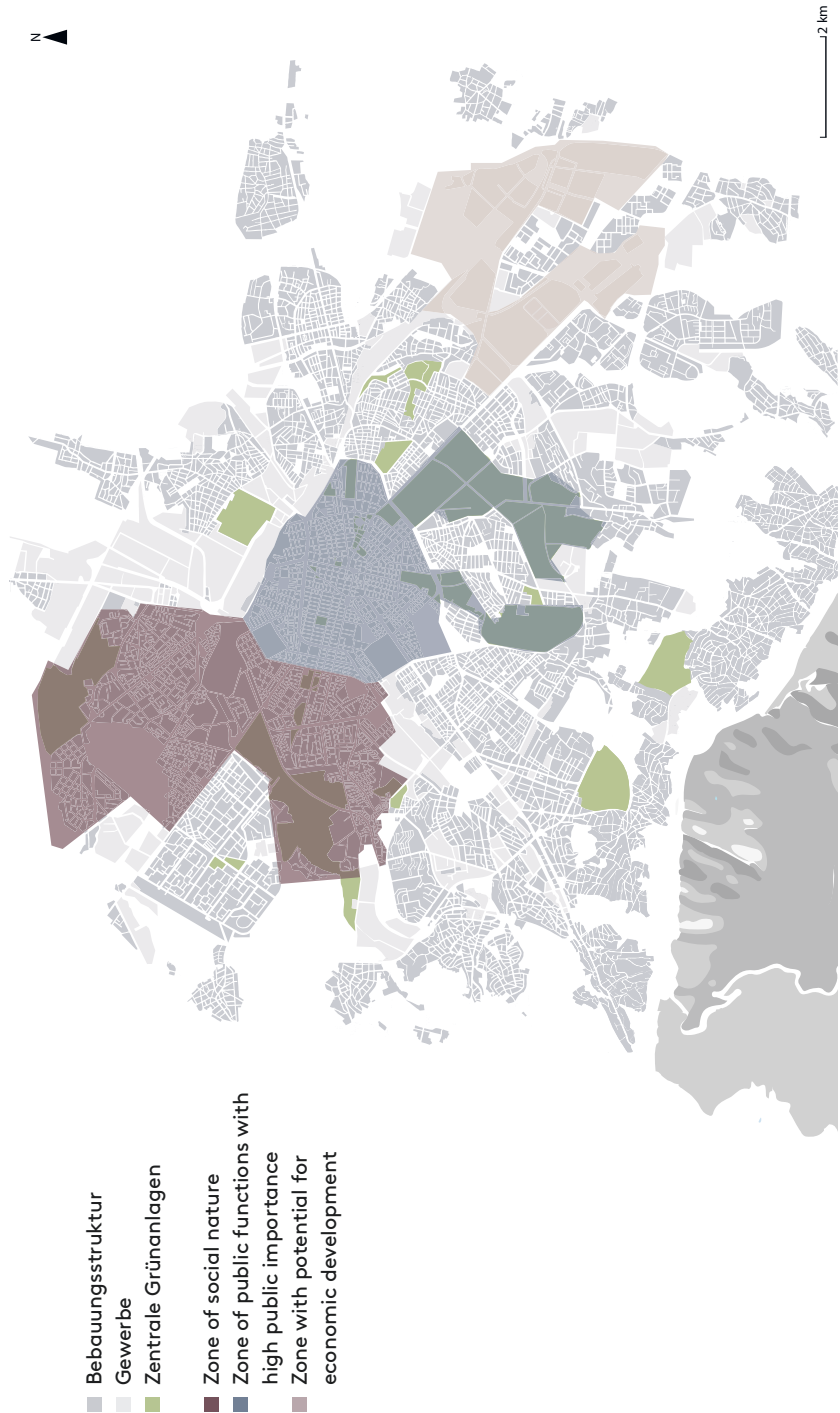
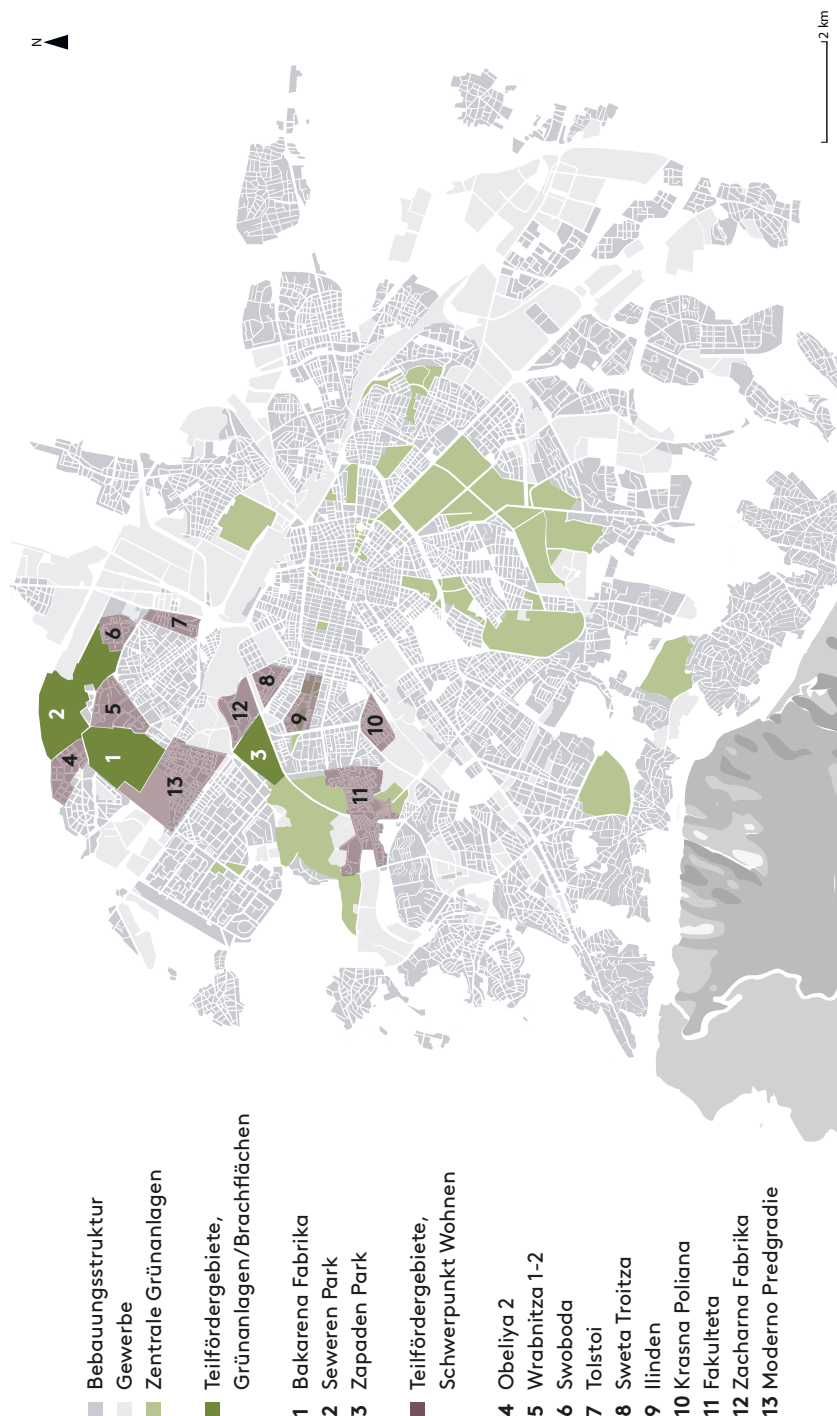


Abb. 6.2: Teilfördergebiete (Wohn- und Grüngelände) in der zone of social nature
(Quelle: Eigene Darstellung, Grundlage: Sofia Municipality 2013)



Zudem ist die Roma-Siedlung Fakulteta als besonders förderbedürftiges Wohnquartier in die Interventionszone aufgenommen worden. Die notwendige Entwicklung dieser Siedlung stufen die Stadtentwicklerinnen und Stadtentwickler in Sofia als vorrangig ein (vgl. Sofia Municipality 2013; vgl. Expertinneninterview EXP 2; siehe Teilkapitel 5.1.2). Die zwei weiteren Zonen – die *zone with potential for economic development* und die *zone of public functions with high public importance* – weisen nur wenige Teilgebiete auf und befinden sich ihrer Definition entsprechend in der Peripherie beziehungsweise im Zentrum der Stadt. Für alle drei Zonen erarbeitete die Stadtverwaltung Zielsetzungen und Maßnahmen, die deren positive Entwicklung unterstützen sollen (vgl. Sofia Municipality 2013). Grundsätzlich werden der Planungsprozess des *Integrated Plan*, seine Funktionen und Wirkungsweisen auf unterschiedliche Weise eingeordnet und auch bewertet. Drei Diskussionsstränge fallen hierbei auf.

Erstens verbinden die Stadtplanerinnen und -planer mit dem *Integrated Plan* das Anliegen, die in der Förderperiode von 2007 bis 2013 eingeleitete investive Stadterneuerungspraxis fortzuführen. Der Plan wird somit in erster Linie als notwendige Voraussetzung betrachtet, um auf entsprechende Gelder der EU zugreifen und speziell investive Maßnahmen umsetzen zu können (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 2; EXP 4). Besonders in der *zone of social nature* zeichnen sich ähnliche inhaltliche Schwerpunkte der Stadterneuerung wie in der ersten Förderphase ab (vgl. Sofia Municipality 2013). Es dominieren dementsprechend Vorhaben, die auf die bauliche Erneuerung sowie auf den Neubau zentraler Infrastrukturen und Wohnungen abzielen. Hierbei stehen zum einem die Verbesserung von Verkehrsinfrastrukturen sowie von technischen Infrastrukturen wie Wasser- und Abwasserversorgung, von Infrastrukturen für soziale, bildungsnahe und kulturfördernde Dienstleistungen (Schulen, medizinische Zentren, Stadtteilkulturhäuser) und von Grünräumen sowie des Wohnumfeldes im Mittelpunkt. Zum anderen zeigt sich erneut eine Fokussierung auf die energetische Sanierung sowohl der Wohnbauten als auch der öffentlichen Gebäude.

Neben Aufwertungsmaßnahmen für einzelne Wohngebiete strebt die Stadtverwaltung die Umsetzung von Schlüsselprojekten mit gesamtstädtischer Bedeutung an.⁶⁷ Insgesamt sollen für die einzelnen investiven

67 Zu diesen Projekten zählen die Erneuerung von Sport-, Freizeit- und Grünflächen. Zudem sollen zentrale Verkehrswege sowohl für den Individualverkehr als auch den öffentlichen Nahverkehr (Metro) ausgebaut und erneuert werden.

Maßnahmen in der *zone of social nature* ca. 600 Millionen Euro aufgewendet werden. Als Finanzquellen dienen hierbei, neben den europäischen Strukturfonds (Fokus EFRE-Mittel), private Investitionsmittel sowie öffentliche Mittel aus dem nationalen und kommunalen Haushalt (vgl. Sofia Municipality 2013).⁶⁸ Eine Förderung von nicht investiven Maßnahmen wie beispielsweise Programmlinien für Arbeits- und Bildungsvermittlung, Familienförderung, Jugendarbeit, Nachbarschaftsentwicklung etc. ist bisher jedoch nicht in den Maßnahmenkatalogen aufgeführt. Die Maßnahmenkataloge werden somit vorerst lediglich durch investive Projekte für eine gebietsbezogene Stadtentwicklung bestimmt.

Zweitens wird die sozialräumliche und baulich-infrastrukturelle Stadtgebietsklassifizierung, die speziell mit der Ausweisung der *zone of social nature* einherging und in dieser Form bisher nicht umgesetzt wurde, als eine neue Herausforderung eingestuft. Insbesondere wurde im Planungsprozess mit Hilfe eines interdisziplinären Expertinnen- und Expertenteams ein Indikatorensystem für die Festsetzung der *zone of social nature* entwickelt und auch angewendet. Durch diese Indikatoren sollten Problemüberlagerungen in einzelnen Quartieren Sofias erkannt und somit besonders förderwürdige Wohngebiete identifiziert werden. Als Indikatoren bestimmte das Expertinnen- und Expertenteam den Zustand der technischen Infrastrukturen, die Umweltbelastungen, den baulichen Erneuerungsbedarf der Gebäudestrukturen und die damit einhergehende Immobilienpreisentwicklung sowie den sozio-ökonomischen Status der Bewohnerinnen und Bewohner in den einzelnen Wohngebieten (vgl. Sofia Municipality 2013). Alle Wohngebiete in Sofia wurden somit klassifiziert und die unterschiedlichen Entwicklungsstände eingeordnet.

Insgesamt wird diese Erfassung sozioökonomischer Ungleichheiten und auch die systematische Einordnung der Probleme einzelner Stadtgebiete durch die Einführung erster Mechanismen eines Sozialraum- und Stadterneuerungsmonitorings durchaus als richtungweisend wahrgenommen (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 2). Eine Mitarbeiterin des Planungsbüros Sofproect Masterplan weist darauf hin, dass vor der Erstellung des *Integrated Plan* kaum statistische Grundlagen aufgearbeitet wurden, um

68 Die Strukturfonds (mit 35 Prozent) und die privaten Investitionen (mit 35 Prozent) stellen die hauptsächlichen Finanzierungsquellen für die Umsetzung des *Integrated Plan* dar.

Entwicklungsprobleme einzelner Stadtteile einordnen zu können (vgl. Expertinneninterview EXP 1). Der Wunsch nach einer differenzierten Sicht sowohl auf den baulichen als auch sozioökonomischen Status der verschiedenen Quartiere in Sofia wird im Gespräch mit Fachleuten offensichtlich. Stadtplanungsfachleute äußern jedoch auch Kritik an der eingeforderten Ausweisung der drei Gebietstypen im Allgemeinen und der Stadtgebietsklassifizierung im Besonderen. Die Fokussierung auf einzelne benachteiligte Quartiere wird hierbei auch in Frage gestellt (vgl. Expertinneninterviews EXP 1; EXP 4). Durch dieses Vorgehen würden keine stadtsspezifischen Diskurse über notwendige Praktiken einer Stadterneuerung beziehungsweise Formen einer sozialen Stadtentwicklung generiert und ein gesamtstädtischer Entwicklungsansatz ausgeschlossen.

Generell werden die drei Zonentypen – *zone with potential for economic development*, *zone of public functions with high public importance* und *zone of social nature* – als verbindliche Vorgaben begriffen, mit denen die lokalen Stadtplanerinnen und -planer arbeiten müssen, jedoch ohne eigene Vorstellungen von einer für Sofia angemessenen Stadterneuerungspraxis einbringen zu können. Der Handlungsspielraum würde ausschließlich in der räumlichen Ausweisung der Zonen bestehen. Eigens für die *zone of social nature* formuliert eine Mitarbeiterin des Planungsbüros Sofproect Masterplan den Kritikpunkt, dass die Festlegung eines einzigen Gebietes nicht den Entwicklungserfordernissen Sofias gerecht würde (vgl. Expertinneninterview EXP 1). Sofia weise einen enormen gesamtstädtischen Stadterneuerungsbedarf auf, der nicht auf einen Entwicklungsraum mit wenigen Wohngebieten beschränkt werden könne.

Drittens sind mit der Erstellung des *Integrated Plan* neue Hoffnungen verknüpft, die nicht nur mit der investiven Stadterneuerung verbunden sind. Vielmehr wird der *Integrated Plan* seitens der lokalen Stadtplanungsfachleute als Chance begriffen, ressortübergreifende und partizipative Arbeitsweisen in der Stadtentwicklung zu realisieren und somit das angestrebte Leitbild einer integrierten Stadtentwicklung auch für Sofia zu verwirklichen (vgl. Expertinneninterviews EXP 1 – 2; EXP 4). Dementsprechend besteht die Chance, Planungskulturen in Sofia losgelöst von *Top-down*-Ansätzen zu stärken (siehe Kapitel 5.1.3). Entsprechend sieht eine leitende Mitarbeiterin der Architektur- und Stadtplanungsbehörde den *Integrated Plan* als eine wünschenswerte Erweiterung der bisher ausschließlich praktizierten Flächennutzungs- und Masterplanung an (vgl. Expertinneninterview EXP 2). In ihren Augen würden somit neue Möglichkeiten geschaffen, um

gezielt in einzelnen Gebieten Synergien zu fördern sowie unterschiedliche Lebensbereiche der Bewohnerinnen und Bewohner (zum Beispiel Wohnen, Arbeiten, Sport, Ausbildung, Arbeit) zu entwickeln.

Gerade im Erarbeitungsprozess des *Integrated Plan* zeigt sich, dass die Gebietsfestlegungen sowie die Zielsetzungen und die Maßnahmenkataloge für die einzelnen Zonen beziehungsweise deren Teilgebiete ressortübergreifend und partizipativ erarbeitet wurden. Im finalen Plan dokumentierten die Autorinnen und Autoren die einzelnen Schritte von Beteiligungsformaten im Detail (vgl. Sofia Municipality 2013). Insgesamt organisierten die verantwortlichen Planerinnen und Planer 110 Veranstaltungen sowie unterschiedliche Beteiligungsformate, um sowohl die einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner der möglichen Fördergebiete als auch diverse zivilgesellschaftliche sowie marktwirtschaftliche Interessenvertretungen, unterschiedliche Fachbehörden und Verwaltungsebenen zu beteiligen. Fragwürdig bleibt jedoch, inwieweit langfristige operative, partizipative und ressortübergreifende Quartiersentwicklungsprozesse in Sofia angestoßen wurden. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des *Integrated Plan* 2013 hatte die Stadtverwaltung trotz des intensiven und komplexen Beteiligungsverfahrens im Erarbeitungsprozess des *Integrated Plan* noch keine langfristigen kooperativen Arbeitsweisen für die Umsetzung dieses Plans ausarbeitet. Offenbar fehlten der Verwaltung zu diesem Zeitpunkt konkrete Strategien für eine integrierte Quartiersentwicklung in den unterschiedlichen Wohnquartieren der *zone of social nature*. Es wurden beispielsweise keine Konzepte für ein Quartiersmanagement, für eine sozialräumliche Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungseinheiten und Fachbehörden sowie für langfristige Beteiligungsformate für die ansässige Bevölkerung veröffentlicht.

6.2 Netzwerkaktivitäten in der Stadtentwicklung

Sofia profitiert nicht nur von der EU-Förderung für Aufgaben der Stadtentwicklung und -erneuerung im Rahmen der Kohäsionspolitik, sondern beteiligt sich auch an anderen von der EU unterstützten Fördermaßnahmen und Stadtentwicklungsstrategien. Hierzu zählt die Teilnahme an europäischen Städtenetzwerken, die zum Ziel haben, die Zusammenarbeit der Städte in der EU zu stärken, die kommunalen Regierungen im EU-Mehrebenen-System zu aktivieren und u. a. auch die

Praxis der integrierten Stadtentwicklung zu fördern. Vor allem die URBACT-Initiative der EU nimmt sich des Aufbaus von Städtenetzwerken und somit der Unterstützung des praxisorientierten Austausches zwischen einzelnen Städten innerhalb der EU an. Die grundsätzlichen Fördermechanismen im Rahmen der URBACT-Initiative und ihre Einbettung in die Förderlogik der EU habe ich bereits in Teilkapitel 2.3.3 dargelegt. In diesem Kapitel möchte ich die Partnerschaft Sofias im URBACT-Netzwerk CoNet ((Social) Cohesion Network) darstellen und analysieren, das sich von 2008 bis 2011 dem Thema der Armutsbekämpfung in benachteiligten Quartieren widmete.

Das Netzwerk CoNet diente dem Erfahrungsaustausch zwischen elf europäischen Städten und befasste sich mit den Leitideen einer integrierten Stadtentwicklung und mit Mechanismen des Quartiersmanagements.⁶⁹ Hierbei fokussierte das Netzwerk die Entwicklung benachteiligter Quartiere in den jeweils partizipierenden Städten (vgl. CoNet 2011; vgl. Expertinneninterview EXP 12). In der vierjährigen Netzwerkarbeit agierte speziell die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin als *Lead Partner*. Sie übernahm in Zusammenarbeit mit einem *Lead Expert*,⁷⁰ der das Projekt durch seine fachliche Expertise unterstützte, die Leitung des Netzwerkes, setzte die inhaltlichen Schwerpunkte und koordinierte die Kooperation zwischen den einzelnen Partnerstädten.

Im Mittelpunkt der Netzwerkarbeit sollte die Diskussion über die Verbesserung von Teilhabechancen der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen und städtischen Leben stehen; außerdem sollten die Herausforderungen einer sektorübergreifenden und partizipierenden Nachbarschaftsentwicklung thematisiert werden. Ausgangspunkt war hier ein multidimensionales Armutsverständnis: *„Poverty is complex, multi-layered and not only based on the fact that those affected do not have enough money. [...] Integrated urban policies are area based. They reflect the complexity of urban life in a different way compared to only sector based traditional administration“* (CoNet 2011, S. 9). Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich der Austausch innerhalb von CoNet zum einen explizit auf sechs Handlungs- und

69 Folgende Städte waren Teil des Netzwerks: Berlin (Deutschland, *Lead Partner*), Malmö (Schweden), Apeldoorn (Niederlande), Brüssel (Belgien), Liverpool (England), Gijón (Spanien), Vaulx-en-Velin (Frankreich), Palermo (Italien), Sofia (Bulgarien), Alba Julia (Rumänien), Zabrze (Polen).

70 R. Weeber, Soziologin und Professorin an der HfWU Stuttgart, besetzte die Position des *Lead Expert*.

Themenfelder, die als wichtige Ansatzpunkte einer Quartiersarbeit in benachteiligten Stadtteilen aufgefasst wurden. Diese sechs Felder definierten der *Lead Expert* und der *Lead Partner* wie folgt: Zugang zu Bildung, Zugang zu Arbeit, Förderung des Nachbarschaftslebens, Verbesserung des Wohnumfeldes, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Zugang zum Gesundheitssystem (vgl. CoNet 2011, S. 9; siehe auch Abb. 7.1). Ausgehend von diesen Schwerpunkten wurden u. a. in den jeweiligen Städten thematische Tagungen mit den Projektpartnern organisiert und besondere Modellprojekte aus den partizipierenden Städten vorgestellt. Zum anderen stand die Annäherung an partizipierende und ressortübergreifende Arbeitsweisen in der Quartiersarbeit im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches (vgl. CoNet 2011, S. 9; siehe Abb. 7.1).

Sofia wurde auf Initiative des *Lead Partner* Berlin als Partnerstadt in die CoNet-Initiative aufgenommen (vgl. Expertinneninterview EXP 12). Am Beispiel der Roma-Siedlung Fakulteta sollten innerhalb des Netzwerks insbesondere Ansätze einer integrierten Quartiersentwicklung für diese Siedlung diskutiert und auch entwickelt werden. Vier Aspekte – das Netzwerk als Impulsgeber, Sofia als *lernende Stadt*, die Plattform der politischen Sensibilisierung und das Thema der Repräsentation Bulgariens in der EU – möchte ich im folgenden Teilkapitel herausarbeiten, um zum einen Funktionen des Netzwerkes zu erklären und zum anderen die Erfolge des Netzwerkes für die Quartiersentwicklung darzustellen.

6.2.1 Das URBACT-Netzwerk CoNet zwischen Repräsentation und Problemlösung

Mit der Initiierung des Netzwerks CoNet in Sofia war hauptsächlich das Anliegen verbunden, Impulse für neue Stadtentwicklungspraktiken speziell in den Roma-Siedlungen zu gewinnen. Die Roma-Siedlung Fakulteta gilt als ein besonders benachteiligtes Quartier einer ethnischen Minderheit in Sofia (siehe Teilkapitel 4.2.2) und wurde dementsprechend als unterstützenswertes Quartier in die Netzwerkarbeit eingebracht. Die Stadtverwaltung formulierte jedoch den Wunsch, aus der Netzwerkarbeit resultierende, neue Erkenntnisse sowie innovative Projekte im Bereich der Quartiersentwicklung langfristig für andere Siedlungsbereiche fruchtbar zu machen (vgl. Expertinneninterview EXP 11). Hierbei stand die Erwartung im Vordergrund, auf unterschiedlichen Fachbereichs- und

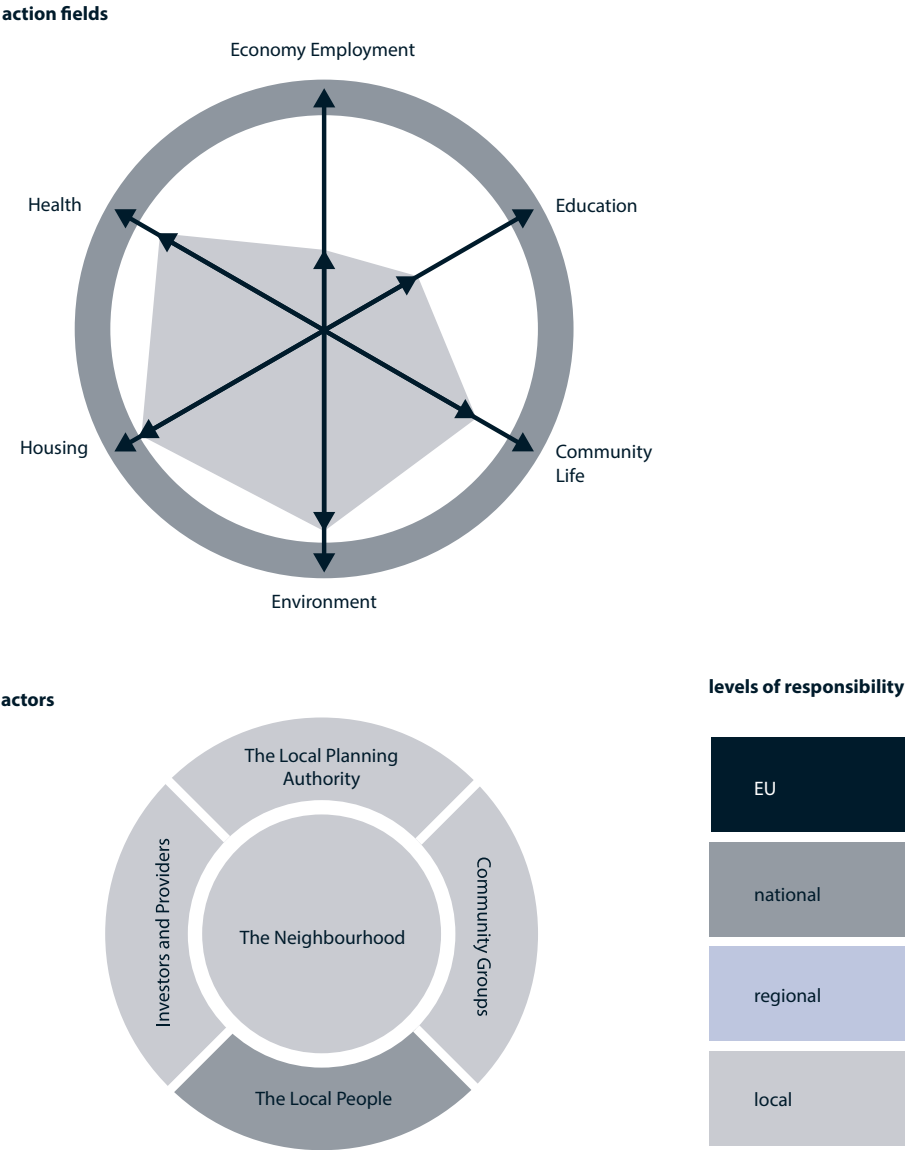


Abb. 7.1: *Integrated approaches:* Handlungsfelder, Akteure und Verantwortungsebenen der integrierten Stadtteilentwicklung als Leitlinien in CoNet (Quelle: CoNet 2011, S. 9)

Steuerungsebenen der lokalen Verwaltung Diskussionen anzuregen, um bisherige Handlungsansätze in der Stadtentwicklung zu verbessern.

Die CoNet-Koordinatorin Sofias stuft ausdrücklich den sogenannten City-to-City-Project-Support und die Thematic Meetings als wichtige Impulsgeber für Sofia ein (vgl. Expertinneninterview EXP 11).⁷¹ Sie weist darauf hin, dass Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern aus diversen Zuständigkeitsbereichen die Möglichkeit eröffnet wurde, an unterschiedlichen Plattformen des Erfahrungsaustausches teilzunehmen und sich somit Projekte und Verfahrensabläufe in anderen europäischen Städten zu erschließen (vgl. Expertinneninterview EXP 11). Dadurch sollten die gesammelten Erkenntnisse Eingang in die verschiedenen Abteilungen der Verwaltung finden. Durch das Netzwerk erhielt Sofia neue Anreize zum Umgang mit der Armutsproblematik in den Wohnquartieren der Roma und konnte darüber hinaus von den Netzwerkstädten mit langjährigen Erfahrungen in der Quartiersentwicklung profitieren. Speziell stellte die CoNet-Koordinatorin Sofias ein Projekt aus der Partnerstadt Appledorn heraus und stufte die dort betriebene Entwicklung von Gemeinschaftszentren (*community centres*) als einen möglichen gewinnbringenden Ansatz für Roma-Siedlungen in Sofia ein.

Insgesamt wurde Sofia mit den Entwicklungspraktiken der westeuropäischen Partnerstädte konfrontiert. Dies ergab sich zum einen durch die Wahl der Partnerstädte im *City-to-City-Project-Support*; hier kooperierte Sofia intensiv mit Appledorn. Zum anderen nahm der *Lead Partner* Berlin eine leitende Position bei der Vermittlung von inhaltlichen

71 Der *City-to-City-Project-Support* wurde in der Netzwerkarbeit als ein *Kurzzeitpraktikumsprogramm* definiert. Das Programm ermöglichte den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Partnerstädte Besuche in anderen Netzwerkstädten und die gezielte Begutachtung einzelner Projekte oder Formen der Quartiersarbeit (vgl. Expertinneninterview EXP 12). Die *Thematic Meetings* können als klassische Tagungs- und Konferenzformate definiert werden. Diese wurden jeweils in den elf Städten durchgeführt und fokussierten sich auf ein für die Netzwerkarbeit relevantes Thema, das sich auf eines der sechs definierten Schwerpunkte (siehe oben) beziehen sollte. In Abstimmung mit dem *Lead Partner* und dem *Lead Expert* fand jedoch eine Fokussierung auf einen besonderen Aspekt innerhalb dieser Schwerpunkte statt (vgl. Expertinneninterview EXP 12). Beispielsweise wurden innerhalb der Tagungen folgende Subthemen erörtert: Aufbau von Gemeinschaftszentren (*community centres*), Übergang von Schule zu Beruf, Jugendarbeit im Quartier, Aufbau von Beratungsangeboten für spezifische Zielgruppen (Familien etc.), besondere Finanzierungsmodelle. Wichtig war hier ein Bezug zu bestehenden Projekten der einzelnen Partnerstädte.

Quartiersentwicklungsansätzen ein. Demnach verstand sich Sofia im Netzwerk in erster Linie als *lernende Stadt* (vgl. Expertinneninterview EXP 11).

Sofia sah zudem das Netzwerk auch als eine herausragende Chance, eine Sensibilisierung innerhalb der EU für die gravierende Armutsproblematik der bulgarischen Roma-Minderheit zu fördern. Die angestrebte Verbesserung der Lebenslagen der Roma stuft die beauftragte CoNet-Koordinatorin Sofias (vgl. Expertinneninterview EXP 11) zwar bereits als ein vorrangiges Thema in der Stadtpolitik Sofias ein. Dementsprechend knüpften die verantwortlichen Netzwerkbeauftragten aus Sofia an schon bestehende Diskussionsstränge über Aufgaben der Inklusion der Roma an. Jedoch sind gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen der postsozialistischen Transformationskrisen auf die Roma (siehe Teilkapitel 4.1 und 4.2.2) für diese Bevölkerungsgruppe weitere Hilfeleistungen seitens der EU vonnöten (vgl. Expertinneninterview EXP 11). Besonders im Rahmen der Abschluss-tagung des CoNet-Netzwerkes betonten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sofia ausdrücklich, dass Bulgarien nicht in der Lage sei, die Inklusion der Roma alleine zu bewerkstelligen. Das Netzwerk wurde somit auch als eine Plattform verstanden, um akute politische Themen zu diskutieren. Hierbei wurde offensiv um weitere Hilfeleistungen der EU geworben. Die verantwortliche CoNet-Koordinatorin Sofias formuliert dieses Anliegen in Form eines an die EU adressierten Appells wie folgt: *„Es ist wichtig für Europa, unsere Probleme zu kennen. [...] Also wir machen, was wir können für die Integration dieser Bevölkerung [Roma-Minderheit, die Verf.], aber Europa muss uns auch noch mehr helfen, damit wir diese Integrationsaufgabe besser bewältigen können“* (Expertinneninterview EXP 11).

Daneben stellte die Repräsentation Sofias als Hauptstadt Bulgariens innerhalb der EU eine weitere wichtige Motivation für die Teilnahme am URBACT-Netzwerk dar. Sofia nutzte das Netzwerk als *Bühne*, um sich der EU als neues Mitglied und als eine aktive, ambitionierte Stadt zu präsentieren. Eine Verwaltungsmitarbeiterin in ihrer Funktion als CoNet-Koordinatorin stellt in diesem Zusammenhang heraus, dass die Eingliederung Sofias als Hauptstadt Bulgariens in die EU eine große Herausforderung sei und die Stadt sich sichtbar in der EU positionieren möchte (vgl. Expertinneninterview EXP 11). Dem Netzwerk wird somit eine wichtige politische Funktion zugeschrieben, die über eine reine Arbeitsgemeinschaft zu Themen wie neue Konzepte der Stadtteilentwicklung oder neue Strategien für die Inklusion der Roma-Minderheit hinausgehen. Dieser wichtige Stellenwert des URBACT-Netzwerkes in der Stadtpolitik Sofias zeigte sich auch in der

Beteiligung politischer Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie hoher Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter an der Netzwerkarbeit. Die Beteiligung politischer Akteurinnen und Akteure war ein Spezifikum der teilnehmenden Städte aus Osteuropa (vgl. Expertinneninterview EXP 12).

Abschließend stellt sich die Frage, inwieweit sich aus der Netzwerkarbeit auch eine langfristige Handlungspraxis für neue Quartiersentwicklungsverfahren in Sofia etablieren konnte? Grundsätzlich wurden durch die URBACT-Netzwerkinitiative CoNet Anregungen gegeben, um neue Entwicklungsprozesse anzustoßen. Dazu fand vor allem eine Konklusion des Wissenstransfers in einem abschließenden Kongress in Berlin sowie in der Veröffentlichung eines gemeinsamen Leitfadens – dem *CoNet's Guide to Social Cohesion* – statt (vgl. CoNet 2011). Dieser *CoNet's Guide* beinhaltet sieben Leitlinien, die sogenannten *Core Tasks*, die sowohl für die Politik und die Verwaltung als auch für weitere zivilgesellschaftlich engagierte Gruppen in den einzelnen Städten als Orientierungsrahmen dienen können und sollen.⁷² Eine Übersetzung in die jeweiligen Landessprachen wurde zu diesem Zweck vorgenommen. Die CoNet-Koordinatorin Sofias würdigt den Leitfaden dahingehend, dass dieser ein besonderes Ergebnis der Zusammenarbeit der teilnehmenden Städte sei sowie für die Stadtverwaltung Sofias einen neuen Orientierungsrahmen für die zukünftige Quartiersentwicklung, nicht nur in Roma-Siedlungen, darstellen könne. Er biete eine Chance, neue Debatten zur Quartiersarbeit anzuregen und die große Bedeutung einer multidimensionalen und partizipativen Nachbarschaftsentwicklung in das Bewusstsein der Stadtpolitik zu tragen. Zudem verpflichteten die URBACT-Richtlinien die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den einzelnen Städtenetzwerken, zum Abschluss ihrer mehrjährigen Arbeit, einen sogenannten *Local Action Plan (LAP)* für die jeweils im Netzwerk erforschten Entwicklungsgebiete zu erarbeiten, was auch die

72 Folgende sieben Leitlinien wurden formuliert: „(1) *Improve inclusion in all important fields of Life! Proceed as comprehensively as possible!* (2) *Include and motivate everybody able to contribute and give citizens an active role, especially also young people!* (3) *Strengthen inhabitants' local networks and their feeling of being at home in the neighbourhood!* (4) *Open up and adapt amenities and services to inhabitants' needs, so that also disadvantaged persons find access!* (5) *Youth and Children first – draw on their potentials and strengthen intergenerational understanding!* (6) *Reduce segregation – develop the inhabitants' quality of life and undertake efforts to overcome prejudices!* (7) *Better the neighbourhoods' connections to the whole city and boost the city's solidarity with the neighbourhood!*“ (CoNet 2011, S. 7).

Umsetzung von Projektideen in die einzelnen Partnerstädte beinhaltet (vgl. URBACT 2007 und vgl. Expertinneninterview EXP 12). In diesem Plan sollten konkrete Projektansätze, Verfahrensprozesse und auch Finanzierungsmodelle ausformuliert werden. Gelder für die Umsetzung dieser Pläne stellte URBACT jedoch nicht zur Verfügung.

In Sofia wurde zum Abschluss der Netzwerkarbeit neben dem *CoNet's Guide to Social Cohesion* auch der *Local Action Plan* für die Entwicklung der Roma-Siedlung Fakulteta veröffentlicht. In der knapp 15-seitigen englischen Zusammenfassung führen die verantwortlichen Autorinnen und Autoren die zentralen Handlungsfelder der Entwicklung von Fakulteta auf,⁷³ konkretisieren Zielsetzungen mit entsprechenden Maßnahmen sowie Akteurskonstellationen und stellen Methoden der Umsetzung dar (vgl. Sofia Municipality o. J.). Eine explizite Bestandsaufnahme und -analyse der spezifischen Siedlungsstrukturen Fakultetas ist jedoch nicht enthalten. Ferner sind die Maßnahmen sehr allgemein formuliert. Auch die zu involvierenden Akteurinnen und Akteure werden nur in ihren Funktionen (Schulen, NGOs etc.) und nicht namhaft als lokale Kooperationspartner aufgeführt. Insgesamt ist eine umsetzungsorientierte Ausformulierung des *Local Action Plan* nicht erkennbar. Dies ist zum einen durch fehlende finanzielle Mittel und ungenügende quartiersbezogene Verwaltungsstrukturen bedingt. Zum anderen fehlt eine konkrete Strategie zur Einbindung der einzelnen Gruppen von Akteurinnen, Akteuren, Bewohnerinnen und Bewohnern der Roma-Siedlung in einen Entwicklungsprozess. Konkrete Handlungserfolge durch den *Local Action Plan* sind somit für die Siedlungsentwicklung in Fakulteta vorerst nicht erkennbar. Ob darüber hinaus der *CoNet's Guide to Social Cohesion* eine neue Praxis der Quartiersentwicklung für Roma-Siedlungen im Allgemeinen eingeleitet hat, war nach Abschluss meiner Forschungsaufenthalte nicht absehbar.

73 Im *Local Action Plan* formuliert die Stadtverwaltung folgende sechs zentrale Handlungsfelder: „Effective model for educational integration“, „Increased healthcare awareness“, „Sustainable social inclusion and effective prevention of social exclusion“, „Implementation of municipal infrastructure program“, „Communications strategy and anti-discrimination policy“, „Intercultural dialogue“ (vgl. Sofia Municipality o. J., S. 4).

6.3 Funktionen der EU in der Stadtentwicklungspolitik Sofias

Die EU eröffnete mit ihren Instrumenten – Strukturfondsförderung und Netzwerkarbeit – neue Perspektiven für Stadtentwicklungsprozesse in Sofia. Insgesamt stechen in der aktuellen Stadtentwicklungspolitik Sofias zwei zentrale Funktionen der EU heraus – die EU als *Geldgeberin* und als *Strategin* –, die ich im Folgenden konkretisiere.

Bedeutend ist die Funktion der EU als *Geldgeberin*, die sie speziell durch ihre Strukturfondsförderung erfüllt. Somit wird sie dem im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik angestrebten Solidaritätsprinzip gerecht und unterstützt Regionen in Bulgarien, die sie in ihrer Förderklassifizierung als *weniger entwickelte Regionen* einstuft (siehe Teilkapitel 2.3.2; siehe Abb. 1.1). In Sofia ermöglicht die EU in erster Linie durch die Bereitstellung von Subventionen die Bewältigung von Stadterneuerungsaufgaben und unterstützt dementsprechend das lokale Handlungsfeld der *Stabilisierung der Stadt* (siehe Teilkapitel 5.1.2). Gerade dieses Handlungsfeld ist aufgrund der dominierenden Debatte über suburbane Stadtentwicklungsdynamiken und regulative Planungsverfahren bisher in der lokalen Stadtplanung Sofias nur nebensächlich behandelt worden (siehe Teilkapitel 5.1.1). Das Spektrum der Förderung ist – wie bereits dargestellt – breit angelegt und bedient sowohl den Aufbau und die Erneuerung von zentralen Infrastrukturen als auch punktuelle energetische Sanierungen des Wohnungsbestandes. Dies gilt für beide Förderperioden, auch wenn die seit 2014 laufende zweite Förderperiode durch einen gebietsbezogenen Ansatz definiert ist. Dementsprechend nutzt die Stadt Sofia die Strukturmittel der EU für eine Stadterneuerung, die im postsozialistischen Sofia bisher nur schwer eingeleitet werden konnte beziehungsweise nur als ein wünschenswertes Handlungsfeld benannt wurde (siehe Teilkapitel 5.1.2).

In Abgrenzung zu ihrer Funktion als *Geldgeberin* agiert die EU in Sofia auch als *Strategin* und zwingt die Stadtverwaltung, sich mit neuen Konzepten in der Tradition der integrierten Planung auseinanderzusetzen. Die EU vermittelt sowohl durch ihre angewandte Kohäsionspolitik in der zweiten Förderperiode (Erstellung des *Integrated Plan*) als auch durch ihre Unterstützung von themenspezifischen Netzwerken wie CoNet in Sofia Praktiken einer integrierten Stadtentwicklung. Der Fokus liegt auf einer gebietsbezogenen Stadtentwicklungs- und Erneuerungspraxis. Hierbei wird die EU ihrem Anspruch gerecht, die Unterstützung von benachteiligten Quartieren zu

forcieren (siehe Teilkapitel 2.1). Gleichzeitig ist sie bestrebt, das etablierte Leitbild einer integrierten Stadtentwicklung umzusetzen (siehe Teilkapitel 2.3). Damit verbunden sind – wie ausführlich dargestellt – die ressourcenbündelnden Arbeitsweisen und die Einführung einer sektorenübergreifenden sowie partizipierenden Stadtteilentwicklung, die sowohl investive als auch nicht investive Projektansätze in den einzelnen Gebieten kombinieren soll. Stadtpolitik und -verwaltung Sofias sind somit gezwungen, neue Planungspraktiken zu erproben, Leitbilder der EU für integrierte Stadtplanungsansätze umzusetzen und hierbei auch die Stabilisierung von benachteiligten Quartieren anzugehen. Die EU als *Strategin* setzt sich für eine in ihrem Sinne gute Planung ein und greift in lokale Handlungsansätze der Stadtplanung Sofias ein. Damit unterstützt die EU in spezifischer Weise die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung im städtischen Raum, auch wenn konkrete Erfolge dieser Maßnahmen im Zeitraum meiner Forschung noch nicht benannt werden konnten. Gleichzeitig regt sie auch unabhängig von Armutsphänomenen in der Stadt einen Diskurs über neue Planungspraktiken an. Vor dem Hintergrund der eingeforderten Debatte über eine *Aktivierung der Stadt* (siehe Teilkapitel 5.1.3) erfüllt die EU eine grundsätzlich wichtige Funktion in der Neustrukturierung der Sofioter Quartiersentwicklung.

7

Benachteiligte Quartiere und andere städtische Armutsmuster: Potenziale bekannter Strategien und neue Aufgabenfelder der EU

ENTSPRECHEND DER IN TEILKAPITEL 2.4 definierten Forschungslücke wird im Folgenden dargestellt, welche Relevanz benachteiligten Quartieren in Sofia als Kristallisationsorte für Armutsentwicklungen zugesprochen werden kann. Außerdem wird der Frage nach der Praxistauglichkeit der von der EU propagierten integrierten Stadtentwicklung (benachteiligter Quartiere) im postsozialistischen Sofia nachgegangen. Die in dieser Arbeit herausgearbeiteten Ergebnisse sind als Ausgangspunkt zu verstehen, von dem aus eine allgemeine Diskussion über das Leitbild der integrierten Stadtentwicklung in und für osteuropäische Städte geführt werden kann – wenngleich diese jeweils den spezifischen lokalen Zusammenhängen der einzelnen Städte angepasst werden muss.

Die Stadt beziehungsweise das einzelne Quartier nimmt im westeuropäischen Armutsdiskurs eine herausragende Rolle ein (siehe Teilkapitel 2.1). Entsprechend erachtet auch die EU das städtische Quartier als wichtiges Handlungsfeld der Armutsbekämpfung. In Osteuropa konzentriert sich hingegen die Armutsforschung bisher auf die Analyse gesamtgesellschaftlicher Phänomene der Armutsentwicklung (siehe Teilkapitel 2.2); der städtische Raum wird nicht spezifisch thematisiert. Das Fallbeispiel Sofia zeigt jedoch eindrücklich, dass Armutsentwicklungen für den städtischen Raum sehr wohl von großer Bedeutung sind und die Stadtentwicklung auf zwei verschiedene Arten prägen.

Wie anhand des Phänomens *Ausgrenzung der Roma* herausgearbeitet wurde (siehe Teilkapitel 4.2.2), müssen auch in Sofia einzelne Siedlungen als besonders benachteiligt eingestuft werden. In Sofia tritt die räumliche Aus- und Abgrenzung der Roma in eine Wechselbeziehung mit anderen Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen dieser Minderheit wie beispielweise

der eingeschränkten Teilhabe an Arbeit, Bildung oder Sozialsystemen (siehe Teilkapitel 4.1, 4.1.1). Bezüge zu der in Europa dominierenden Armutsdebatte, die auf die Einordnung multidimensionaler Armutslagen im Zusammenhang mit sozialräumlichen Segregationsmechanismen abzielt, sind offensichtlich (vgl. insbesondere Kronauer 2010; siehe Teilkapitel 2.1). Kategorien der Benachteiligung beziehen sich demzufolge genauso wie in der führenden europäischen Armutsdebatte auf physisch-materielle Merkmale, auf institutionelle Ressourcen der Roma-Siedlungen sowie auf die soziale und ökonomische Situation beziehungsweise die Teilhabechancen der einzelnen Roma-Familien (siehe Kapitel 4).

Darüber hinaus ist die Entstehung benachteiligter Quartiere in Sofia unmittelbar mit ethnischer Segregation verbunden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die ethnische Segregation zwischen Roma und Nicht-Roma historisch verankert ist. Roma-Siedlungen wurden – und werden bis heute – in Sofia als klar abgegrenzte, eigenständige Siedlungsformen wahrgenommen und ohne oder mit unzureichender kommunaler Entwicklungshilfe *sich selbst überlassen*. Es ergeben sich eindeutige Anknüpfungspunkte zur Debatte über Ghetto-Strukturen, wie sie in den USA im Kontext der *underclass*-Debatte geführt werden (siehe Teilkapitel 2.1). Die im europäischen Raum klar vertretene Haltung, dass keine Ghetto-Bildung im Zusammenhang mit der Entstehung benachteiligter Quartiere stattfindet (vgl. Wacquant 2006, S. 110–127), trifft auf Sofia nicht zu. Dementsprechend müssen gerade in Sofia bei der Erfassung sowie Bewertung von Roma-Siedlungen als speziell benachteiligte Quartiere rassistische Stigmatisierungen, räumliche Abgrenzungen beziehungsweise Ausgrenzungen einer ethnischen Minderheit und Armutsentwicklungen in einem Zusammenhang betrachtet werden. Roma-Siedlungen sind somit nicht nur Orte, an denen sich unterschiedliche Muster der Benachteiligung manifestieren. Sie sind auch oder gerade Orte, die Grenzziehungen zwischen Bevölkerungsgruppen in Bulgarien offenbaren. Einerseits repräsentieren diese Siedlungen schützende und integrierte Räume für die Roma-Minderheit, die den Zusammenhalt und eine selbstbestimmte Gemeinschaftsbildung stärken. Andererseits zeigt sich hier auch eine „erzwungene räumliche Einsperrung“ (vgl. Wacquant 2006, S. 136), die eine sichtbare Ausgrenzung aus der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft beinhaltet und auch eine Reproduktion von Armut nach sich zieht (vgl. Kronauer 2010, S. 70 und siehe Teilkapitel 2.1). Die Besonderheiten eines Ghettos, wie sie Wacquant aufzeigt, sind auch für die Roma-Siedlungen kennzeichnend: „Begrift man Ghettos als ein

Produkt und Instrument von Gruppenmacht, wird deutlich, daß es in seiner voll ausgebildeten Form eine 'janusköpfige Institution' ist. Denn es hat für beide Gruppen (jene im und jene außerhalb des Ghettos), [...], jeweils entgegengesetzte Funktionen. Für die dominierende Gruppe dient es der 'Abgrenzung und Kontrolle'; [...]. Für die anderen jedoch ist es eine 'integrierende und schützende Einrichtung' [...]. Ghettoa sind das Produkt einer veränderlichen und spannungsreichen Dialektik von äußerer Anfeindung und innerer Affinität, die sich in ambivalenter Weise im kollektiven Bewußtsein niederschlägt“ (2006, S. 136).

In diesem Zusammenwirken von Ghettoisierung und Mustern der Benachteiligung stellen Roma-Siedlungen ein herausforderndes Problemfeld für die Stadtplanung Sofias dar, das nach besonderen Handlungsansätzen verlangt. Grundsätzlich bedarf es der Förderung einer selbstbestimmten Siedlungsweise, um die wichtigen langjährigen Nachbarschafts- und Gemeinschaftsstrukturen zu respektieren, und gleichzeitig einer Minderung der sich räumlich manifestierenden Armutslagen. Hierbei steht insbesondere die Frage im Mittelpunkt, auf welche Weise ein Dialog zwischen der Roma-Minderheit und der lokalen Verwaltung Sofias stattfinden und aufgebaut werden kann, der verfestigte Stigmatisierungen und gegenseitiges Misstrauen durchbricht. Wie in Teilkapitel 5.1.2 ausgeführt, fand in Sofia insbesondere auf der Ebene der lokalen Stadtplanung bis zum EU-Beitritt keine Auseinandersetzung über partizipative Entwicklungsansätze statt. Stadtplanerinnen und Stadtplaner diskutierten ausschließlich eine physische Stadterneuerung anhand der Leitlinien einer Kahlschlagsanierung, die *top-down* durchgesetzt werden sollte.

Losgelöst von der auf einzelne Quartiere fokussierten Diskussion zeigt sich in Sofia deutlich, dass als Folge der ökonomischen Destabilisierung eines Großteils der Haushalte die Haus- und Wohnungsbestände akut vom Verfall bedroht sind (zum Phänomen der *allgemeinen Armut der Bevölkerung Sofias* siehe Teilkapitel 4.2.3).⁷⁴ Gerade aufgrund des auf privatem Einzel Eigentum basierenden Sofioter Wohnungsmarkts wirkt sich die postsozialistische Verarmung der Masse der Bevölkerung über den Verfall der bestehenden Wohnbausubstanz besonders auf die Stadtentwicklungsprozesse aus. Entscheidend ist hier, dass diese Entwicklungen sich nicht auf wenige Quartiere beschränken, sondern als gesamtstädtisches Phänomen

74 Siehe hierzu auch Teilkapitel 2.2 und Teilkapitel 4.1: Hier werden die typischen Mechanismen der Massenverarmung im Postsozialismus sowohl für den gesamten osteuropäischen Raum als auch ganz spezifisch für Bulgarien erläutert.

auftreten. So gehören in Sofia neben der umfassenden Stabilisierung einzelner problembelasteter Quartiere wie der Roma-Siedlungen die adäquate gesamtstädtische Wohnrauminstandsetzung und auch -versorgung zu den zentralen Herausforderungen, die im Kontext von Stadtentwicklung und Armutsbekämpfung angegangen werden müssen. Diese notwendige Neuausrichtung der Wohnungspolitik in Sofia stellt genauso wie die Stabilisierung des Arbeitsmarktes und der sozialstaatlichen Systeme einen wichtigen Ansatz für die Minderung von Armut dar. Jedoch wird gerade die Erneuerung der Haus- und Wohnungsbestände als eine kaum zu bewältigende – und darum bisher nicht angegangene – Aufgabe in der lokalen Stadtpolitik Sofias eingestuft (siehe Teilkapitel 5.1.2, *Stabilisierung der Stadt*).

Es kann also der Schluss gezogen werden, dass in Sofia zum einen Ausgrenzungs- und Armutsentwicklungen im Zusammenhang mit benachteiligten Quartieren in der besonderen Form von Ghettos auftreten. Zum anderen ist gesamtstädtisch ein physischer Verfall von Wohnungs- und Hausbeständen als direkte Folge von Armutsentwicklungen zu beobachten. Für die zukünftige Stadtentwicklung in Sofia bleibt außerdem die Frage offen, inwieweit abgesehen von den über Jahrhunderten bestehenden Roma-Siedlungen auch andere Typen von benachteiligten Quartieren entstehen und gerade auch Nicht-Roma von einer sozialräumlichen Segregation in Verbindung mit Armutsentwicklungen betroffen sein können. Fragen nach der Ausprägung einer weiteren sozialen und ökonomischen Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaft und nach einer damit einhergehenden fortschreitenden sozialen Polarisierung bleiben auch für Sofia relevant (siehe Teilkapitel 4.1). Gegenwärtig stellt in Sofia die Herausbildung exklusiver Wohngebiete und damit die *Abgrenzung der ökonomischen Eliten von der Masse* (siehe Teilkapitel 4.2.1) ein herausragendes Themenfeld in der Diskussion über die Auswirkungen neuer sozialer Ungleichheit auf die Stadtentwicklung dar. Eine sozialräumliche Segregation innerhalb der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft wird somit ausschließlich anhand des Rückzugs der ökonomischen Elite in ihre exklusiven Wohnensembles thematisiert und als Folge des postsozialistischen Umbruchs eingeordnet. Problematisiert wird in diesem Zusammenhang jedoch nicht die sozialräumliche Segregation der gutsituierten Bevölkerungsgruppen, sondern vielmehr die nicht regulierten und unkontrollierten Bebauungen, die u. a. mit der Errichtung der exklusiven Wohneinheiten einhergehen. Diese Thematik steht im Fokus der lokalen Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsdebatten, wie das

zentrale Handlungsfeld *Regulation der Stadt* zeigt (siehe Teilkapitel 5.1.1).

Gleichzeitig betonen die befragten Fachleute in Sofia, dass die Durchmischung verschiedener sozialer Gruppen innerhalb der einzelnen Quartiere und Hausgemeinschaften auch weiterhin die Norm im Stadtgebiet darstelle (vgl. hierzu Expertinneninterviews EXP 3 – 5; EXP 7 – 8). Dies ist speziell dadurch zu erklären, dass der Besitz einer Wohnung bis heute für viele Haushalte eine grundlegende ökonomische Absicherung darstellt und die räumliche Mobilität der Bevölkerung durch das Wohneigentum eingeschränkt wird. Ein Großteil der einzelnen Haushalte ist somit an ihren Wohnstandort gebunden, wodurch eine Abspaltung finanziell benachteiligter Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb des Stadtgefüges verhindert wird. Dies gilt in Sofia bisher auch für die Entwicklung innerhalb der randstädtischen Großwohnsiedlungen, die in der Literatur zur postsozialistischen städtischen Transformationsforschung generell als die Räume einer zu erwartenden sozialen Entmischung eingestuft werden (vgl. zum Beispiel Bartetzky 2010; Stanilov 2007, S. 183.; van Kempen et al. 2005).

7.1 Eine integrierte Planung für Sofia

Vor diesem Hintergrund spezifischer Armutsentwicklungen in Sofia hat das Leitbild der EU einer integrierten Planung (benachteiligter Quartiere) für die Neuausrichtung der Sofioter Stadtentwicklungspolitik durchaus seine Berechtigung. Vor allem bezüglich der als benachteiligt geltenden Roma-Siedlungen kann die EU mit ihren Leitlinien einer gebietsbezogenen, partizipativen und ressortübergreifenden Planung neue Entwicklungsimpulse setzen. Demnach übernimmt sie neben ihrer originären Funktion als Geldgeberin auch eine *strategische Leitung* und setzt sich offensiv für eine neue Planungskultur und -praxis ein (siehe hierzu auch Teilkapitel 6.3).

Durch die Aufnahme der Roma-Siedlung Fakulteta in den *Integrated Plan* sowie als Förderschwerpunkt in der Netzwerkarbeit CoNet sind hier bereits Ansätze erkennbar, wie die EU die Entwicklung von Roma-Siedlungen monetär und strategisch unterstützt. Hierbei stellt bisher die Subventionspolitik der EU das zentrale Instrument dar, um den bereits historisch verfestigten stadtstrukturellen Entwicklungsdefiziten in den Roma-Siedlungen zu begegnen. Die infrastrukturelle Stabilisierung der Siedlungen ist ein wichtiger erster Schritt; in der Roma-Siedlung Fakulteta werden zum Beispiel durch den *Integrated Plan* Finanzmittel für den punktuellen Ausbau

von technischen und sozialen Infrastrukturprojekten verwendet.⁷⁵ Die notwendige strategische Auseinandersetzung mit einer dialogischen sowie auf verschiedene Handlungsfelder bezogenen Quartiersentwicklung für Roma-Siedlungen wurde speziell durch das Netzwerk CoNet befördert und dadurch neue Planungsansätze der Sofioter Stadtverwaltung präsentiert (siehe Teilkapitel 6.2.1).

Es zeigen sich allerdings auch Schwierigkeiten gerade in der Umsetzung des Stadtentwicklungsleitbildes der integrierten Planung. So ist die im Leitbild erwünschte mehrdimensionale Quartiersentwicklung für Roma-Siedlungen in Sofia bisher nur unzureichend angewendet worden. Dies ist in folgenden Sachverhalten begründet: Erstens enthält der *Integrated Plan* hauptsächlich einen investiven Maßnahmenkatalog zur Aufwertung der Infrastrukturen speziell in der Siedlung Fakulteta und verfolgt keine alternativen Quartiersentwicklungsansätze. Zweitens konnte die als notwendig erachtete Wohnraumentwicklung aufgrund mangelnder Ressourcen und fehlender Kapazitäten in der Umsetzungscoordination nicht eingeleitet werden (vgl. Sofia Municipality 2013). Drittens ermöglichte auch die Netzwerkarbeit CoNet keine langfristigen neuen Quartiersentwicklungsverfahren für Roma-Siedlungen – trotz eines praxisorientierten Austausches zwischen einzelnen europäischen Partnerstädten und der Vermittlung genereller Lösungsansätze für komplexe Benachteiligungsmuster durch einen *Lead Expert*. Die Impulse durch das Netzwerk für eine sektorübergreifende sowie partizipierende Quartiersentwicklung und der Einsatz von integrierten Entwicklungskonzepten wurden zwar seitens der lokalen Stadtverwaltung gewürdigt und auch als notwendig anerkannt. Jedoch erfüllte das Netzwerk letztendlich hauptsächlich Repräsentations- und Sensibilisierungsaufgaben, um Bulgarien als aktives Mitglied in der EU zu positionieren und weitere monetäre Hilfeleistungen zur Bekämpfung der Armut der bulgarischen Roma-Minderheit einzuwerben. Eine politische Funktion des Netzwerkes stand demnach im Vordergrund. Die Umsetzung einer integrierten, lokal verankerten Quartiersentwicklung

75 Im Mittelpunkt stehen hier der Aufbau eines Straßennetzes, der Wasserversorgung und eines Abwassersystems. Als Schlüsselprojekte für soziale und gemeinwohlorientierte Infrastrukturen werden im *Integrated Plan* der Bau einer Polizeistation, einer Schulmensa, eines Gesundheitszentrums, eines Gemeinschaftszentrums in Verbindung zum angrenzenden Bezirk Krasna Poliana und eine Wohnnotunterkunft aufgeführt (vgl. Sofia Municipality 2013).

für Sofia spielte eher eine nebensächliche Rolle. Und viertens blieb ein Zusammenspiel der unterschiedlichen Förderinstrumentarien – in diesem Fall der Initiative CoNet und des *Integrated Plan* – aus. Eine gezielte Kombination oder auch nur eine Bezugnahme zwischen den unterschiedlichen EU-Förderansätzen für Roma-Siedlungen wurde bislang nicht geleistet. Dies gilt auch für die Einbettung von stadtplanerischen Maßnahmen in grundsätzliche politische Zielbestimmungen für die Integration der Roma in Bulgarien. Beispielsweise wird das Grundsatzpapier *Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013* nicht im Zusammenhang mit der Entwicklung von Roma-Siedlungen angewendet;⁷⁶ das zentrale Dokument war in den einschlägigen Kreisen der Stadtplanungsexpertinnen und -experten nicht bekannt.

Darüber hinaus erschweren die langjährigen ethnischen Divergenzen zwischen der Roma-Minderheit und der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft eine partizipative und komplexe Siedlungsentwicklung der einzelnen Roma-Siedlungen Sofias im Sinne der integrierten Stadtentwicklung. Hierzu zählen u. a. weiterhin fehlende Zugänge der Stadtverwaltung zu den Quartiersstrukturen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern, das Festhalten an Kahlschlagsanierungspraktiken und die Gleichgültigkeit der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber den bereits seit Jahrhunderten bestehenden Ghetto-Strukturen der Roma-Siedlungen. Vor diesem Hintergrund konnte die EU den Anstoß einer integrierten Planungspraxis sowohl durch die Netzwerkarbeit CoNet als auch durch den *Integrated Plan* für die Roma-Siedlungen in Sofia nicht zufriedenstellend leisten (siehe hierzu auch Kapitel 6). Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass unter der *strategischen Leitung* der EU eine wichtige Sensibilisierung für das alte, nicht im Fokus der Sofioter Öffentlichkeit stehende Thema der Entwicklung von Roma-Siedlungen vorangetrieben

76 Das Grundsatzpapier Sofias (*Municipal Strategy within the decade of Roma inclusion in Sofia 2007-2013*), das erst 2007 im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt veröffentlicht wurde und der Zielsetzung der Europäischen Kommission zur Stärkung der Integration von Roma in Europa Rechnung trägt, zeigt die komplexen Problemmuster für die in Sofia lebenden Roma auf und nimmt auch auf ihre multidimensionale Armuts- und Ausgrenzungserfahrungen Bezug. Das Dokument ist in erster Linie ein politisches Grundsatzpapier und formuliert generelle Zielsetzungen für die Verbesserung der Lebenslagen der Sofioter Roma. Eine praxisorientierte Operationalisierung der Zielsetzungen findet jedoch nicht statt; es werden keine gezielten Handlungsansätze für die Entwicklung der einzelnen Siedlungen und Siedlungsbereiche in Sofia erörtert.

werden konnte, jedoch aufgrund unzureichender Kooperation zwischen den einzelnen Akteurinnen und Akteuren sowie anhaltender Stigmatisierungsmechanismen die als notwendig erachtete integrierte Quartiersentwicklung nicht implementiert werden konnte.

Abgesehen von der fokussierten Unterstützung der Roma-Siedlungen können durch das Leitbild der integrierten Stadtentwicklung in Sofia überdies Aspekte der Quartiersentwicklung etabliert werden, die in bisherigen Planungsvorgängen keine Relevanz besaßen beziehungsweise von der Stadtpolitik und -verwaltung nicht ausreichend erprobt oder praktiziert wurden. So sind bislang wichtige Ansatzpunkte der integrierten Stadtentwicklung wie eine explizite Quartiersplanung in Form partizipativer Nachbarschaftsentwicklungen, der Aufbau lokaler Partnerschaften mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, Sozialraumplanungen, eine fokussierte qualitative Bestandsanalyse vorhandener Quartiersstrukturen und ein aktives Quartiersmanagement nicht ausreichend in die Planungsprozesse Sofias eingeflossen. Wie im Zusammenhang mit dem Handlungsfeld *Aktivierung der Stadt* ausgeführt (siehe hierzu Teilkapitel 5.1.3), werden diese Ansatzpunkte von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure wie auch Stadtentwicklungsexpertinnen und -experten zwar als für Sofia zukunftsweisend eingestuft. Jedoch wird der Diskurs über Stadtplanungsanforderungen im postsozialistischen Sofia vor allem von der Diskussion über die Anwendung klassischer Instrumente der Flächennutzungsplanung und Bauleitplanung dominiert. Das Handlungsfeld der *Regulation der Stadt* ist gegenwärtig zentral für die Neudefinition der Sofioter Stadtplanung und dementsprechend auch eine Auseinandersetzung mit Restitutionsansprüchen (siehe Teilkapitel 5.1.1); der Aufbau neuer dialogischer Planungskulturen steht hier nicht im Mittelpunkt.

Die EU kann als starke Partnerin für Sofia auftreten, indem sie die fehlenden dialogischen Planungsansätze festigt, neue Quartiersentwicklungsperspektiven aufzeigt und mit ihrem Leitbild der integrierten Stadtentwicklung eine neue Planungskultur in Sofia fördert. Ausdrücklich ordne ich die Zielsetzung der EU, lokale Partnerschaften zu stärken und die Stadtverwaltungen zu Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Kräften zu ermutigen, als große Chance für die Stadtentwicklung Sofias ein. Diese Grundsätze können für verschiedene Quartierstypen angewendet werden und müssen sich nicht nur auf die Entwicklung benachteiligter Quartiere beschränken. Speziell die Quartiere im suburbanen Raum Sofias brauchen

neue strategische sowie mehrdimensionale Entwicklungsansätze, die über gängige Flächenzuweisungen hinausgehen.

Allerdings stößt bis jetzt die durch die EU gewünschte Realisierung einer qualifizierten Quartiersentwicklung als generellem Stadtentwicklungsansatz in Sofia an ihre Grenzen. Dies zeigt sich bei der Umsetzung des *Integrated Plan*, der den Leitideen der EU in Bezug auf eine integrierte Planungspraxis Rechnung tragen soll. Diesen Plan betrachten die Planerinnen und Planer in erster Linie als investitionsbündelnden Stadterneuerungsansatz und nicht als Chance, neue innovative Stadtentwicklungspraktiken mit Hilfe der EU in Sofia einzuführen (siehe Teilkapitel 6.3). Die langfristige und selbstverständliche Durchführung neuer Planungsverfahren sowie die Etablierung eines praxisorientierten Quartiersmanagements vor dem Hintergrund des *Integrated Plan* sind bislang noch nicht erkennbar. Hier stehen noch Evaluierungsprozesse und Reflexionen der konkreten Anwendung dieses Planes aus. Wie in Kapitel 5 erörtert, wird diese Ausrichtung dadurch begünstigt, dass die Planerinnen und Planer die investive Stadterneuerung als Voraussetzung für die *Stabilisierung der Stadt* ansehen, welche neben *Aktivierung* und *Regulation der Stadt* ein weiteres wichtiges Handlungsfeld in der Stadtplanung Sofias darstellt. Die Verwaltung und die Politik Sofias sind somit aufgefordert, auch partizipative und dynamische Quartiersentwicklungsverfahren aus dem Leitbild der integrierten Planung in ihre alltägliche Praxis zu überführen und nicht nur eine investive Stadterneuerung mit Hilfe von Subventionsmitteln der EU zu betreiben. Der *Integrated Plan* soll entsprechend nicht nur als ein Instrument der Subventionsverteilung verstanden werden, sondern vor allem auch einen Ansatz vermitteln, der zur Etablierung einer neuen Planungskultur in Sofia führen soll.

7.2 Notwendiger Perspektivwechsel: Ein Fokus auf die Wohnungspolitik

Trotz seiner Potenziale stößt das von der EU propagierte Leitbild der integrierten Stadtentwicklung speziell in Sofia an seine Grenzen. Die EU wäre gut beraten, sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Stadtpolitik auch anderen Handlungsperspektiven zu öffnen. Ausdrücklich ist der mit der Einführung einer integrierten Stadtentwicklung von der EU auferlegte gebietsbezogene Entwicklungsansatz zu hinterfragen. Vor dem Hintergrund

des zentralen Phänomens der *allgemeinen Armut der Bevölkerung Sofias* (siehe Teilkapitel 4.2.3) muss die Debatte in Sofia wieder auf eine gesamtstädtische Ebene gelenkt werden. Insbesondere gilt es in der Stadtpolitik Sofias, der Wohnungspolitik mit dem Schwerpunkt Wohnrauminstandsetzung Aufmerksamkeit zu widmen und entsprechende Maßnahmen nicht auf einzelne Gebiete zu beschränken.

Die EU unterstützt in Sofia – während der ersten Förderperiode von 2007 bis 2013 wie auch in der aktuellen Strukturfondsförderung – zwar auch Sanierungsprojekte von Wohngebäuden und zielt hier explizit auf eine energetische Sanierung ab (siehe hierzu Kapitel 6). Die Subventionen der EU können daher als erwünschte Hilfeleistungen eingestuft werden, die einen allgemeinen Stadtverfall bekämpfen, der auf unterschiedlichen Ebenen einer monetären Armut geschuldet ist. Prozesse der notwendigen Stadterneuerung, insbesondere der Wohnraumsanierung, die seitens der lokalen Stadtpolitik als kaum zu bewältigendes Handlungsfeld problematisiert wurden, werden damit angestoßen (siehe hierzu *Stabilisierung der Stadt*, Teilkapitel 5.1.2). Jedoch agiert die EU hier nur punktuell oder gebietsbezogen und regt keine gesamtstädtische Diskussion über eine angemessene Wohnungserneuerungspolitik an. Gerade durch die aktuelle, dem Leitbild einer integrierten Planung insbesondere für benachteiligte Quartiere entsprechende Fokussierung auf eine gebietsbezogene Stadtentwicklung, welche die lokale Stadtpolitik mit der Umsetzung des *Integrated Plan* in Sofia aufgreift, wird das gesamtstädtische Problemfeld der Wohnungsversorgung nicht mehr als ein eigenständiges und wichtiges Stadtentwicklungsfeld gesehen und behandelt.

Im Falle Sofias muss die EU demzufolge neben der Etablierung integrierter Planungsverfahren für einzelne Quartiere den Fokus ihrer Stadtpolitik auch auf das Feld der gesamtstädtischen Wohnraumversorgung und -entwicklung lenken. Was hierbei fehlt, sind entsprechend meiner Analysen in erster Linie umfassende Wohnraumsanierungsstrategien. Zudem sollte der Diskurs aber auch dahingehend geöffnet werden, dass der Aufbau eines sozialen, staatlich geförderten Wohnungsbaus gestärkt wird, was die Initiierung von Neubauprojekten miteinschließt. Zurzeit sind beide Felder – Wohnraumsanierungen und Wohnraumproduktion – hauptsächlich von privaten Initiativen beziehungsweise privaten Märkten abhängig. Kommunale und staatliche Stellen nehmen in diesen städtischen Aufgabenfeldern keine aktive Position ein. Dies ist insbesondere eine Folge des Systemumbruchs; bis heute konnte sich in Bulgarien und in Sofia keine neu definierte

sozialverträgliche Wohnungspolitik durchsetzen. Vesselinov führt dies bereits 2004 auf folgende Gründe zurück: „*This new transitory regime, endemic to the period of market transition, is characterised by: the withdrawal of the central state from subsidising the housing sphere; [...]; the proliferation of private construction companies; [...]; the escalation of housing and utility prices; and the restricted access to housing finance*“ (2004, S. 2616). Somit müssen zum einen die Möglichkeiten der Versorgung der Masse der Bevölkerung mit Wohnraum neu gedacht werden. Die im Postsozialismus ausschließlich dem Markt sowie privaten Akteurinnen und Akteuren überlassene Wohnungsproduktion, die insbesondere die ökonomischen Eliten bedient (siehe Teilkapitel 4.2.1), muss aufgebrochen und staatliche Institutionen wieder stärker in die Wohnraumbereitstellung eingebunden werden.⁷⁷ Es kann insbesondere an die bereits bestehenden Forschungsstränge in Bulgarien angeschlossen werden (vgl. Vesselinov 2004; Tsenkova 1996), die den Umbruch von staatlich in marktwirtschaftlich geleitete Wohnungsmärkten beschreiben. Zum anderen sollte die Kooperation zwischen privaten Haus- und Wohnungseigentümern und den kommunalen sowie staatlichen Institutionen in Bezug auf Sanierungsstrategien gestärkt und systematisch ausgelotet werden. Vor diesem Hintergrund könnte die EU sich in Zusammenarbeit mit nationalen Akteurinnen und Akteuren sowie der lokalen Stadtverwaltung und -politik Sofias folgender Fragen annehmen: Inwieweit kann die auf Eigentum basierte Wohnraumentwicklung perspektivisch eine adäquate und qualitätsvolle Wohnraumversorgung für die Masse der Bevölkerung leisten? Wie kann langfristig ein geförderter sozialer Wohnungsbau in Sofia etabliert werden und welche Rolle übernehmen hierbei unterschiedliche staatliche Instanzen? Welche Grenzen zeigen sich in den bisherigen Sanierungspraktiken vor dem Hintergrund der allgemeinen Einkommensarbeit und wie müssen diese neu strukturiert werden?

77 In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass trotz des im sozialistischen Bulgarien vertretenen Grundsatzes, dass Wohnraum ein Menschenrecht darstelle und dementsprechend vom Staat gefördert und die Wohnraumvergabe reguliert werden müsse, auch eine Politik der Bevorzugung der politischen, militärischen, industriellen und auch intellektuellen Eliten in der Wohnraumvergabe bestand (vgl. Vesselinov 2004, S. 2612).

Abschließend kann festgestellt werden, dass die EU in ihren strategischen Ansätzen für die Entwicklung osteuropäischer Städte die lokalen Besonderheiten und somit auch die postsozialistischen Auswirkungen auf Stadtentwicklungen und -planung berücksichtigen sollte. Um den geforderten Perspektivwechsel hinsichtlich der Neudefinition einer gesamstädtischen Wohnungspolitik für Sofia zu unterstützen und anzustoßen, sollte die EU die Akteurinnen und Akteure der lokalen Stadtpolitik stärker einbinden und auch als aktive Partner qualifizieren. Gleichzeitig müssen sich gerade in Bulgarien die bezüglich Operationalisierung von EU-Leitbildern und Fördervorgaben federführenden nationalen Behörden mit den unterschiedlichen Stadtentwicklungsanforderungen der einzelnen Städte auseinandersetzen. Drei Punkte sollten hierbei Beachtung finden, die im Kontext des laufenden Diskurses über eine adäquate Stadtentwicklungspolitik der EU für die einzelnen Mitgliedsstaaten (siehe Teilkapitel 2.3.1) sowie der Anwendung konkreter Instrumente der Städteförderung (Netzwerkansatz und Strukturfondsförderung; siehe Teilkapitel 2.3.2, 2.3.3) stehen: Für eine stärkere Einbindung osteuropäischer Städte in die EU-Diskurse über Stadtentwicklungsanforderungen stellt erstens die Erarbeitung einer angestrebten *Urban Agenda for the EU* einen guten Ansatzpunkt dar.⁷⁸ In diesem Rahmen könnte eine Plattform geschaffen werden, um unterschiedliche Problem- und Interessenslagen der europäischen Städte zu erkunden und speziell osteuropäische Besonderheiten der Stadtentwicklung zu integrieren. Zweitens zeigt die Netzwerkarbeit durch URBACT Wege auf, wie unterschiedliche Partnerstädte in einen direkten Austausch über spezifische Probleme und ihre Bewältigung treten können. Hier müssen jedoch, wie das Beispiel des URBACT-Netzwerkes CoNet zeigt, gerade osteuropäische Städte nicht nur als lernende Partner auftreten, sondern aktiv eigene Themenfelder der Stadtentwicklung zur Diskussion stellen. Und drittens sind im Falle Bulgariens bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik und somit der Ausarbeitung der *Operational Programmes* die lokalen Akteurinnen und Akteure besser zu integrieren. Das nationale Ministry of Regional Development

78 Die Europäische Kommission veranlasste 2011, dass eine sogenannte *Städteagenda für die EU (Urban Agenda for the EU)* ausgearbeitet werden soll. Um eine umfassende Agenda veröffentlichen zu können, liegt hier der Fokus auf der Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedsstaaten. Außerdem steht u. a. die Definition zentraler und zukünftiger Handlungsfelder für die Stadtentwicklung in der EU im Mittelpunkt der Ausarbeitung. Der Erarbeitungsprozess ist noch nicht abgeschlossen (siehe hierzu auch Kapitel 1).

and Public Works Bulgariens muss die Städte aktiver in die Umsetzung der Strukturfondsförderung einbeziehen. Die vorliegende Arbeit zeigt somit, dass bereits über Jahrzehnte etablierte Leitbilder der EU hinterfragt, weiter entwickelt und hierbei ihre gängigen Instrumente wie zum Beispiel Strukturfondsförderung und Netzwerkaktivitäten besser an die lokalen Besonderheiten angepasst werden müssen, um der Stadtentwicklung im osteuropäischen Raum gerecht zu werden.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1:	Gebietsklassifizierung für die Strukturfondsförderung der EU, Förderperiode 2014 bis 2020	33
Abb. 2.1:	Stadt- und Bebauungsstruktur Sofias	51
Abb. 3.1:	Südlicher Stadtrand, bevorzugter Siedlungsraum der ökonomischen Eliten	71
Abb. 3.2:	Siedlungsentwicklung am Fuße des Witoscha-Gebirges, südlicher Stadtrand	75
Abb. 3.3:	Neubauprojekt am Fuße des Witoscha-Gebirges, südlicher Stadtrand	75
Abb. 3.4:	Altbaubestand am südlichen Stadtrand	76
Abb. 3.5:	Exklusives Einfamilienhaus am südlichen Stadtrand	76
Abb. 3.6:	Geschosswohnungsbau (Neubau) am südlichen Stadtrand	77
Abb. 3.7:	Geschosswohnungsbau (Neubau) am südlichen Stadtrand	77
Abb. 4.1:	Lage der drei größten Roma-Siedlungen in Sofia	79
Abb. 4.2:	Blick von der Roma-Siedlung Fakulteta auf die angrenzende Wohnsiedlung Krasna Polania, definierte Grenzbereiche	86
Abb. 4.3:	Straßenleben in der Roma-Siedlung Fakulteta	87
Abb. 4.4:	Straßenleben in der Roma-Siedlung Fakulteta	87
Abb. 4.5:	Selbstorganisierter Wohnungsbau in der Roma-Siedlung Fakulteta	88
Abb. 4.6:	Selbstorganisierter Wohnungsbau in der Roma-Siedlung Fakulteta	88
Abb. 4.7:	Exklusives Wohnviertel <i>Beverly Hills</i> in der Roma-Siedlung Fakulteta	89
Abb. 4.8:	Barackenbebauung im <i>Cambodia</i> Viertel in der Roma-Siedlung Fakulteta	89
Abb. 5.1:	Fassadendetails eines Wohngebäudes in der Großwohnsiedlung Lyulin, (<i>Hausfassade als Collage</i>)	93
Abb. 5.2:	Fassade eines Wohngebäudes im Zentrum Sofias, (<i>Hausfassade als Collage</i>)	93
Abb. 5.3:	Fassadensanierung einer einzelnen Wohnung	94

Abb. 5.4:	Wohnstraße in der Großwohnsiedlung Studentski Grad	94
Abb. 5.5:	Wohn- und Geschäftsstraße im Zentrum Sofias	95
Abb. 5.6:	Wohn- und Geschäftsstraße im Zentrum Sofias	95
Abb. 6.1:	Interventionszonen des <i>Integrated Plan</i>	118
Abb. 6.2:	Teilfördergebiete (Wohn- und Grünegebiete) in der <i>zone of social nature</i>	119
Abb. 7.1:	<i>Integrated approaches:</i> Handlungsfelder, Akteure und Verantwortungsebenen der integrierten Stadtentwicklung als Leitlinien in CoNet	126

Abkürzungsverzeichnis

BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
CoNet	(Social) Cohesion Network
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESI-Fonds	Europäische Struktur- und Investitionsfonds
EU	Europäische Union
EXP	Expertin; Experte
IPURD	Integrated Plan for Urban Regeneration and Development
KF	Kohäsionsfonds
OP	Operational Programme
OPAC	Operational Programme Administrative Capacity
OPC	Operational Programme Competitiveness
OP HRD	Operational Programme Human Resources Development
OPIC	Operational Programme Innovations and Competitiveness
OPRD	Operational Programme Regional Development
OPRG	Operational Programme for Regional Growth
OPT	Operational Programme Transport
OPTTI	Operational Programme Transport and Transport Infrastructure
u. a.	unter anderem; und andere
UNU-WIDER	United Nations University World Institute for Development Economics Research

Verzeichnis der interviewten Expertinnen und Experten

- EXP 1:** Mitarbeiterin des Planungsbüros Sofproect Masterplan, Expertin für Stadtentwicklung und -planung in Sofia, Interview gehalten am 17.05.2011 und am 20.03.2012.
- EXP 2:** Leitende Mitarbeiterin Directorate Architecture and Urban Spatial Development, Stadtverwaltung (Sofia Municipality), Expertin für Stadtentwicklung und -planung in Sofia, Interview gehalten am 19.03.2012.
- EXP 3:** Leitende Mitarbeiterin des National Centre for Regional Development und Professorin der University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy (Department of Urban Planning), führende Expertin für Stadtentwicklung und -planung in Sofia, Interview gehalten am 13.05.2011.
- EXP 4:** Professorin der University of Architecture, Civil Engineering and Geodesy, Department of Urban Planning, Expertin für Stadtentwicklung und -planung in Sofia, Interview gehalten am 21.03.2012.
- EXP 5:** Professorin der Sofia University St. Kliment Ohridski, Department of Sociology, Expertin für Stadtsoziologie und Entwicklung von Roma-Siedlungen, Interview gehalten am 12.05.2011.
- EXP 6:** Mitarbeiterin Red House, zivilgesellschaftlicher Akteurin, Interview gehalten am 16.05.2011.
- EXP 7:** Mitarbeiterin Ideas Factory Creativity & Communication for Social Change Collective, zivilgesellschaftliche Akteurin, Interview gehalten am 20.03.2012.

-
- EXP 8:** Freier Journalistin zu den Themen politische und gesellschaftliche Entwicklungen und Transformation in Osteuropa,
Interview gehalten am 26.03.2012.
- EXP 9:** Mitarbeiterin des Ministry of Regional Development and Public Works, technische Assistentin der Leitung Directorate General Programming of Regional Development,
Interview gehalten am 22.03.2012.
- EXP 10:** Mitarbeiterin des Ministry of Labour and Social Policy, Agency for Social Assistance, International Cooperation, Programs and European Integration Directorate,
Interview gehalten am 23.03.2012.
- EXP 11:** Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Sofia (Sofia Municipality), Chief European Programmes and Projects, Koordination des URBACT-Netzwerkes CoNet in Sofia,
Interview gehalten am 16.05.2011.
- EXP 12:** Mitarbeiterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin, Vertretung Leadpartner URBACT-Netzwerk, CoNet-Communication Manager,
Interview gehalten am 09.10.2009.

Literaturverzeichnis

- Aidukaite**, Jolanta (Hrsg.) (2009): *Poverty, Urbanity and Social Policy. Central and Eastern Europe Compared*, New York.
- Alam**, Asad; Murthi, Mamta; Yemtsov, Ruslan; Murrugarra, Edmondo; Dudwick, Nora; Hamilton, Ellen; Tiongson, Erwin (2005): *Growth, Poverty and Inequality. Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Washington.
- Andrusz**, Gregory (2006): Wall and Mall: A Metaphor for Metamorphosis, in: Tsenkova, Sasha; Nedović-Budić, Zorica (Hrsg.): *The Urban Mosaic of Post-Socialist Europe. Space, Institutions and Policy*, Heidelberg/New York, S. 71–90.
- Atal**, Yogesh (Hrsg.) (1999): *Poverty in Transition and Transition in Poverty. Recent Developments in Hungary, Bulgaria, Romania, Georgia, Russia, Mongolia*, New York/Oxford.
- Atkinson**, Rob (2001): The Emerging ‘Urban Agenda’ and the European Spatial Development Perspective: Towards an EU Urban Policy?, in: *European Planning Studies*, Bd. 9, H. 3, S. 385–406.
- Axt**, Heinz-Jürgen (2000): *EU-Strukturpolitik*, Opladen.
- Bachtler**, John; Begg, Iain; Charles, David; Polverari, Laura (2016): *EU Cohesion Policy in Practice. What Does it Achieve?*, London/New York.
- Bachtler**, John; Mendez, Carlos; Wishlade, Fiona (2013): *EU Cohesion Policy and European Integration. The Dynamics of EU Budget and Regional Policy Reform*, Farnham/Burlington.
- Bartetzky**, Arnold (2010): Wem gehört die Stadt? Auseinandersetzungen um Stadtbilder und Stadträume im postsozialistischen Europa, in: Kovács, Tímea (Hrsg.): *Halb-Vergangenheit: Städtische Räume und urbane Lebenswelten vor und nach 1989*, Berlin, S. 15–32.
- Baum-Ceisig**, Alexandra; Busch, Klaus; Hacker, Björn; Nospickel, Claudia (2008): *Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Entwicklungen, Reformen und Perspektiven im Kontext der europäischen Integration*, Baden-Baden.
- BBSR** (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (Hrsg.) (2017): *Zehn Jahre Leipzig-Charta. Die Bedeutung integrierter Stadtentwicklung in Europa*, Bonn.
- Bianco**, Lino (2011): *Architecture and Politics. Contemporary and Future Planning Policies in Sofia*, (Abstract, graue Literatur), Sofia.
- BMVBS** (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (Hrsg.) (2012): *5 Jahre Leipzig Charta. Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt. Integrierte Stadtentwicklung in den 27*

-
- Mitgliedsstaaten der EU und ihren Beitrittskandidaten, Berlin.
- BMVBS** (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (Hrsg.) (2007): *Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007*, o. O., S. 1–20.
- Boeckh, Jürgen** (2000): Wohin treibt Osteuropa? Ökonomische und sozialpolitische Entwicklungen nach dem Ende der Systemkonkurrenz, in: Benz, Benjamin; Boeckh, Jürgen; Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): *Sozialraum Europa: Ökonomische und politische Transformation in Ost und West*, Opladen, S. 119–187.
- Bogdanov, Latchezar** (2006): Eigentumsrechte und Wohnungsbau in Sofia, in: Klingan, Katrin; Kappert, Ines (Hrsg.): *Sprung in die Stadt: Chişinău, Sofia, Pristina, Sarajevo, Warschau, Zagreb, Ljubljana*, Köln, S. 126–133.
- Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang** (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*, Wiesbaden.
- Bohn, Cornelia** (2006): *Inklusion, Exklusion und die Person*, Konstanz.
- Brahm, Heinz; Deimel, Johanna** (2002): Bulgarien, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Vom Baltikum zum Schwarzen Meer. Transformation im östlichen Europa*, München, S. 197–220.
- Buck, Nick** (2001): Identifying Neighbourhood Effects on Social Exclusion, in: *Urban Studies*, Bd. 38, H. 12, S. 2251–2275.
- Buck, Nick** (1996): Social and Economic Change in Contemporary Britain. The Emergence of an Underclass?, in: Mingione, Enzo (Hrsg.): *Urban Poverty and the Urban Underclass*, Oxford.
- Bude, Heinz; Willis, Andreas** (Hrsg.) (2008): *Exklusion. Die Debatte über die 'Überflüssigen'*, Frankfurt a. M.
- Burgers, Jack; Kloosterman, Robert** (1998): Dutch Comfort. Postindustrieller Übergang und soziale Ausgrenzung in Spangen, Rotterdam, in: Heitmeyer, Wilhelm; Dollase, Rainer; Backes, Otto (Hrsg.): *Die Krise der Städte*, Frankfurt a. M., S. 211–230.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg** (2009): *Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft. Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)*, Drucksache 19/3652, Hamburg, 21.07.2009.
- Castel, Robert** (2008a): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz.
- Castel, Robert** (2008b): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs, in: Bude, Heinz; Willis, Andreas (Hrsg.): *Exklusion. Die Debatte über die 'Überflüssigen'*, Frankfurt a. M., S. 69–86.

-
- Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.)** (2009): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M.
- Chorianopoulos, Ioannis** (2002): Urban Restructuring and Governance: North-South Differences in Europe and the EU URBAN Initiative, in: *Urban Studies*, Bd. 39, H. 4, S. 705–726.
- CoNet (Hrsg.)** (2011): *CoNet's Guide to Social Cohesion. Integrated Approaches in Disadvantaged Neighbourhoods*, Berlin.
- Council of Ministers of Bulgaria**, EU Funds Management Systems Directorate (aktualisiert am 22.03.2017a): *Unified Management Information System for the EU Structural Instruments in Bulgaria, Operational Programme 'Regional Development', Planning Region: SOFIA CAP*, aus: <http://umispublic.government.bg/prPlanningRegions.aspx?pr=10022&list=1&op=3>, abgerufen am 20.02.2018.
- Council of Ministers of Bulgaria**, EU Funds Management Systems Directorate (aktualisiert am 22.03.2017b): *Unified Management Information System for the EU Structural Instruments in Bulgaria, Operational Programme: 'Transport', Planning Region: SOFIA CAP*, aus: <http://umispublic.government.bg/prPlanningRegions.aspx?pr=10022&list=1&op=6>, abgerufen am 20.02.2018.
- Deda, Luan; Tsenkova, Sasha** (2006): Poverty and Inequality in Greater Tirana: The Reality of Peri-Urban Areas, in: Tsenkova, Sasha; Nedović-Budić, Zorica (Hrsg.): *The Urban Mosaic of Post-Socialist Europe. Space, Institutions and Policy*, Heidelberg/New York, S. 151–172.
- Ditchev, Ivaylo** (2006): Sofia, fluide Stadt, in: Klingan, Katrin; Kappert, Ines (Hrsg.): *Sprung in die Stadt. Chişinău, Sofia, Pristina, Sarajevo, Warschau, Zagreb, Ljubljana, Köln*, S. 115–125.
- Domanski, Henryk** (2002): Social Determinants of Poverty in Post-Communist Societies, in: Szelényi, Iván (Hrsg.): *Poverty, Ethnicity and Gender in Transitional Societies*, Budapest, S. 37–60.
- Dubet, Francois; Lapeyronnie, Didier** (1994): *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart.
- Duneier, Mitchell** (2016): *Ghetto. The Invention of a Place, the History of an Idea*, New York.
- Eltges, Markus; Nickel, Eva Mareile** (2007): Europäische Stadtpolitik. Von Brüssel über Lille nach Leipzig und zurück, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 7/8, S. 479–486.
- Europäische Kommission** (2015): *Europäischer Struktur- und Investitionsfonds 2014 – 2020: Offizielle Texte und Kommentare*, Luxemburg.

-
- Europäische Kommission** (2014a): *Regionalpolitik. Wettbewerbsfähigere Regionen und Städte – für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Union*, Luxemburg.
- Europäische Kommission** (2014b): *Integrierte Nachhaltige Stadtteilentwicklung. Kohäsionspolitik 2014–2020*, Informationsblätter der EU, o. O.
- Europäische Kommission** (2011): *Kohäsionspolitik 2014 – 2020. Investieren in Wachstum und Beschäftigung*, Luxemburg.
- Europäische Kommission** (2010a): *Leitfaden. Die städtische Dimension der Politiken der Europäischen Union (Teil 1)*, Brüssel.
- Europäische Kommission** (2010b): *Leitfaden. Die städtische Dimension der Politiken der Europäischen Union (Teil 2)*, Brüssel.
- Europäische Kommission** (2008): *Die städtische Dimension stärken. Analyse der durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanzierten Operationellen Programme (2007–2013)*, Arbeitspapier der Generaldirektion Regionalpolitik, Brüssel.
- Europäische Kommission** (2006): *Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament*, KOM (2006) 385. *Die Kohäsionspolitik und die Städte. Der Beitrag der Städte zu Wachstum und Beschäftigung in den Regionen*, Brüssel, aus <http://ec.europa.eu>, abgerufen am 17.2.2015.
- Europäische Kommission** (2002): *Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen*, KOM (2002) 308. *Die Programmplanung der Strukturfonds für den Zeitraum 2000–2006. Eine erste Bewertung der Gemeinschaftsinitiative URBAN*, Brüssel, aus: <http://eur-lex.europa.eu>, abgerufen am 17.2.2015.
- Europäische Kommission** (Hrsg.) (1996): *Erster Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt 1996*, Luxemburg.
- Europäische Kommission** (1994): *Mitteilung an die Mitgliedsstaaten zur Festlegung von Leitlinien für die von Ihnen zu erstellenden Operationellen Programme im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (URBAN)*, in: *Amtsblatt der Europäischen Union* vom 1. Juli 1994. 6/7, aus: <http://eur-lex.europa.eu>, abgerufen am 24.2.2015.
- Europäische Kommission** (o. J. a): *Urban Portal*, aus: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/themes/urban-development/portal/, abgerufen am 31.5.2018.
- Europäische Kommission** (o. J. b): *Urban Agenda for the EU*, aus: <https://ec.europa.eu/futurium/en/node/1829>, abgerufen am 31.5.2018.
- Europäische Kommission** (o. J. c): *Operational Programme ‘Regional Development’: Bulgaria, Regional Policy, InfoRegio*, aus: <http://ec.europa.eu/>

-
- regional_policy/de/atlas/programmes/2007-2013/bulgaria/operational-programme-regional-development, abgerufen am 20.02.2018.
- Eurostat** (o. J. a): *Datenbank, Einkommen und Lebensbedingungen, Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht*, aus: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data/database>, abgerufen am 22.01.2018.
- Eurostat** (o. J. b): *Datenbank, Einkommen und Lebensbedingungen, S80/S20 Einkommensquintilverhältnis nach Geschlecht und nach Altersklassen*, aus: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data/database>, abgerufen am 22.01.2018.
- Eurostat** (o. J. c): *Datenbank, Einkommen und Lebensbedingungen, Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen*, aus: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data/database>, abgerufen am 22.01.2018.
- Eurostat** (o. J. d): *Datenbank, Bevölkerung und soziale Bedingungen, Demographische Veränderung – absoluter und relativer Bevölkerungsstand auf nationaler Ebene*, aus: <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, abgerufen am 22.01.2018.
- Eurostat**, Pressestelle, (Hrsg.) (2016): *Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU zurück auf Vor-Krisen-Niveau. Ausgeprägte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten*, Pressemitteilung (99/2016), 17. Oktober 2016: Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut, o. O.
- Farwick**, Andreas (2001): *Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*, Opladen.
- Flick**, Uwe (2010): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, Reinbek.
- Flick**, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (2010): Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick, in: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Reinbek, S. 13–29.
- Frank**, Susanne (2008): Stadtentwicklung durch die EU: Europäische Stadtpolitik und URBAN-Ansatz im Spannungsfeld von Lissabon Strategie und Leipzig Charta, in: *Raumforschung und Raumordnung*, Bd. 66, H. 2, S. 107–117.
- Frank**, Susanne (2006): Europäische Stadtpolitik im magischen Dreieck der Stadtentwicklung, in: *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge. Turn to Europe. Kulturanthropologische Europaforschung*, H. 41, S. 71–84.
- Frank**, Susanne (2005): Eine kurze Geschichte der europäischen Stadtpolitik – erzählt in drei Sequenzen, in: Altrock, Uwe; Güntner, Simon;

-
- Huning, Sandra; Peters, Heike (Hrsg.): *Zwischen Anpassung und Neuerfindung – Raumplanung und Stadtentwicklung in den Staaten der EU-Osterweiterung* (= Planungsrundschau 11), Berlin, S. 307–322.
- Freie und Hansestadt Hamburg**, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (Hrsg.) (2018): *Aktualisierung der Globalrichtlinie 'Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung' (RISE)*, Hamburg.
- Friedrichs, Jürgen; Galster, Georg; Musterd, Sako** (Hrsg.) (2005): *Life in Poverty Neighbourhoods. European and American Perspectives*, London/New York.
- Friedrichs, Jürgen; van Kempen, Roland** (2004): Armutsgebiete in europäischen Großstädten – eine vergleichende Analyse, in: Siebel, Walter (Hrsg.): *Die europäische Stadt*, Frankfurt a. M., S. 67–85.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg** (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*, Opladen.
- Froessler, Rolf** (1994): *Stadtviertel in der Krise? Innovative Ansätze zu einer integrierten Quartiersentwicklung in Europa* (= ILS-Schriften 87), Dortmund.
- Froessler, Rolf; Lang, Markus ; Selle, Klaus; Staubach, Reiner** (Hrsg.) (1994): *Lokale Partnerschaft. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*, Basel.
- Genov, Nikolai** (2006): Bulgaria's New Identity, in: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs (Seer)*, Bd. 9, H. 3, S. 43–56.
- Genov, Nikolai** (2000): Sozialstruktureller Wandel und soziale Probleme in Bulgarien, in: Gabanyi, Anneli Ute; Sterbling, Anton (Hrsg.): *Sozialstruktureller Wandel, soziale Probleme und soziale Sicherung in Südosteuropa*, München, S. 89–107.
- Gernert, Verena** (2016): Städtische Armutsentwicklungen in Osteuropa – das Fallbeispiel Sofia, in: Altrock, Uwe; Kunze, Ronald (Hrsg.): *Jahrbuch Stadterneuerung 2016. Stadterneuerung und Armut*, Wiesbaden.
- Gernert, Verena** (2005): *Krakau im postsozialistischen Transformationsprozess. Eine Reflexion der Veränderungsdynamik*, Diplomarbeit (hochschulintern veröffentlicht), Hamburg: TUHH.
- Gjuzelev, Vasil** (1998): Die Hauptstadt-Entwicklung in Bulgarien, in: Heppner, Harald (Hrsg.): *Hauptstädte zwischen Save, Bosporus und Dnjepr. Geschichte, Funktion, nationale Symbolkraft*, Wien/Köln/Weimar, S. 145–171.
- Glaser, Barney; Strauss, Anselm** (2010): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*, Bern.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit** (2006): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*, Wiesbaden.
- Grekova, Maya** (2010): Two Roma Neighbourhoods in Sofia: So Close, Yet

-
- So Unknown, in: *Sociological Problems: Special Issue 'Sociology on the Move'*, o. O., S. 172–186.
- Grekova, Maya** (2006): *The City as Space of Difference: Roma in Socialist Sofia*, Vortrag: Eighth International Conference on Urban History, Stockholm, August/September 2006.
- Güntner, Simon** (2007): *Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung*, Bielefeld.
- Hahn, Marlene; Hamza, Christine; Radzyner, Alice; Tödting-Schönhofer, Herta** (2012): *Städtepolitik in der Europäischen Union. Ein Handbuch*, Wien.
- Hamilton, F.E. Ian** (2005): The External Forces: Towards Globalization and European Integration, in: Hamilton, F.E. Ian; Andrews, Kaliopa Dimitrovska; Pichler-Milanović, Nataša (Hrsg.): *Transformation of Cities in Central and Eastern Europe: Towards Globalization*, Tokyo/New York, S. 79–115.
- Hamza, Christine; Frangenheim, Alexandra; Charles, David; Miller, Stephen** (2014): *The Role of the Cities in Cohesion Policy 2014–2020 (Studie)*, im Auftrag des European Parliament, Directorate General for internal Policies Department B, Structural and Cohesion Policies Regional Development, Brüssel.
- Harloe, Michael** (1996): Cities in Transition, in: Andrusz, Gregory; Harloe, Michael; Szelényi, Iván (Hrsg.): *Cities after Socialism: Urban and Regional Change and Conflict in Post-Socialist Societies*, Oxford, S. 1–29.
- Häußermann, Hartmut** (2018): Wohnen und Quartier. Ursache sozial-räumlicher Segregation, in: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, [Erstauflage 2008], Wiesbaden, S. 335–349.
- Häußermann, Hartmut** (1997): Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Bd. 25, H. 1, S. 12–27.
- Häußermann, Hartmut; Kapphahn, Andreas** (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse in einer europäischen Stadt, in: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte. Armut und soziale Ausgrenzung*, Frankfurt a. M., S. 203–234.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter** (2004): Einleitung. Stadt am Rand. Armut und Ausgrenzung, in: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte. Armut und soziale Ausgrenzung*, Frankfurt a. M., S. 7–43.
- Heinelt, Hubert; Petzold, Wolfgang** (2018): The Structural Funds and EU

- Cohesion Policy, in: Heinelt, Hubert; Münch, Sybille (Hrsg.): *Handbook of European Policies. Interpretive Approaches to the EU*, Cheltenham/Northampton, S. 134–155.
- Hirt, Sonia A. (2007): The Compact versus the Dispersed City. History of Planning Ideas on Sofia's Urban Form, in: *Journal of Planning History*, Bd. 6, H. 2, S. 138–165.
- Hirt, Sonia A. (2005): Planning the Post-Communist City. Experiences from Sofia, in: *International Planning Studies*, Bd. 10, H. 3–4, S. 219–240.
- Hirt, Sonia A.; Stanilov, Kiril (2007): The Perils of Post-Socialist Transformation: Residential Development in Sofia, in: Stanilov, Kiril (Hrsg.): *The Post-Socialist City: Urban Form and Space Transformations in Central and Eastern Europe after Socialism*, Dordrecht, S. 215–245.
- Hirt, Sonia A.; Kovachev, Atanass (2006): The Changing Spatial Structure of Post-Socialist Sofia, in: Tsenkova, Sasha; Nedović-Budić, Zorica (Hrsg.): *The Urban Mosaic of Post-Socialist Europe. Space, Institutions and Policy*, Heidelberg/New York, S. 113–131.
- Hübner, Danuta (2006): 'Where do we stand? Preparing the mainstreaming of URBAN into EU Cohesion Policy', Vortrag im Rahmen des European Congress of URBAN Networks and Cities 'Acquis URBAN': From Vision to Action, 31.3.2006, Maribor.
- Humboldt Study Team (2006): *The European URBAN Experience. Seen from the Academic Perspective. Study Report*, Berlin.
- Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.) (2018): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*, [Erstauflage 2008], Wiesbaden.
- Ilieva, Margarita (2006): Sofia in the Transformation Period 1990–2004. Trends and Prospects, in: Institute of Geography and Spatial Organization, Polish Academy of Sciences (Hrsg.): *Europa XXI*, Bd. 14, Warschau, S. 95–112.
- Ivaschenko, Oleksiy (2003): *Essays on Poverty, Income Inequality and Health in Transition Economies*, Göteborg.
- Jargowsky, Paul A. (1997): *Poverty and Place. Ghettos, Barrios, and the American City*, New York.
- Katz, Michael B. (1993): The Urban 'Underclass' as a Metaphor of Social Transformation, in: Katz, Michael B. (Hrsg.): *The 'Underclass' Debate. Views from History*, Princeton, S. 3–23.
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (2010): *Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*, Wiesbaden.

-
- Kokalanova, Anna** (2009): *No Man's Land. Strategien zur Entwicklung einer Roma-Siedlung in Sofia*, Hamburg.
- Kolev, Alexandre** (2005): Unemployment, Job Quality and Poverty: A Case Study of Bulgaria, in: *International Labour Review*, Bd. 144, H. 1, S. 85–114.
- Kollmorgen, Raj** (2007): *Transformation als Modernisierung. Eine meta- und gesellschaftstheoretische Nachlese*, Magdeburg.
- Kollmorgen, Raj; Schrader, Heiko** (Hrsg.) (2003): *Postsozialistische Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*, Würzburg.
- Koutalakis, Charalampos** (2003): *Cities and the Structural Funds. The Domestic Impact of EU Initiatives for Urban Development*, Athen.
- Kronauer, Martin** (2010): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a. M./New York.
- Kronauer, Martin** (2008): Plädoyer für ein Exklusionsverständnis ohne Fallstricke, in: Bude, Heinz; Willis, Andreas (Hrsg.): *Exklusion. Die Debatte über die 'Überflüssigen'*, Frankfurt a. M., S. 146–16.
- Kronauer, Martin** (1997): Soziale Ausgrenzung und 'Underclass'. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Bd. 25, H. 1, S. 28–49.
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold** (2001): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt. Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte?, in: *Mitteilungen aus dem SOFI – Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen an der Georg-August-Universität*, Bd. 29., Göttingen, S. 45–58.
- Ladányi, János** (2010): Gab es ein sozialistisches Urbanisierungsmodell?, in: Kovács, Tímea (Hrsg.): *Halb-Vergangenheit: Städtische Räume und urbane Lebenswelten vor und nach 1989*, Berlin, S. 33–43.
- Ladányi, János; Szelényi, Iván** (2006): *Patterns of Exclusion. Constructing Gypsy Ethnicity and the Making of an Underclass in Transitional Societies of Europe*, Boulder.
- Le Galès, Patrick** (2002): *European Cities. Social Conflicts and Governance*, Oxford.
- Lindström, Jonas** (2009): Urban Renewal and Spatial Differentiations on Post-Soviet Riga: From Soviet City to 'Western' Metropolis, in: Aidukaitė, Jolanta (Hrsg.): *Poverty, Urbanity and Social Policy. Central and Eastern Europe Compared*, New York, S. 117–130.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Barlösius, Eva** (2001): Grundlagen einer Soziologie der Armut. Die Armut der Gesellschaft, in: Barlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): *Die Armut der Gesellschaft*,

- Opladen, S. 11–69.
- Maarten de Vet**, Jan (2010): The State of European Cities and the Positions of New Member States, in: Gorzelak, Grzegorz; Bachtler, John; Smętkowski, Maciej (Hrsg.): *Regional Development in Central and Eastern Europe: Development Processes and Policy Challenges*, London [u. a.], S. 93–114.
- Madanipour**, Ali; Cars, Göran; Allen, Judith (Hrsg.) (1998): *Social Exclusion in European Cities. Processes, Experiences and Responses*, London.
- Mayring**, Philipp (2002): *Einführung in die Qualitative Sozialforschung*, Weinheim/Basel.
- McAuley**, Alastair (2003): Lower Classes, Poverty and the Poor, in: Mikhalev, Vladimir (Hrsg.): *Inequality and Social Structure during the Transition*, New York, S. 133–149.
- Merkel**, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden.
- Meuser**, Michael und Nagel, Ulrike. (2009): Experteninterview und der Wandel der Wissensproduktion, in: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): *ExpertInneninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*, Wiesbaden, S. 35–60.
- Mikhalev**, Vladimir (2003) (Hrsg.): *Inequality and Social Structure during the Transition*, New York.
- Mikhalev**, Vladimir (2000): *Inequality and Transformation of Social Structures in Transitional Economies*, Helsinki.
- Milanovic**, Branko (1998): *Income, Inequality, and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy*, Washington.
- Milanovic**, Branko; Ersado, Lire (2010): Reform and Inequality during the Transition. An Analysis Using Panel Household Survey Data, 1990–2005, in: *UNU-Wider: Working Paper No. 2010/62*, Helsinki.
- Minev**, Duchomir (1999): Armut und soziale Transformation, in: Krämer, Hans Leo (Hrsg.): *Bulgarien im Übergang: Sozialwissenschaftliche Studien zur Transformation*, Bergisch-Gladbach, S. 321–347.
- Mingione**, Enzo (1999): Urban Poverty in the Advanced Industrial World. Concepts, Analysis and Debates, in: Mingione, Enzo (Hrsg.): *Urban Poverty and the Underclass. A Reader*, Oxford, S. 3–41.
- Ministry of Regional Development and Public Works** (2014): *Operational Programme 'Regions in Growth' 2014–2020*, Sofia.
- Ministry of Regional Development and Public Works** (2011a): *Programme: Scheme BG161PO001/1.2-01/2011 'Support of energy efficiency measures in multifamily residential buildings'*, aus: <http://www.bgregio.eu/en/>

-
- projects/82/bg161po001-1-2-01-2011-support-of-energy-efficiency-measures-in-multifamily-residential-buildings.aspx, abgerufen am 04.03.2016.
- Ministry of Regional Development and Public Works**, Directorate General 'Programming of Regional Development' (2011b): *Kurzfassung: Operational Programme 'Regional Development' 2007–2013*, aus: <http://bgregio.eu/en/op-regional-development/op-regional-development-priorities/priority-axis-1-sustainable-and-integrated-urban-development.aspx>, abgerufen am 20.02.2018.
- Ministry of Regional Development and Public Works**, Directorate General 'Programming of Regional Development' (2007): *Operational Programme 'Regional Development' 2007–2013*, Sofia.
- Mitev**, Petar-Emil (2002): Dynamics of Poverty, in: Szelényi, Iván (Hrsg.): *Poverty, Ethnicity and Gender in Transitional Societies*, Budapest, S. 11–37.
- Murray**, Charles (1984): *Loosing Ground. American Social Policy 1950–1980*, New York.
- Musterd**, Sako; Murie, Alan; Kesteloot, Christian (Hrsg.) (2006): *Neighbourhoods of Poverty. Urban Social Exclusion and Integration in Europe*, Basingstoke/ Hampshire.
- Musterd**, Sako; Osterndorf, Wim (Hrsg.) (1998): *Urban Segregation and the Welfare State. Inequality and Exclusion in Western Cities*, London.
- Myrdal**, Gunnar (1965): *Challenge to Affluence*, New York.
- National Statistic Institute** (Republic of Bulgaria), Regional Statistical Office – Yugozapad (2016): *Sofia in Figures 2015*, Sofia.
- Nyänen**, Tuija (2004): Die Armutsursachen Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne als Folge der sektoralen Strukturanpassung im Transformationsprozess, in: Hasse, Rolf H.; Kunze, Cornelia (Hrsg.): *Armut und soziale Sicherung im Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer. Bestandsaufnahme, Armutsursachen und Bekämpfung*, Leipzig, S. 37–63.
- Offe**, Claus; Fuchs, Susanne (2007): *Welfare State Formation in the Enlarged European Union. Patterns of Reform in the Post-Communist New Member States*, Berlin.
- Paugam**, Serge (2008): *Die elementaren Formen der Armut*, Hamburg.
- Paugam**, Serge (1998): Von Armut zur Ausgrenzung. Wie Frankreich eine neue soziale Frage lernt, in: Voges, Wolfgang; Kazepov, Yuri (Hrsg.): *Armut in Europa*, Wiesbaden, S. 117–136.
- Paulus**, Sabine W. C. (2000): *URBAN – A Critical Case Study of the Formulation and Operationalisation of a Community Initiative*, London.

- Petkov, Krastyo; Vladikov, Atanas (2011):** Bulgaria: Transition Revised-Social Fragmentation and the Increase in Poverty, in: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs (Seer)*, Bd. 14, H. 2, S. 197–214.
- Polanska, Dominika (2009):** Increasing Enclaves of Poverty and Wealth in the City of Gdansk: The Impact from Urban Policy and Ownership Regulation?, in: Aidukaite, Jolanta (Hrsg.): *Poverty, Urbanity and Social Policy. Central and Eastern Europe Compared*, New York, S. 131–145.
- Public Council for the Implementation of the MPDRCS (2007):** *Municipal Strategy within the Decade of Roma Inclusion in Sofia 2007–2013*, Sofia.
- Revenga, Ana; Ringold, Dena; William, Martín Tracy (2002):** Poverty and Ethnicity. A Cross-Country Study of Roma Poverty in Central Europe, in: World Bank (Hrsg.): *World Bank Technical Paper*, Washington.
- Rothacher, Albrecht (2002):** *Im Wilden Osten. Hinter den Kulissen des Umbruchs in Osteuropa*, Hamburg, S. 486–536.
- Schmidt, Manfred (2004):** *Wörterbuch zur Politik*, Stuttgart.
- Schneider-Sliwa, Rita (1996):** Hyper-Ghettos in amerikanischen Großstädten. Lebensräume und Konstruktionsprinzip der urban underclass, in: *Geographische Zeitschrift*, H. 1, S. 27–42.
- Schorkowitz, Dittmar (Hrsg.) (2002):** *Transition – Erosion – Reaktion. Zehn Jahre Transformation in Osteuropa*, Frankfurt a. M.
- Schüler, Sonja (2005):** Roma in Bulgarien seit 1989/90: Lebensbedingungen, Handlungsansätze, Entwicklungsperspektiven, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, Bd. 45, H. 6, München, S. 34–47.
- Siebel, Walter (1997):** Armut oder Ausgrenzung? Vorsichtiger Versuch einer begrifflichen Eingrenzung der sozialen Ausgrenzung, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Bd. 25, H. 1, S. 67–75.
- Silver, Hilary (1995):** Reconceptualizing Social Disadvantage. Three Paradigms of Social Exclusion, in: International Institute for Labour Studies (Hrsg.): *Social Exclusion, Rhetoric, Reality, Responses. A Contribution to the World*, Genf, S. 57–81.
- Slaev, Aleksandar D.; Kovachev, Atanas (2014):** Specific Issues of Urban Sprawl in Bulgaria, in: *European Spatial Research and Policy*, Bd. 21, H. 2, S. 155–169.
- Smigiel, Christian (2016):** *Raumproduktionen im südöstlichen Europa: Materialität, Symbolik und Alltag Sofioter Gated Communities*, Münster.
- Sofia Municipality, unter der Mitarbeit von Sofia XXI Association, Prof. Dr. Arch. Wesselina Troeva (2013):** *Integrated Plan for Urban Regeneration and Development*, Sofia.

-
- Sofia Municipality**, Architecture and Town-Planning Directorate Municipal Enterprise Sofproect – Master Plan (2009): *Master Plan of Sofia Municipality, Synthesis Report*, Sofia.
- Sofia Municipality** (o. J.): *English Summary of the Local Action Plan (LAP): Improving Inclusion of Roma Minority in Krasna Polyana District – Challenge for Sofia Municipality*, Sofia, aus: http://urbact.eu/sites/default/files/import/Projects/CoNet/documents_media/Sofia_URBACT_CoNet_LAP.pdf, abgerufen am 22.3.2016.
- Stanilov, Kiril** (2007): Taking Stock of Post-Socialist Urban Development. A Recapitulation, in: Stanilov, Kiril (Hrsg.): *The Post-Socialist City. Urban Form and Space Transformations in Central and Eastern Europe after Socialism*, Dordrecht, S. 3–21.
- Stanilov, Kiril; Hirt, Sonia A.** (2014): Sprawling Sofia. Post-Socialist Suburban Growth in the Bulgarian Capital, in: Stanilov, Kiril; Sykora, Ludek (Hrsg.): *Confronting Suburbanization. Urban Decentralization in Post-Socialist Europe*, Oxford, S. 163–191.
- Stanilov, Kiril; Sykora, Ludek** (Hrsg.) (2014): *Confronting Suburbanization. Urban Decentralization in Post-Socialist Europe*, Oxford.
- Stanovnik, Tine; Kump, Nataša** (2009): Change in Household Income, Income Inequality and Poverty: A Comparative Overview, in: Stănculescu Manuela, Sofia; Stanovnik, Tine (Hrsg.): *Activity, Incomes and Social Welfare: A Comparison across Four New EU Member States*, Farnham/Burlington, S. 59–87.
- Stern, Marcella; Stoilova, Ljubinka; Iokimov, Petăr** (2008): Die Stadt Sofia. Ihre bauliche Entwicklung von der Antike bis zur Gegenwart und ihr Kulturerbe, in: Pichler, Adelheid; Marinelli-König, Gertraud (Hrsg.): *Kultur – Erbe – Stadt. Stadtentwicklung und UNESCO-Mandat in post- und spätsozialistischen Städten. Ein Vergleich aus kulturwissenschaftlicher Perspektive*, Innsbruck/Wien/Bozen, S. 79–104.
- Stewart, Murray** (1994): Towards a European Urban Policy, in: *Local Economy*, Bd. 9, H. 3, S. 266–277.
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet** (1996): *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*, Weinheim.
- Strübing, Jörg** (2013): *Qualitative Sozialforschung. Eine komprimierte Einleitung für Studierende*, München.
- Strübing, Jörg** (2008): *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*, Wiesbaden.

-
- Szelényi, Iván** (2010): *The New Grand Bourgeoisie under Post-Communism. Central Europe, Russia and China Compared*, in: *UNU-Wider. Working Paper No. 2010/63*, Helsinki.
- Szelényi, Iván** (Hrsg.) (2002): *Poverty, Ethnicity and Gender in Transitional Societies*, Budapest.
- Szelényi, Iván; Ladányi, János** (2005): *Poverty after the Fall of State Socialism*, in: *The Analyst: Central and Eastern European Review*, Bd. 1, H. 2, S. 125–140.
- Szivós, Péter; Giudici, Cristina** (2004): *Demographic Implications of Social Exclusion in Central and Eastern Europe*, Straßburg.
- Tammaru, Tiit; Marcińczak, Szymon; van Ham, Maarten; Musterd, Sako** (2016) (Hrsg.): *Socio-Economic Segregation in European Capital Cities: East Meets West*, London/New York.
- Ther, Philipp** (2014): *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin.
- Todorova, Sasha** (1999): *Emerging Poverty in Bulgaria*, in: *Yogesh, Atal* (Hrsg.): *Poverty in Transition and Transition in Poverty. Recent Developments in Hungary, Bulgaria, Romania, Georgia, Russia, Mongolia*, New York/Oxford/Paris, S. 77–102.
- Tofarides, Maria** (2003): *Urban Policy in the European Union. A Multi-Level Gatekeeper System*, Aldershot/Burlington.
- Tomova, Ilona** (2009): *The Roma in Bulgaria: Employment and Education*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen (SOM)*, Bd. 49, H. 2, München, S. 66–86.
- Tosics, Iván** (2005): *City Development in Central and Eastern Europe since 1990: The Impacts of Internal Forces*, in: *Hamilton, Ian; Dimitrovska Andrews, Kaliopa; Pichler-Milanović, Nataša* (Hrsg.): *Transformation of Cities in Central and Eastern Europe: Towards Globalization*, Tokio/New York, S. 44–78.
- Tsenkova, Sasha** (1996): *Bulgarian Housing Reform and Forms of Housing Provision*, in: *Urban Studies*, Bd. 33, H. 7, S. 1205–1219.
- Tsenkova, Sasha; Nedović-Budić, Zorica** (Hrsg.) (2006): *The Urban Mosaic of Post-Socialist Europe. Space, Institutions and Policy*, Heidelberg/New York.
- Tsenkova, Sasha; Nedović-Budić, Zorica mit Marcuse, Peter** (2006): *The Urban Mosaic of Post-Socialist Europe*, in: *Tsenkova, Sasha; Nedović-Budić, Zorica* (Hrsg.): *The Urban Mosaic of Post-Socialist Europe. Space, Institutions and Policy*, Heidelberg/New York, S. 3–20.
- URBACT** (2007): *The Urban Development Network, Programme URBACT II: An Exchange and Learning Programme for Cities Contributing to the European*

-
- Commission Initiative 'Regions For Economic Change', Adopted by the EU Commission on 02 October 2007, Decision ref.: E/2007/2063 – C(2007)4454.*
- URBACT Secretariat** (2015): *Call for Proposals for the Creation of 20 Action-Planning-Network, URBACT III Operational Programme (2014–2020)*, aus: <http://urbact.eu>, abgerufen am 4.6.2018.
- URBACT Secretariat** (2014): *URBACT III Operational Programme, Saint-Denis.*
- URBACT Secretariat** (o. J. a): *Urbact Topics, Integrated Urban Development*, aus: <http://urbact.eu>, abgerufen am 4.6.2018.
- URBACT Secretariat** (o. J. b): *How is URBACT Financed?*, aus: <http://urbact.eu/our-funding>, abgerufen am 1.6.2015.
- URBACT Secretariat** (o. J. c): *URBACT Networks, Disadvantaged Neighbourhoods*, aus: <http://urbact.eu/all-networks?topic=1094>, abgerufen am 4.6.2015.
- Valkanov, Yani** (2015): Suburbanisation in Sofia: Changing the Spatial Structure of a Post-Communist City, in: Grigor Doytchinov; Aleksandra Đukić; Cătălina Ioniță (Hrsg.): *Planning Capital Cities: Belgrade, Bucharest, Sofia*, Graz, S. 248–263.
- van den Berg, Leo; Braun, Erik; van der Meer, Jan** (2007): The Urban Dimension in European Policy. History, Actors and Programms, in: van den Berg, Leo; Braun, Erik; van der Meer, Jan (Hrsg.): *National Policy Response to Urban Challenges in Europe*, Hampshire/Burlington, S. 39–61.
- van Ham, Maarten; Manley, David; Bailey, Nick; Simpson, Ludi; Maclennan, Duncan** (Hrsg.) (2014): *Neighbourhood Effects Research. New Perspectives*, Dordrecht/Heidelberg/London/New York.
- van Kempen, Roland; Vermeulen, Marcel; Baan, Ad** (2005): Urban Issues and Urban Policies in the New EU Countries. Introduction, in: van Kempen, Roland; Vermeulen, Marcel; Baan, Ad (Hrsg.): *Urban Issues and Urban Policies in the New EU Countries*, Aldershot/Burlington, S. 1–17.
- Vesselinov, Elena** (2005): Housing Inequality. Changes of First-Order in Sofia, Bulgaria, in: Eckhardt, Frank (Hrsg.): *Paths of Urban Transformation*, Frankfurt a. M., S. 231–259.
- Vesselinov, Elena** (2004): The Continuing 'Wind of Change' in the Balkans: Sources of Housing Inequality in Bulgaria, in: *Urban Studies*, Bd. 41, H. 13, S. 2601–2619.
- Vesselinov, Elena; Logan, John R.** (2005): Mixed Success: Economic Stability and Urban Inequality in Sofia, in: Hamilton, F. E. Ian; Dimitrovska, Andrews, Kaliopa; Pichler-Milanović, Nataša (Hrsg.): *Transformation of Cities in Central and Eastern Europe: Towards Globalization*, Tokyo/New York, S. 364–399.

-
- Wacquant, Loïc** (2010): *Urban Outcasts. A Comparative Sociology of Advanced Marginality*, Cambridge.
- Wacquant, Loïc** (2006): *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays*, Gütersloh.
- Wacquant, Loïc** (2004): Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel. Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto, in: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hrsg.): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M., S. 148–203.
- Wagener, Hans-Jürgen** (1996): *Transformation als historisches Phänomen*, Frankfurt a. d. O.
- Walther, Uwe-Jens** (2004): Die europäische Stadt als Soziale Stadt? Das deutsche Programm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt', in: Siebel, Walter (Hrsg.): *Die europäische Stadt*, Frankfurt a. M., S. 332–345.

Verzeichnis der Gesetzestexte/ Verordnungen der EU

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 20.12.2013.

Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels 'Investitionen in Wachstum und Beschäftigung' und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 20.12.2013.

Verordnung (EU) Nr. 1304/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2006 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 20.12.2013.

Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 20.12.2013.

Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union am 31.7.2006.

Einheitliche Europäische Akte (EEA), veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften am 29.6.1987.